

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

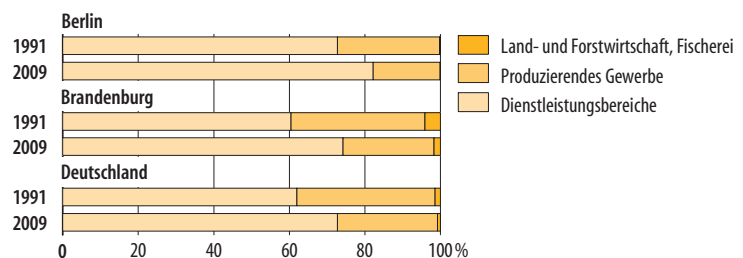
1 2011

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Berlin, Brandenburg und Deutschland

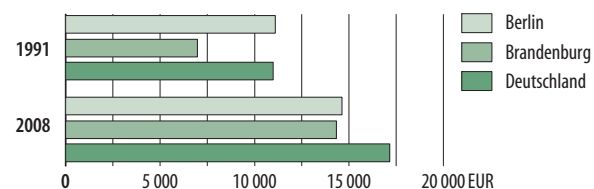
- 1990 – 2010
Berlin und Brandenburg
- Gesamtwirtschaftliche Entwicklung:
Erwerbstätigkeit
Erwerbslosigkeit
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen:
– Entstehungsperspektive
– Verwendungsperspektive
– Verteilungsperspektive

- Wohnsituation und Wohnkosten von SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin

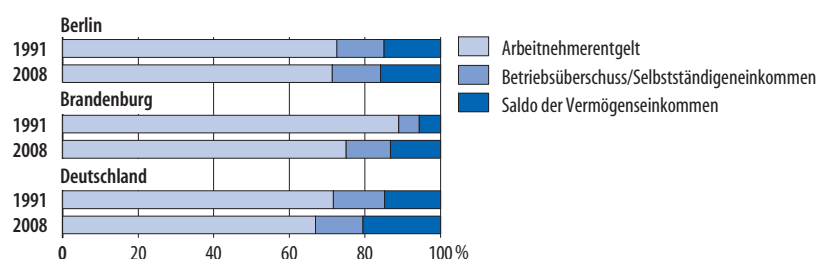
Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung 1991 und 2009



Private Konsumausgaben je Einwohner in jeweiligen Preisen 1991 und 2008



Quellen des Primäreinkommens der privaten Haushalte 1991 und 2008



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777

Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
5. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2011
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 5

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Mikrozensus

Bevölkerung

Baugewerbe

Landwirtschaft

Industrie

Gesundheitswesen

Einzelhandel

Tourismus

Preise

aus Deutschland ▢ 14

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Leben in Europa

Bevölkerung

Verbraucherpreise

Steuern

aus Europa ▢ 17

Industrie

Zahlungsbilanz

Zensus

**Über 6 000 Erhebungsbeauftragte
in Berlin und in Brandenburg
gesucht ▢ 2**

Wirtschaft im Überblick

Berlin Oktober 2010 ▢ 18**Brandenburg** Oktober 2010 ▢ 22

Historisches

Volks- und Viehzählung ▢ 71

Karten

**Anteil der „überziehenden“
Bedarfsgemeinschaften
an allen Bedarfsgemeinschaften
nach Lebensweltlich orientierten Räumen
in Prozent in Berlin
im Dezember 2009
▢ 3. Umschlagseite****Durchschnittliche Leistungen für Kosten
der Unterkunft und Heizung
von SGB II-Bedarfsgemeinschaften
nach Bezirksregionen in Berlin
im Dezember 2009
▢ 4. Umschlagseite**

1990–2010

Berlin und Brandenburg

Gesamtwirtschaftliche EntwicklungErwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit,
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
aus Entstehungs-, Verwendungs-
und Verteilungssicht ▢ 28**Erwerbstätigkeit**Gesamtentwicklung, Erwerbstätigengruppen
Arbeitszeit, Pendlerverhalten ▢ 29**Erwerbslosigkeit**Gesamtentwicklung, Frauen und Männer,
Altersgruppen ▢ 38**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
– Entstehungsperspektive**Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung,
Produktivität ▢ 46**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
– Verwendungsperspektive**Private Konsumausgaben
und privates Sparen, Konsumausgaben
des Staates, Bruttoanlageinvestitionen
und Außenbeitrag ▢ 52**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
– Verteilungsperspektive**Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens-
und Vermögenseinkommen,
Verfügbares Einkommen ▢ 59

Aufsatz

**Wohnsituation und Wohnkosten
von SGB II-Bedarfsgemeinschaften
in Berlin ▢ 64**

Zensus 2011

Über 6 000 Erhebungsbeauftragte in Berlin und in Brandenburg gesucht

In der Bundesrepublik Deutschland wird mit dem Stichtag 9. Mai 2011 eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Für die Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 werden in Berlin und in Brandenburg über 6 000 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte (Interviewer) benötigt.

Wozu werden Erhebungsbeauftragte gebraucht?

Obwohl es sich beim Zensus 2011 um eine registergestützte Erhebung handelt, sind direkte Befragungen bei den Bürgern sowie bei den Gebäude- und Wohnungseigentümern erforderlich.

Mit den überwiegend stichprobenartigen Erhebungen der Bevölkerungszählung werden die Zahlen aus den jeweiligen Verwaltungsregistern¹ geprüft, ggf. statistisch korrigiert und um jene Merkmalsangaben ergänzt, die nicht den Registern zu entnehmen sind. Dafür werden zum einen in einer Zufallsstichprobe Wohnanschriften ausgewählt, an denen alle Bewohner zu befragen sind. Zum anderen werden so genannte Sonderbereiche² und die dort wohnenden bzw. untergebrachten Personen vollständig erfasst. In diesem Zusammenhang werden zusätzliche Befragungen kleineren Umfangs zur Qualitätssicherung durchgeführt. Für die Erhebungsteile der Bevölkerungszählung setzen die Erhebungsstellen in Berlin und in Brandenburg Erhebungsbeauftragte ein. Die Befragung im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) wird postalisch durchgeführt. Im Fall von Antwortausfällen werden auch hier Erhebungsbeauftragte zur Ermittlung von Grunddaten eingesetzt.

Sicherung der Ergebnisqualität und Erleichterung für den Bürger

Im Rahmen der Bevölkerungszählung ist der Einsatz von Erhebungsbeauftragten am besten geeignet, an den ausgewählten Anschriften sowie in den Sonderbereichen alle dort wohnenden Personen zu ermitteln und mit ihnen den Fragebogen auszufüllen bzw. den Fragebogen zum Selbstausfüllen an die Bewohner zu übergeben. Der Einsatz von Erhebungsbeauftragten erleichtert den Bürgern das Ausfüllen der Fragebogen durch die direkte Möglichkeit, Fragen beantwortet zu bekommen oder Sachverhalte richtig in Antworten wiederzugeben und sichert dadurch eine hohe Qualität der Ergebnisse. Für die Organisation der Erhebung wird als normales Arbeitspensum eines Erhebungsbeauftragten die Befragung von

100 Personen vorgesehen. Entsprechend werden die für die Stichprobe ermittelten Gebäudeanschriften für die Erhebungsbeauftragten zu Arbeitsbezirken zusammengestellt.

Das Mengengerüst für die Planung des Interviewereinsatzes in Berlin und in Brandenburg ist in der Tabelle dargestellt:

	Berlin	Brandenburg
Amtliche Einwohnerzahl am 31.12.2009	3 443 000	2 512 000
Stichprobenanschriften	7 500	75 000
Auskunftspflichtige	126 000	300 000
Sonderbereiche	1 100	1 500
Plätze in Sonderbereichen	67 000	55 000
Erhebungsbeauftragte incl. Reserve	1 800	4 300
Erhebungsstellen	1	30

Aufgaben der Erhebungsbeauftragten und Aufwandsentschädigung

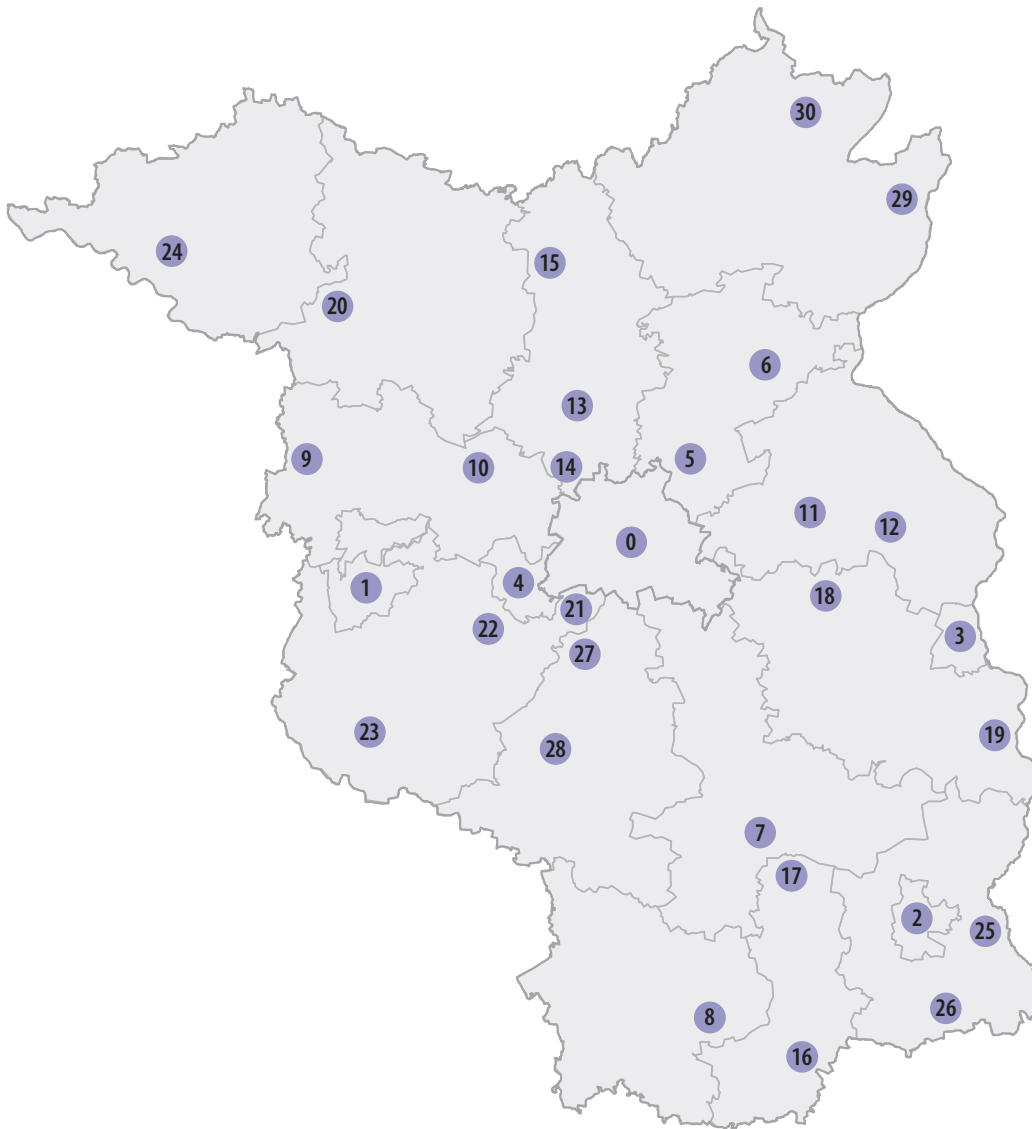
Vor dem Beginn ihrer Tätigkeit werden die Erhebungsbeauftragten von den Erhebungsstellen ausführlich geschult und auf die Befragungen vorbereitet. Sie bekommen ihren Arbeitsbezirk zugewiesen, der sich i. d. R. auf mehrere Gebäudeanschriften erstreckt. Sie begehen zunächst diese Erhebungsbezirke und kündigen sich schriftlich bei den Bewohnern für die Befragung an. Zu den vorgeschlagenen bzw. vereinbarten Terminen suchen sie die zu befragenden Bürger auf und führen die Befragung mit ihnen durch. Im Anschluss an die Befragung übergeben die Interviewer die ausgefüllten Fragebogen und Erhebungslisten an die zuständige Erhebungsstelle. Ist eine Befragung durch einen Interviewer nicht gewünscht, können die Auskünfte online erteilt werden. Die Online-Anmeldung erfolgt über die Fragebogennummer und einen Aktivierungscode. Darüber hinaus haben die Auskunftspflichtigen die Möglichkeit, den Fragebogen vom Erhebungsbeauftragten entgegenzunehmen, selbst auszufüllen und per Post an die Erhebungsstelle zurückzusenden.

¹ Melderegister, erwerbstätigste Register der Bundesagentur für Arbeit sowie der nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz auskunftspflichtigen Stellen

² Sonderbereiche sind Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunter-

künfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte. Sensible Sonderbereiche sind Bereiche, bei denen die Information über die Zugehörigkeit für Betroffene die Gefahr einer sozialen Benachteiligung hervorrufen könnte.

Erhebungsbeauftragte für den Zensus 2011 in Berlin und in Brandenburg **gesucht!**



Erhebungsstelle in

0 Berlin

Brandenburg

- 1 Brandenburg a. d. Havel
- 2 Cottbus
- 3 Frankfurt (Oder)
- 4 Potsdam
- 5 Bernau bei Berlin
- 6 Eberswalde
- 7 Lübben (Spreewald)
- 8 Finsterwalde
- 9 Rathenow
- 10 Nauen
- 11 Strausberg
- 12 Seelow
- 13 Oranienburg
- 14 Hennigsdorf
- 15 Gransee
- 16 Senftenberg
- 17 Lübbenau (Spreewald)
- 18 Fürstenwalde (Spree)
- 19 Eisenhüttenstadt
- 20 Kyritz
- 21 Teltow
- 22 Werder (Havel)
- 23 Bad Belzig
- 24 Perleberg
- 25 Forst (Lausitz)
- 26 Sellessen
- 27 Ludwigsfelde
- 28 Luckenwalde
- 29 Schwedt (Oder)
- 30 Prenzlau

Für die ehrenamtliche Tätigkeit erhalten die Erhebungsbeauftragten eine Aufwandsentschädigung. Dabei werden folgende Beträge zugrunde gelegt:

Für Befragungen im Rahmen der Haushaltsstichprobe sowie für Befragungen in nicht-sensiblen Sonderbereichen pro zu befragender Person	
Für erfolgreich durchgeführte Interviews	7,50 EUR
Für erfolglos gebliebene Interviews (Übergabe zum Selbstausfüllen)	2,50 EUR
Für ersatzweise Befragungen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung sowie für Befragungen der Einrichtungsleitungen in sensiblen Sonderbereichen pro Anschrift	
	15,00 EUR

Erhebungsstellen werben Erhebungsbeauftragte (Interviewer)

Die Anwerbung von Interviewern ist eine der wesentlichen Aufgaben der Erhebungsstellen. Zwar sieht das Zensusgesetz 2011 in §11 (2) vor, dass Bund und Länder den Statistischen Ämtern bzw. den Erhebungsstellen auf Ersuchen Bedienstete benennen und für die Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte freistellen, allerdings ist davon auszugehen, dass Freiwillige die Aufgabe motivierter ausführen. Deshalb haben die Erhebungsstellen in Berlin und in Brandenburg sowie das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bereits zahlreiche Initiativen unternommen, in der Öffentlichkeit und in den Bereichen des öffentlichen Dienstes für die Übernahme dieses Ehrenamtes zu werben.

Die Aktionen sowohl der 31 Erhebungsstellen in Berlin und in Brandenburg als auch des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg reichen von redaktionellen Beiträgen in der Lokalpresse über die Konzeption des Internetauftrittes, die Entwicklung und Verteilung von Werbematerial in Universitäten, Schulen, Senioreneinrichtungen, bei Vereinen und anderen örtlichen Einrichtungen bis zur Ansprache der als Wahlhelfer aktiven Bürger. In Berlin wurde zudem ein Aufruf an die Berliner Haupt- und Bezirksverwaltungen, die Bundesministerien sowie die Deutsche Rentenversicherung Bund geschaltet. Öffentliche Stellen mit Publikumsverkehr wurden mit Informationsmaterial ausgestattet. Die größte Resonanz war in Zusammenhang mit einer vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg veranstalteten Pressekonferenz Ende Januar 2011 zu verzeichnen, über die auch in Rundfunk und Fernsehen berichtet wurde.

Die Erhebungsstellen nehmen weitere Bewerbungen gerne bis Ende März 2011 entgegen. Interessierte informieren sich am besten zunächst auf der Internetseite des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg unter www.zensus-berlin-brandenburg.de. Hier sind neben den umfassenden Informationen zum Zensus 2011 auch die Kontaktadressen der Erhebungsstellen in Berlin und in Brandenburg sowie die Bewerbungsbogen für Erhebungsbeauftragte zu finden.

Weitere Informationen finden Sie unter www.zensus-berlin-brandenburg.de

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg****Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen** 3. Quartal 2010**Hoher Beschäftigungszuwachs in Berlin und Brandenburg**

Im 3. Quartal 2010 wurde in Brandenburg ein Beschäftigungsanstieg gegenüber dem Vorjahresquartal von 1,4 % erreicht – der höchste aller Bundesländer. In Berlin nahm die Beschäftigung um 1,0 % zu und lag damit ebenfalls im Vorderfeld aller Bundesländer. In Deutschland überstieg die Zahl erwerbstätiger Personen insgesamt um 0,8 % das Niveau des 3. Quartals des Vorjahres.

In Deutschland war der Anstieg der Erwerbstätigkeit mit 0,8 % oder 307 000 Personen fast doppelt so hoch wie noch im 2. Quartal, wo ein Zuwachs von 0,4 % oder 178 000 Personen gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal erreicht wurde. Noch im Anfangsquartal dieses Jahres nahm die Erwerbstätigenzahl leicht ab (–0,2 %). In Brandenburg war der Beschäftigungszuwachs von 0,9 % im 1. Quartal, 1,3 % im 2. Quartal schließlich auf 1,4 % im 3. Quartal geklettert. Das war der höchste Beschäftigungsanstieg seit Ende 2008. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich somit auf 1 082 200 Personen, 15 200 mehr als im 3. Quartal 2009 registriert wurden. Demgegenüber verlief der Beschäftigungsaufbau in Berlin im Verlauf dieses Jahres stabil bei rund 1 %.

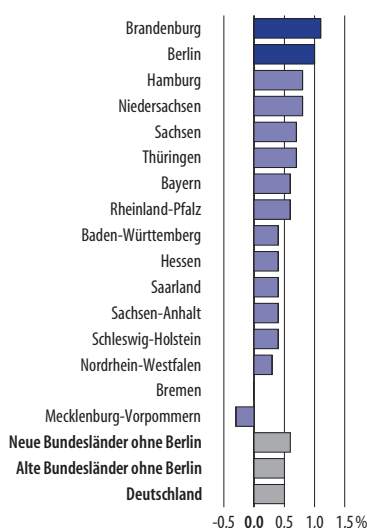
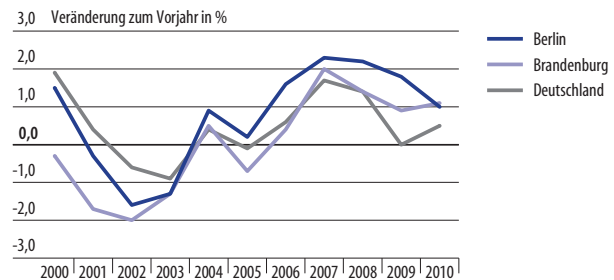
Mit dieser Beschäftigungsentwicklung blieb Brandenburg im 3. Quartal wie auch schon im Vorquartal dieses Jahres an der Spitze aller Bundesländer, gefolgt von Thüringen, Bayern, Berlin und Sachsen. Vom Beschäftigungsaufbau profitierten mit einem Zuwachs von 0,9 % die neuen Bundesländer etwas stärker als die alten Bundesländer mit 0,7 % (jeweils ohne Berlin).

Der Beschäftigungsanstieg in Berlin im 3. Quartal dieses Jahres von 1,0 % resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der größten Beschäftigungsgruppe, der

sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, um 1,7 %. Demgegenüber nahm die Gruppe geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer weiter ab. Brandenburg konnte im 3. Quartal den Beschäftigungsanstieg weiter ausbauen, weil auch hier, wie in Berlin, die größte Beschäftigungsgruppe (die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer) mit 1,9 % überdurchschnittlich zunahm. Außerdem waren anders als in Berlin Beschäftigungsgewinne bei der geringfügigen Beschäftigung zu verzeichnen.

Erwerbstätige in den Bundesländern

Veränderung zum Vorjahr in %

**Erwerbstätige in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2000 bis 2010**

Zum Beschäftigungsaufbau in Berlin im 3. Quartal haben insbesondere die Betriebe in den Dienstleistungsbereichen beigetragen, wenn auch weniger als in den Vorquartalen dieses Jahres. Hier waren 19 000 Personen bzw. 1,3 % mehr als im gleichen Vorjahresquartal erwerbstätig (1. Quartal: +1,5 %; 2. Quartal: +1,4 %). Rund drei Viertel des Arbeitsplatzaufbaus in den Dienstleistungsbereichen wurde von öffentlichen und privaten Dienstleistern erbracht. Hier wurden im 3. Quartal 13 800 erwerbstätige Personen bzw. 2,1 % mehr registriert (1. Quartal: +2,9 %; 2. Quartal: +2,3 %). Im Bereich der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen wurde im 3. Quartal nur noch ein Beschäftigungsanstieg von 2 000 Personen bzw. 0,5 % erreicht, nachdem bereits in den Vorquartalen der Anstieg unter die 1 %-Marke gefallen war. Doch die Betriebe des Handels, Gastgewerbes und des Verkehrs erreichten im Jahresverlauf einen zunehmenden Beschäftigungsaufbau, der im 3. Quartal 3 100 Personen bzw. +0,8 % betrug (1. Quartal: –0,0 %, 2. Quartal: +0,4 %).

Das Produzierende Gewerbe in Berlin musste auch im 3. Quartal Beschäftigungsverluste hinnehmen (2 000 Personen bzw. –0,9 %), wenn auch weniger als in den Vorquartalen. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe waren hier 1 400 Personen bzw. 1,1 % weniger erwerbstätig als im gleichen Vorjahresquartal (1. Quartal: –2,8 %; 2. Quartal: –2,2 %).

Am verstärkten Beschäftigungsanstieg in Brandenburg im 3. Quartal haben vor allem die Betriebe des Produzierenden Gewerbes großen Anteil. Hier überstieg die Zahl der Erwerbstätigen um 3 100 Personen bzw. 1,3 % das Vorjahresquartal (1. Quartal: –0,7 %; 2. Quartal: +0,6 %). Daran waren insbesondere die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 1 500 Personen (+1,2 %) und die des Baugewerbes mit 1 900 Personen (+2,0 %) beteiligt. (...)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2010

In Berlin und Brandenburg deutlich mehr Arbeitsstunden geleistet

Im Jahr 2010 wurde mit der wirtschaftlichen Belebung in der Region Berlin-Brandenburg wieder deutlich länger gearbeitet, nachdem im Jahr zuvor krisenbedingt Einschränkungen des Arbeitszeitumfangs vorgenommen wurden. Das zeigen die ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitszeitvolumens für das abgelaufene Jahr durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Danach hat die geleistete Arbeitszeit eines Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2010 in Berlin und Brandenburg jeweils um 1,8 % bzw. rund 26 Std. zugenommen. Damit konnte die Arbeitszeitkürzung des vorangegangenen Jahres in Berlin (2009: –21,2 Std.) mehr als ausgeglichen werden; Brandenburg fehlten dazu nur knapp 3 Std. (2009: –28,7 Std.). Deutschlandweit wurde 2010 nur wenig länger gearbeitet (+28 Std. bzw. 2,0 %) als in den beiden Ländern, doch konnten die Arbeitszeitkürzungen des Jahres 2009 (–36 Std.) damit noch nicht kompensiert werden.

Die Verlängerung der Pro-Kopf-Arbeitszeit im Jahr 2010 geht hauptsächlich auf die Beendigung von Kurzarbeit und die Rückkehr zu normalen Wochenarbeitszeiten sowie die Zunahme bezahlter Überstunden und den Aufbau von Zeitguthaben zurück. Genau diese Faktoren hatten 2009 in umgekehrter Richtung die krisenbedingten Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt begrenzt, waren aber mit einer starken Herabsetzung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeitvolumens verbunden.

Das gesamte Jahresarbeitszeitvolumen in der Region Berlin-Brandenburg stieg im Jahr 2010 um 112 Mill. Std. (+2,9 %) auf 4 045 Mill. Std. Daran waren 2,75 Mill. Erwerbstätige beteiligt, 28 400 bzw. 1,0 % mehr als im Jahr zuvor.

In Berlin stieg die Zahl der Personen, die 2010 am Erwerbsleben beteiligt waren, um 17 000 (+1,0 %) auf 1,68 Mill. Personen. Diese erbrachten insgesamt 2 461 Mill. Arbeitsstunden, rund 68 Mill. Std. (+2,8 %) mehr als im Jahr 2009. Damit entfielen 2010 rechnerisch auf einen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 1 460,4 Arbeitsstunden. Im Nachbarland Brandenburg, wo die Erwerbstätigenzahl um 11 300 (+1,1 %) zunahm und sich die Arbeitszeit um 44 Mill. Std. (+2,9 %) auf insgesamt 1 584 Mill. Std. ausweitete, lag die Pro-Kopf-Arbeitszeit bei 1 480,5 Std. Vergleichsweise erhöhte sich deutschlandweit bei einem geringeren Anstieg der Erwerbstätigenzahl (+0,5 %) und einer noch größeren Ausweitung des gesamten Arbeitszeitvolumens (+2,6 %) als in den beiden Ländern der Pro-Kopf-Wert auf 1 419 Std. Dennoch überschritt die Arbeitsdauer eines Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg weiterhin deutlich den Durchschnitt in Deutschland, wenngleich der Abstand geringer ausfiel, und zwar in Berlin um 42 Std. und in Brandenburg um 62 Std.

Die konjunkturelle Belebung 2010 ging in hohem Maße vom Verarbeitenden Gewerbe aus, das zuvor durch die Wirtschaftskrise außerordentlich geschwächt wurde. In Deutschland war die tatsächlich geleistete Arbeitszeit im Jahr 2009 pro Kopf um 102 Std. (–7,1 %) zurückgegangen, nunmehr aber überdurchschnittlich angestiegen, und zwar um 79 Std. (+5,9 %) auf 1 418 Std., was allerdings noch keinen Ausgleich bedeutete. 2010 wurde auch in Berlin (+5,5 %) und Brandenburg (+5,2 %) in diesem Bereich überdurchschnittlich mehr gearbeitet, aber unterhalb der bundesweiten Entwicklung. Im Berliner Verarbeitenden Gewerbe nahm die Pro-Kopf-Arbeitszeit im Vorjahresvergleich um 78 Arbeitsstunden auf insgesamt 1 498 Std. zu, in Brandenburg um 75 Arbeitsstunden auf insgesamt 1 519 Std. Trotz dieser sich angleichenden Entwicklung blieben dennoch große Unterschiede der erbrachten Arbeitsstunden zwischen Berlin und Brandenburg sowie im Vergleich zu Deutschland bestehen. Rund 80 bis 100 Std. arbeiteten die Erwerbstätigen in der Region Berlin-Brandenburg länger als im Bundesdurchschnitt.

Die Arbeitszeit eines Erwerbstätigen wird neben der unterschiedlichen Zahl der Arbeitstage in den Bundesländern durch eine Vielzahl von Einflussfaktoren bestimmt. Dazu gehören neben regionalen und branchenspezifischen Tariffestlegungen oder besonderen Arbeitszeitregelungen der Arbeitgeber und Unterschieden im zeitlichen Arbeitsumfang von Beschäftigungsverhältnissen (abhängige und selbstständige Erwerbstätigkeit, marginale Beschäftigungsformen, Voll- und Teilzeitarbeit) auch die Mehr- und Kurzarbeit sowie krankheitsbedingte Ausfallzeiten.

Diese die Arbeitszeit bestimmenden Faktoren führten in ihrer regionalen Differenzierung auch 2010 zu voneinander abweichenden geleisteten Pro-Kopf-Arbeitszeiten in den Bundesländern. Diese sind somit kein Maßstab der Intensität und Qualität der verausgabten Arbeitszeit. Die Unterschiede machen im Durchschnitt bis zu 91 Std. je Erwerbstätigen aus. Die niedrigste Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 391 Std. verzeichnete Rheinland-Pfalz, die höchste mit 1 482 Std. Hamburg.

Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf einer turnusmäßigen Neuberechnung der Jahre ab 2006 und der erstmals vorgenommenen vorläufigen Berechnung für 2010.

Geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen 2010 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Berlin	Brandenburg	Deutschland	Berlin	Brandenburg	Deutschland
	Stunden			Veränderung zum Vorjahr in %		
Insgesamt	1 460	1 481	1 419	1,8	1,8	2,0
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	1 498	1 519	1 418	5,5	5,2	5,9

Mikrozensus Jahr 2005 bis 2009

Anteil der Raucherinnen und Raucher in Berlin und Brandenburg nur wenig zurückgegangen

Der Anteil der Raucherinnen und Raucher hat sich im Zeitraum von 2005 bis 2009 in Berlin und Brandenburg nur geringfügig verringert. Er ging in Berlin von 33 % auf 31 % und in Brandenburg von 29 % auf 28 % zurück. Frauen rauchten weniger als Männer: Im Jahr 2009 rauchten 26 % der Berlinerinnen und 36 % der Berliner. In Brandenburg betrug die Raucherquote bei Frauen 22 % und bei Männern 34 %.

Als gelegentliche Raucher bezeichneten sich 13 % der Berliner und 16 % der Brandenburger Raucherinnen und Raucher 2009. Dabei ist der gelegentliche Konsum bei Raucherinnen stärker verbreitet als bei Rauchern. Von den regelmäßigen Raucherinnen und Rauchern sind in Berlin ca. ein Sechstel starke Raucher, in Brandenburg ca. ein Zehntel. Das bevorzugte Genussmittel der Raucherinnen und Raucher in beiden Ländern ist die

Zigarette. Weniger als 3 % der Raucherinnen und Raucher in Berlin und geringfügig mehr als 3 % in Brandenburg ziehen Zigarren, Zigarillos oder Pfeifentabak vor. Von den regelmäßigen Zigarettenraucherinnen und -rauchern konsumierten 76 % der Berlinerinnen und Berliner zwischen 5 und 20 Zigaretten, von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern waren es 83 %.

Das durchschnittliche Alter des Rauchbeginns hat sich von 2005 bis 2009 um ein halbes Jahr erhöht, in Berlin von 17,4 auf 17,9 Jahre, in Brandenburg von 17,1 auf 17,8 Jahre. Frauen haben in beiden Ländern durchschnittlich ein Jahr später mit dem Rauchen angefangen als Männer. In Berlin hatten 30 % der Nichtraucherinnen und Nichtraucher früher einmal geraucht, in Brandenburg waren es 28 %.

Die Angaben stammen aus der freiwilligen Zusatzerhebung des Mikrozensus für Personen ab 15 Jahren. Die Antwortquoten lagen zwischen 78 % und 84 %.

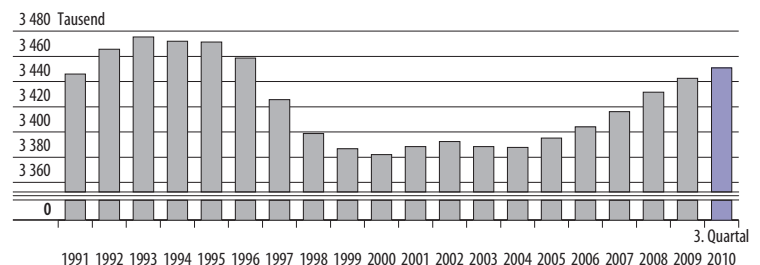
Bevölkerung 3. Quartal 2010

Weiterer Bevölkerungszuwachs in Berlin

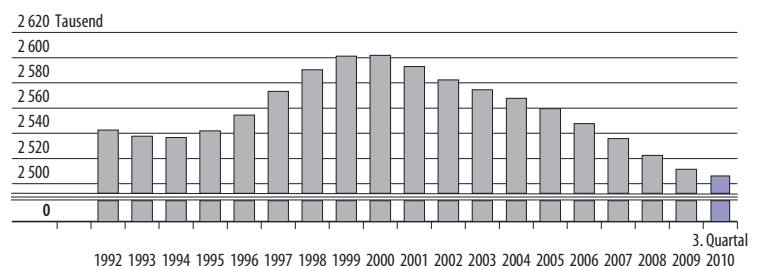
Die Bevölkerungszahl Berlins lag Ende September 2010 bei 3 450 900 Personen. Sie war damit um rund 8 200 Personen bzw. 0,2 % höher als am Jahresanfang. Nachdem die Bevölkerungszahl im ersten Vierteljahr 2010 noch durch Melderegisterbereinigungen aufgrund der Einführung der Steuer-Identifikationsnummer gefallen war, konnte nun wieder Bevölkerungszuwachs verzeichnet werden. In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 wurden 23 670 Kinder geboren, das waren 898 Neugeborene mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Demgegenüber sind 23 248 Berlinerinnen und Berliner verstorben, womit sich ein Geburtenüberschuss von 422 Kindern ergab (2009: 179 Kinder).

Außerdem zogen im Berichtszeitraum 108 800 Personen in die Stadt, gut 1 000 Personen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig stieg die Zahl der Fortzüge etwas leichter an, und zwar um 530 auf nunmehr 101 100 Personen. Somit ergab sich ein Wanderungsgewinn von gut 7 700 Personen (2009: 7 200 Personen).

Bevölkerungsstand
in Berlin seit 1991



Bevölkerungsstand
in Brandenburg seit 1992



Baugewerbe November 2010

■ Mehr Umsatz und Aufträge für Berliner Baubetriebe

In den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stieg im November 2010 der baugewerbliche Umsatz um 5,0 % auf 184,5 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Hochbau wurde im betrachteten Monat gegenüber dem Vorjahresmonat ein Umsatzplus von insgesamt 10,0 % erwirtschaftet. Der Umsatz im Tiefbau blieb insgesamt annähernd unverändert (–0,8 %). Bei den befragten Betrieben des Bauhauptgewerbes stiegen die Auftragseingänge im November 2010 gegenüber November 2009 um 8,4 % an. Der Hochbau verzeichnete dabei insgesamt einen leichten Rückgang um 2,3 %, hier gab es nur in der Sparte Wohnungsbau eine Steigerung der Auftragseingänge im November 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um mehr als ein Fünftel (+20,3 %), der gewerbliche und industrielle Hochbau (–3,9 %) und der öffentliche Hochbau (–31,4 %) entwickelten sich dagegen rückläufig. Die Auftragseingänge im Tiefbau stiegen insgesamt um beinahe ein Drittel (+30,0 %).

In den befragten Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes stieg im November 2010 die Zahl der Beschäftigten mit 11 132 tätigen Personen gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,8 %. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich leicht um 1,2 % auf 16 572 EUR. Die Bruttoentgelte betrugen im November dieses Jahres 36,0 Mill. EUR, das ist ein Anstieg um 2,0 %. Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,2 Mill.) erhöhte sich im November 2010 gegenüber November 2009 arbeitstäglich bereinigt um 3,9 %.

■ Weniger Umsatz und Aufträge für Brandenburger Baubetriebe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg mit 20 und mehr tätigen Personen sank im November 2010 der baugewerbliche Umsatz um 6,6 % auf 239,4 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Während der Umsatz im Tiefbau insgesamt gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,9 % anstieg, darunter der Straßenbau sogar um 16,8 %, ging er im Hochbau insgesamt um fast ein Fünftel (–19,1 %) zurück.

Die Auftragseingänge in den befragten Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes, als Indikator für zukünftig zu erwartende Umsätze, sanken im betrachteten Monat gegenüber November 2009 zweistellig um 12,4 % auf 117,3 Mill. EUR.

Die Zahl der tätigen Personen ist im November 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,1 % auf 16 520 gestiegen. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten sank um 7,6 % auf 14 494 EUR. Die Entgeltsumme erhöhte sich um 5,6 % auf 41,8 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Im November 2010 wurden durch die Beschäftigten der auskunftspflichtigen Betriebe 2,1 Mill. Arbeitsstunden auf den Baustellen geleistet, das waren im arbeitstäglichen Durchschnitt 1,2 % mehr als vor einem Jahr.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2010

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang
	Anzahl	in Mill. EUR				Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin						
Oktober	10 972	202,8	153,4	2,7	29,8	11,7
November.....	11 132	184,5	113,7	3,8	5,0	8,4
Januar bis November	10 290	1 629,3	1 577,2	12,6	15,4	39,8
Brandenburg						
Oktober.....	16 425	235,9	155,9	– 0,6	– 1,9	4,6
November.....	16 520	239,4	117,3	1,1	– 6,6	– 12,4
Januar bis November	15 715	1 892,6	1 601,8	– 0,3	– 5,8	– 4,7

Landwirtschaft 3. November 2010

■ Zahl der in Brandenburg gehaltenen Rinder rückläufig

Zum Stichtag 3. November 2010 gab es im Land Brandenburg 570 300 Rinder. Damit ist die Zahl der Rinder im Vergleich zum November des Vorjahres um 10 000 Tiere (–1,7 %) zurückgegangen.

Die Zahl der Milchkühe umfasste mit 158 900 Tieren mehr als ein Viertel des Rinderbestandes. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um 1 900 Tiere. Die Zahl der sonstigen Kühe erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 900 auf 96 800 Tiere (17,0 % des Rinderbestandes). Bei den sonstigen Kühen in Brandenburg handelt es sich fast ausschließlich um Ammen- und Mutterkühe. Damit standen fast 14 % dieser Kühe in Brandenburg (Deutschland: 707 280 Tiere). Der Bestand

an Kälbern belief sich auf 121 500 Tiere. Weiterhin wurden 41 300 Jungrinder erfasst. Von den 118 900 weiblichen Rindern über einem Jahr, die noch nicht gekalbt hatten, waren 110 700 Tiere den Zucht- und Nutztieren zuzurechnen, mit denen vorwiegend der Bestand an Milchkühen erneuert wird. Die 38 400 männlichen Rinder von 8 bis einschließlich 24 Monaten dienten größtenteils der Rindfleischherzeugung, während die 5 500 männlichen Rinder über zwei Jahren überwiegend zur Zucht gehalten wurden. Fast 57 % der Rinder in Brandenburg gehörten der Rasse Holstein-Schwarzbunt an. Die größte Konzentration an Rindern gab es mit 74 100 bzw. 61 600 Tieren in den nordwestlichen Kreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin.

Industrie November 2010**┐ Mehr Aufträge aus In- und Ausland in Berlin**

Die Berliner Industriebetriebe erhielten im November 2010 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland mehr Aufträge als noch ein Jahr zuvor. Das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich um insgesamt 11,0 % zum Vorjahresmonat. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Inland um 13,4 % zu. Aus dem Ausland wurden 9,4 % mehr Erzeugnisse und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr geordert.

Als einzige Branche meldete lediglich die Pharmaindustrie einen Auftragsrückgang von 12,5 % im Vergleich zum November 2009, der auf einen Rückgang der Auslandsbestellungen um 20,2 % zurückzuführen ist. Die größten Zuwächse hatten dagegen der Maschinenbau (+63,1 %) und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (+30,3 %). Beide Wirtschaftszweige profitierten von einer gestiegenen Auslandsnachfrage um 93,3 % und 59,9 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Auftragsbilanz für die Monate Januar bis November 2010 verlief in Berlin insgesamt positiv. So erhöhte sich das Volumen an Aufträgen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um insgesamt 9,9 %. Dabei stiegen die Inlands- und die Auslandsnachfrage um 13,8 % und um 7,3 %.

┐ Auslandsnachfrage stützt die Brandenburger Industrie

In den Brandenburger Industriebetrieben stieg das preisbereinigte Auftragsvolumen im November 2010 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um insgesamt 6,2 % an. Diese verbesserte Auftragslage ist allein auf eine Zunahme an Bestellungen aus dem Ausland (+60,4 %) zurückzuführen. Das Auftragsvolumen im Inlandsgeschäft ging dagegen um 7,9 % zurück.

Die einzigen Industriebranchen in Brandenburg mit einem rückläufigen Auftragseingang im Vergleich zum November 2009 sind die Hersteller von elektrischen Erzeugnissen (-32,8 %) und der Fahrzeugbau (-16,0 %). Deutlich mehr Erzeugnisse und Leistungen als im Vorjahr wurden dagegen im Maschinenbau (+75,1 %) und in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+46,0 %) geordert.

Die Auftragsbilanz für die Monate Januar bis November 2010 verlief in Brandenburg insgesamt positiv. So erhöhte sich das Volumen an Aufträgen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um insgesamt 8,0 %. Dabei stiegen die Inlands- und die Auslandsnachfrage um 2,2 % und um 24,6 %.

AuftragseingangsindeX für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2010
(Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	AuftragseingangsindeX			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	87,6	83,4	90,6	- 7,8	- 7,7	- 7,9
Februar.....	95,5	86,3	102,4	2,8	- 0,2	4,7
März.....	123,3	108,5	134,4	3,4	13,1	- 1,7
April.....	105,5	96,4	112,3	4,7	9,4	1,8
Mai.....	105,6	91,9	115,8	9,2	10,5	8,5
Juni.....	128,8	136,9	122,8	25,3	48,2	11,0
Juli.....	116,6	121,5	113,0	23,0	29,3	18,4
August.....	101,4	96,9	104,7	19,5	12,6	24,8
September.....	115,8	117,4	114,6	14,7	24,4	8,2
Oktober.....	105,0	92,9	114,0	4,5	- 2,9	9,7
November.....	116,0	111,3	119,5	11,0	13,4	9,4
Januar bis November	109,2	103,9	113,1	9,9	13,8	7,3
Brandenburg						
Januar.....	118,2	129,1	95,7	12,6	21,4	- 6,1
Februar.....	126,7	134,1	111,5	27,3	22,3	41,8
März.....	192,1	212,6	150,4	38,4	49,8	13,6
April.....	132,9	146,7	104,8	17,4	13,0	32,1
Mai.....	132,5	149,0	98,8	- 23,7	- 33,0	33,6
Juni.....	140,7	154,8	111,8	- 2,4	- 1,7	- 4,3
Juli.....	127,8	131,9	119,6	- 12,1	- 20,1	13,4
August.....	124,0	124,7	122,5	8,7	- 4,3	51,3
September.....	230,4	217,3	257,2	15,4	22,8	4,5
Oktober.....	149,2	142,1	163,6	15,5	- 6,2	95,5
November.....	158,6	162,4	150,9	6,2	- 7,9	60,4
Januar bis November	148,5	155,0	135,2	8,0	2,2	24,6

┐ Gestiegene Umsätze der Berliner Industriebetriebe

Die 326 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erwirtschafteten im November 2010 einen Gesamtumsatz von 2,0 Mrd. EUR und verbuchten somit ein Umsatzplus von 10,0 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Dabei stiegen die Inlandsumsätze um 11,0 % auf 1,0 Mrd. EUR und die Geschäfte mit dem Ausland um 9,0 % auf 0,9 Mrd. EUR. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 3,2 % auf insgesamt 79 051 Personen zu.

Unter den fünf umsatzstärksten Industriebranchen in Berlin konnten sich die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit einem Umsatzzuwachs von 30,9 % und der Maschinenbau mit 28,0 % im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich von den anderen Branchen absetzen. Diese Umsatzsteigerung resultiert überwiegend aus Vertragsabschlüssen mit Geschäftspartnern aus dem Ausland, bei denen die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen 50,1 % und die Maschinenbauer 44,5 % Zuwachs erzielten.

Rückläufige Umsatzergebnisse im Vergleich zum Vorjahr gab es bei den Herstellern von Nahrungs- und Genussmitteln (-7,3 %) und der pharmazeutischen Industrie (-7,1 %) im Monat November.

Industrie November 2010

▮ **Gestiegene Umsätze
in der Brandenburger Industrie**

Die Umsätze der 413 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten stiegen im November 2010 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 14,3 % auf insgesamt 1,8 Mrd. EUR an. Der Auslandsumsatz erhöhte sich dabei um 26,6 % auf 0,5 Mrd. EUR. Demgegenüber steigerten sich die Umsätze im Inland um 10,2 % auf 1,3 Mrd. EUR. Die Zahl der Beschäftigten nahm in der gleichen Zeit um 1,0 % auf insgesamt 73 556 Personen zu.

Unter den umsatzstärksten Industriebranchen in Brandenburg meldeten der sonstige Fahrzeugbau (+36,7 %), die Hersteller von Metallerzeugnissen (+29,2 %) und die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+26,9 %) das größte Umsatzplus im Vergleich zum November 2009.

Die metallherzeugenden/-bearbeitenden Betriebe hatten dagegen Umsatzeinbußen in Höhe von 5,9 % zu verzeichnen, die in dieser Branche auf einen Rückgang des Auslandsumsatzes um 24,4 % zurückzuführen sind.

Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie konnte ihre Auslandschäfte um 93,3 % im Vergleich zum Vorjahr steigern und erzielte eine Umsatzsteigerung von insgesamt 19,5 %.

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2010

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
Januar.....	76300	1 510,1	717,7	– 1,6	– 9,6	– 10,4
Februar.....	76 188	1 742,2	831,6	– 1,7	0,5	0,6
März.....	76 273	2 004,1	1 016,8	– 0,9	1,1	12,2
April.....	76 442	1 778,7	849,7	– 1,1	5,4	6,6
Mai.....	76 605	1 754,4	876,5	– 0,7	2,0	4,6
Juni.....	76 838	1 942,8	979,9	– 0,3	5,0	10,4
Juli.....	77 225	1 788,6	826,2	0,3	3,0	8,0
August.....	77 257	1 733,5	827,9	0,7	7,2	14,7
September.....	78 946	1 973,7	945,4	2,6	7,0	11,2
Oktober.....	78 817	1 754,0	811,1	2,7	0,3	– 5,4
November.....	79 051	1 964,6	922,0	3,2	10,0	9,0
Januar bis November	77 267	19 946,6	9 604,7	0,3	2,9	5,6
Brandenburg						
Januar.....	72 154	1 298,3	311,6	– 1,4	0,5	6,9
Februar.....	72 160	1 370,3	355,4	– 1,1	7,3	18,5
März.....	72 247	1 782,7	499,2	– 0,9	22,7	42,4
April.....	72 611	1 638,1	431,3	– 1,0	16,9	27,7
Mai.....	72 780	1 704,2	517,0	– 0,4	19,4	42,2
Juni.....	73 050	1 826,5	487,4	–	16,8	18,2
Juli.....	73 115	1 691,8	472,7	0,2	13,4	33,6
August.....	73 402	1 594,8	395,7	0,6	13,2	11,4
September.....	74 158	1 734,7	442,4	1,1	8,3	8,9
Oktober.....	73 880	1 782,4	508,7	1,1	9,7	17,4
November.....	73 556	1 829,6	507,6	1,0	14,3	26,6
Januar bis November	73 010	18 253,3	4 928,9	– 0,1	13,1	23,1

Gesundheitswesen Jahr 2009

▮ **Höchste Zahl der Behandlungsfälle
je 10 000 Berliner Einwohner seit 1991**

Im Jahr 2009 standen in 79 Berliner Krankenhäusern durchschnittlich 19 668 Betten zur vollstationären Behandlung zur Verfügung; 1,3 % (261 Betten) mehr als im Vorjahr.

Die zum ersten Mal seit 1991 gestiegene Zahl der Krankenhausbetten geht in erster Linie auf Privatkliniken in der Größenklasse bis zu 60 aufgestellten Betten zurück. 54,4 % aller Einrichtungen in Berlin wurden von privaten Trägern unterhalten. Der Anteil der Betten in privaten Häusern betrug 18,7 %. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Betten in privat geführten Krankenhäusern um 481, was einem Zuwachs von 15,0 % entspricht.

Die meisten Betten (8 412 Betten) standen 2009 in Krankenhäusern der freigemeinnützigen Träger (42,8 %). Deren Anzahl ist erstmalig seit 1993 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr standen 265 Betten mehr zur Verfügung. Die öffentlichen Träger unterhielten 7 578 Betten (38,5 %). Gegenüber dem Vorjahr wurde die Bettenzahl um weitere 485 Betten (-6 %) reduziert. Die Bettenzahl wurde bis zum geringsten Stand seit 1991 abgebaut.

Im Jahr 2009 wurden 736 112 Patienten vollstationär im Krankenhaus behandelt und damit 2,8 % mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Behandlungsfälle je 10 000 Einwohner stieg auf 2 143 Fälle und erreichte das seit 1991 höchste Jahresniveau. Der durchschnittliche Krankenhausaufenthalt verkürzte sich von 8,1 Tagen auf 7,9 Tage. (...)

▮ **Mehr als die Hälfte der Betten sind
in Brandenburg in öffentlicher Trägerschaft**

In 52 Brandenburger Krankenhäusern standen 2009 durchschnittlich 15 269 Betten zur vollstationären Behandlung zur Verfügung.

Mehr als die Hälfte der Betten (54,4 %) wurden in 19 Krankenhäusern der öffentlichen Trägerschaft aufgestellt. Die Bettenzahl dieser Krankenhäuser hat gegenüber dem Vorjahr um 98 Betten (+1,2 %) zugenommen und erreichte den Stand von 8 313 Betten. 26,9 % der Betten (4 105 Betten) wurden in den Krankenhäusern der privaten Trägerschaft vorgehalten. Der Versorgungsgrad der Brandenburger Bevölkerung mit Krankenhausbetten stieg gegenüber 2008 um 0,7 % auf 60,7 Betten je 10 000 Einwohner. Brandenburg weist seit 2003 einen geringeren Versorgungsgrad aus als die Bundesrepublik im Durchschnitt (2008: 61,3 Betten je 10 000 Einwohner).

Die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle stieg 2009 gegenüber dem Vorjahr um 9 279 bzw. 1,8 % auf 537 074 Fälle und erreichte den seit 2002 höchsten Jahresstand. Die Behandlungsquote der Brandenburger Bevölkerung stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % und gegenüber 2002 um 7,0 % auf 2 134 Behandlungsfälle je 10 000 Einwohner.

Die Bettenauslastung lag 2009 mit 80,5 % geringfügig über dem Vorjahresniveau (80,3 %). Die höchste Bettenauslastung von 82,9 % hatten private Krankenhäuser. Die geringste Auslastung von 78,7 % wurde in den freigemeinnützigen Krankenhäusern festgestellt. (...)

Einzelhandel November 2010**Berliner Einzelhandel im Umsatz und Beschäftigte im Plus**

Der Berliner Einzelhandel meldete im November 2010 einen Umsatzzuwachs von nominal 4,1 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Ausschaltung der Preisveränderungen, ergab das ein Umsatzplus von 2,9 %. Im November standen 26 Verkaufstage zur Verfügung, im Vorjahr waren es 25 Tage.

Die positive Entwicklung zeigte sich in allen Branchen, auch der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen übertraf nach den Einbußen der letzten Monate im November das Vorjahresergebnis.

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel überstieg den Vorjahreswert um 1,1 %. Dabei erhöhte sich die Vollbeschäftigtenzahl um 0,4 % und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,6 %.

Positive Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Land Brandenburg

Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) des Landes Brandenburg setzte im November 2010 nominal 2,2 % und real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, 0,4 % mehr um als im Vorjahresmonat.

Mit 26 Tagen hatte der November 2010 einen Verkaufstag mehr als der Vorjahresmonat.

Während im November 2010 in allen anderen Branchen eine positive Umsatzentwicklung zu beobachten war, konnte einzig der Einzelhandel mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf das Vorjahresniveau knapp nicht erreichen (nominal -0,3 %).

Die positive Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg setzte sich auch im November 2010 fort. Im Durchschnitt stieg die Zahl der Beschäftigten um 1,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Vollbeschäftigte +0,8 %; Teilzeitbeschäftigte +2,0 %).

Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Einzelhandels im November 2010

- vorläufige Ergebnisse -

Wirtschaftszweig	November 2010			Januar bis November 2010		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	4,1	2,9	1,1	1,5	1,3	-1,2
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	2,4	0,0	-0,8	-1,3	-2,5	-2,9
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	5,9	4,4	-4,9	-1,4	-2,0	-7,5
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	4,9	6,6	5,2	5,8	8,6	-0,1
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	5,6	4,3	2,6	3,9	3,2	1,3
außerhalb von Verkaufsräumen ¹	5,5	1,9	-0,8	-0,3	-4,1	-4,4
Brandenburg						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	2,2	0,4	1,5	1,6	0,7	-0,9
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	0,8	-1,6	0,6	-2,1	-3,4	-3,0
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	11,2	9,2	5,4	5,5	4,7	-3,3
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	-0,3	-0,6	-1,7	4,4	5,1	-0,3
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	6,0	5,0	4,8	6,4	5,5	2,8
außerhalb von Verkaufsräumen ¹	2,4	-6,4	-11,2	5,2	-4,3	-13,6

Die Ergebnisse basieren ab dem Berichtsmonat Juni 2010 auf einem Berichtskreis, der auf der Grundlage einer jährlichen Rotation der meldenden Unternehmen gebildet wurde. Der Berichtskreis ist damit aktueller und repräsentativer. Im Jahr 2010 wurde ca. ein Drittel der Unternehmen in den Repräsentativschichten der Stichprobe gegen neue Unternehmen ausgetauscht. Gleichzeitig wurde der Berichtskreis um weitere Unternehmen ergänzt. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des neuen Berichtskreises auf aktuelle Strukturen des Einzelhandels nach der Wirtschaftszweigklassifikation 2008 umgestellt. Die Meldungen der Unternehmen des neuen Berichtskreises sind rückwirkend ab Januar 2009 in die Ergebnisse der monatlichen Einzelhandelsstatistik integriert.

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Tourismus November 2010

Positiver Trend in Berlin setzt sich fort

Auch im November des letzten Jahres meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und die Campingplätze für Urlaubscamping wieder mehr Gäste und mehr Übernachtungen. Nach den vorläufigen Berechnungen waren es 736 700 Besucher und damit 4,5 % mehr als im November 2009. Die Zahl der Übernachtungen betrug nahezu 1,6 Mill. (+5,6 %). Unverändert lag die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei 2,1 Tagen.

In den zum Ende des Monats November geöffneten 747 Beherbergungsstätten (+3,5 % gegenüber November 2009) standen den Gästen insgesamt etwa 112 400 Betten zur Verfügung. Das entspricht einem Zuwachs von 5,7 %. Hinzu kamen vier Campingplätze für Urlaubscamping.

Die durchschnittliche Auslastung aller Gästebetten betrug 46,1 % und war damit etwas geringer als ein Jahr zuvor (46,2 %). Höher lag sie mit 47,6 % in den klassischen Hotelleriebetrieben (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen). Besonders gut konnten sich die Hotels mit 250 bis unter 500 Betten behaupten, die auf eine Auslastung von 53,4 % kamen.

Starker Zuwachs von ausländischen Touristen in Brandenburg

Im November 2010 meldeten die Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping des Landes Brandenburg rund 245 800 neu angekommene Gäste, das waren 7,1 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 5,6 % auf 607 600.

Die Zahl der Besucher aus dem Ausland stieg im November 2010 um 15,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Von ihnen kamen die meisten Gäste aus Polen gefolgt von denen aus den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich.

Den Gästen standen im November für ihren Aufenthalt 1 316 geöffnete Beherbergungsstätten mit mehr als 8 Betten sowie 48 Campingplätze für Urlaubscamping zur Verfügung. Das Bettenangebot in den Beherbergungsstätten erhöhte sich gegenüber November 2009 auf 74 100 Betten (+2,3 %).

Einen besonders starken Zuwachs konnten die Hotels garnis (84 geöffnete Betriebe mit einem Angebot von 4 200 Betten) verbuchen. Die Zahl der Gästeankünfte stieg um 18,3 % auf 20 100 und die Zahl der Übernachtungen um 23,8 % auf 38 500. Die Bettenauslastungsquote stieg von 27,0 auf 30,6 % an.

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Berlins und Brandenburgs im November 2010 nach Herkunft bzw. nach Reisegebiet

Herkunft — Reisegebiet	November 2010				Januar bis November 2010			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin								
Inland	494 500	2,9	957 300	4,1	5 368 900	8,0	11 502 400	8,5
Ausland	242 200	8,0	595 300	8,0	3 034 400	14,6	7 906 300	15,5
darunter								
Großbritannien	27 500	7,5	63 400	2,6	304 500	15,6	750 500	17,7
Niederlande	18 500	8,9	45 300	6,0	220 400	3,7	588 900	5,5
USA	18 200	6,1	43 900	8,3	247 200	9,6	602 400	8,6
Italien	16 400	-3,6	44 300	-4,7	256 400	13,2	766 200	18,2
Dänemark	13 900	-10,5	34 000	-6,9	173 100	3,2	462 800	4,3
Spanien	12 500	8,7	34 600	10,4	198 600	11,6	599 700	13,2
Frankreich	12 100	-16,7	29 400	-19,6	172 300	19,5	452 700	23,1
Schweiz	11 600	1,6	27 800	4,8	144 900	7,9	365 400	11,9
Schweden	9 500	3,3	23 600	5,9	105 300	9,4	256 000	7,6
Russland	9 200	47,5	24 700	60,8	83 700	30,0	213 000	31,3
Insgesamt	736 700	4,5	1 552 500	5,6	8 403 300	10,3	19 408 600	11,3
Brandenburg								
Prignitz	8 000	16,1	17 200	10,7	104 100	3,0	253 100	-4,1
Ruppiner Land	28 600	0,9	72 500	2,7	437 500	4,6	1 253 900	2,6
Uckermark	15 100	4,4	34 200	-6,6	254 600	4,6	775 200	1,7
Barnimer Land	10 900	7,3	41 900	7,9	207 700	2,4	737 400	6,0
Märkisch-Oderland	13 800	13,0	54 100	7,2	195 600	0,9	729 400	5,8
Oder-Spree- Seengebiet	27 500	2,7	66 600	1,4	411 300	1,8	1 185 400	1,6
Dahme-Seengebiet	27 600	22,5	48 400	21,5	353 800	11,9	752 200	1,0
Spreewald	28 300	7,5	68 700	8,5	495 200	4,1	1 299 900	6,9
Niederlausitz	6 800	5,4	14 100	3,3	140 100	3,4	403 600	-0,1
Elbe-Elster-Land	3 500	20,1	15 700	7,3	47 300	3,1	204 700	3,4
Fläming	28 100	-1,3	67 500	1,7	381 500	2,0	946 500	2,8
Havelland	18 400	6,4	44 100	-	288 900	6,7	785 600	6,6
Potsdam	29 200	9,8	62 500	12,7	360 000	9,3	834 300	6,7
Land Brandenburg	245 800	7,1	607 600	5,6	3 677 600	4,7	10 161 300	4,4

Preise Januar 2011

Verbraucherpreise in Berlin um 1,8 % gestiegen

Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von Dezember 2010 bis Januar 2011 um 0,5 % auf einen Indexstand von 108,9 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2010 betrug +1,8 %.

Der Rückgang der Verbraucherpreise im Januar 2011 gegenüber Dezember 2010 von 0,5 % ist wie zu Jahresbeginn üblich auf starke Preisreduzierungen bei Beherbergungsdienstleistungen (–17,1 %) und Pauschalreisen (–16,3 %) zurückzuführen. Ohne diese Einflüsse hätte sich der Verbraucherpreisindex um 0,2 % erhöht. Auch der deutliche Preisrückgang im Bereich Bildung (–17,6 %) schlägt sich in der Gesamtentwicklung nieder und wird in erster Linie durch die Einführung des kostenfreien Kindergartenbesuches für die letzten drei Jahre vor Beginn der regelmäßigen Schulpflicht verursacht. In den Preiserhöhungen für Haushaltsenergie (+4,9 %), Verkehrsdienstleistungen (+1,8 %) und Wohnungsnebenkosten (+0,5 %) zeigte sich insbesondere die jährliche Anpassung der Tarife und Gebühren. Beispielsweise sind die Preise für den Verbundverkehr um 3,6 %, für Strom um 12,1 % und für Müllabfuhr um 1,9 % gegenüber Dezember 2010 angestiegen. Die Nahrungsmittelpreise sind im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % zurückgegangen. Auch die Preise für Bekleidung (–3,1 %) und Schuhe (–4,5 %) zeigten sich binnen Monatsfrist wegen des einsetzenden Winterschlussverkaufs sehr verbraucherfreundlich.

Das Niveau der jährlichen Veränderung hat sich im Januar 2011 gegenüber Januar 2010 mit +1,8 % weiter leicht erhöht (Dezember 2010: +1,7 %, November 2010: +1,5 %). Bestimmend für die Gesamtentwicklung war die Preisveränderung bei Energieprodukten. Infolge des deutlichen Preisanstiegs für Mineralölprodukte (+13,1 %) verteuerte sich Energie insgesamt im Vergleich zu Januar 2010 um 11,4 %. Für Heizöl mussten 23,9 % und für Kraftstoffe 10,3 % mehr bezahlt werden. Auch Gas (+13,7 %), Strom (+12,1 %) und feste Brennstoffe (+9,5 %) waren teurer als vor einem Jahr. Weitere Preissteigerungen wurden für alkoholfreie Getränke (+5,6 %) und Nahrungsmittel (+1,8 %) ermittelt. So verteuerten sich vor allem Bohnenkaffee (+11,4 %), Gemüse (+5,7 %), Mineralwasser, Säfte, Limonaden (+5,2 %), Molkereiprodukte und Eier (+2,3 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+2,1 %).

Verbraucherpreise im Land Brandenburg um 1,5 % gestiegen

Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von Dezember 2010 bis Januar 2011 um 0,5 % auf einen Indexstand von 108,5 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2010 betrug +1,5 %.

Der Rückgang der Verbraucherpreise im Januar 2011 gegenüber Dezember 2010 von 0,5 % ist wie zu Jahresbeginn üblich auf starke Preisreduzierungen bei Pauschalreisen (–16,3 %) und Beherbergungsdienstleistungen (–15,6 %) zurückzuführen. Ohne diese Einflüsse hätte sich der Verbraucherpreisindex um 0,2 % erhöht. In den Preiserhöhungen für Verkehrsdienstleistungen (+1,7 %), Haushaltsenergie (+1,6 %) und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+1,2 %) zeigte sich insbesondere die jährliche Anpassung der Tarife und Gebühren. Beispielsweise sind die Preise für den Verbundverkehr um 3,3 %, für Heizöl um 5,3 % sowie für die Unterbringung und Verpflegung in Altenwohnheimen um 2,0 % gegenüber Dezember 2010 angestiegen. Die Nahrungsmittelpreise sind mit +0,1 % im Vergleich zum Vormonat nahezu unverändert geblieben. Auch die Preise für Bekleidung (–1,6 %) und Schuhe (–1,1 %) zeigten sich binnen Monatsfrist wegen des einsetzenden Winterschlussverkaufs verbraucherfreundlich.

Das Niveau der jährlichen Veränderung hat sich im Januar 2011 gegenüber Januar 2010 mit +1,5 % weiter leicht erhöht (Dezember 2010: +1,4 %, November 2010: +1,1 %). Bestimmend für die Gesamtentwicklung war die Preisveränderung bei Energieprodukten. Infolge des deutlichen Preisanstiegs für Mineralölprodukte (+11,2 %) verteuerte sich Energie insgesamt im Vergleich zu Januar 2010 um 6,6 %. Für Heizöl mussten 18,6 % und für Kraftstoffe 9,2 % mehr bezahlt werden. Auch feste Brennstoffe (+8,1 %), Gas (+4,5 %), Zentralheizung und Fernwärme (+3,4 %) sowie Strom (+2,1 %) waren teurer als vor einem Jahr. Weitere Preissteigerungen wurden für alkoholfreie Getränke (+5,2 %) und Nahrungsmittel (+2,7 %) ermittelt. So verteuerten sich vor allem Bohnenkaffee (+9,2 %), Gemüse (+7,5 %), Obst (+6,1 %), Mineralwasser, Säfte, Limonaden (+5,6 %), Molkereiprodukte und Eier (+3,7 %), Fische und Fischwaren (+3,2 %) sowie Speisefette und -öle (+2,8 %).

Kurz gefasst **aus Deutschland****Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen** Jahr 2010▮ **Rasanter Aufschwung nach der Krise**

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Mit 3,6 % stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Dies ergaben erste Berechnungen. Die wirtschaftliche Erholung fand hauptsächlich im Frühjahr und Sommer 2010 statt. Im Vorjahr hatte Deutschland noch die stärkste Rezession der Nachkriegszeit erlebt: Das preisbereinigte BIP war 2009 um 4,7 % eingebrochen.

Bemerkenswert im Jahr 2010 war, dass die Wachstumsimpulse nicht nur vom Außenhandel, sondern auch aus dem Inland kamen: Insbesondere in Ausrüstungen wurde deutlich mehr investiert als im Vorjahr (+9,4 %); allerdings waren hier 2009 auch die stärksten Rückgänge zu verzeichnen gewesen. Die Bauinvestitionen nahmen weniger stark zu (+2,8 %); sie waren im Krisenjahr auch bei Weitem nicht so stark eingebrochen. Die Konsumausgaben konnten im Jahr 2010 ebenfalls gesteigert werden: Preisbereinigt stiegen die privaten Konsumausgaben um 0,5 %, die staatlichen sogar um 2,2 %.

Der Außenhandel war 2010 – wie in vielen früheren Jahren vor der Krise – ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Nach negativen Wachstumsraten in den Jahren 2008 und 2009 erwies er sich im Jahr 2010 wieder als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung: Die Exporte stiegen preisbereinigt um 14,2 %, die Importe etwas weniger stark um 13,0 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – steuerte im Jahr 2010 einen positiven Wachstumsbeitrag von 1,1 Prozentpunkten zum BIP bei.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Durchschnitt des Jahres 2010 von rund 40,5 Mill. Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht; das waren 212 000 Personen oder 0,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit erreichte die Erwerbstätigenzahl einen neuen Höchststand.

Der Staatssektor wies im Jahr 2010 nach noch vorläufigen Berechnungen ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 88,6 Mrd. EUR auf. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus eine Defizitquote von 3,5 %. Nach leichten Überschüssen in den Jahren 2007 (+0,3 %) und 2008 (+0,1 %) sowie einer Defizitquote von 3,0 % im Jahr 2009 würde der im Maastricht-Vertrag genannte Referenzwert von 3 % des BIP damit im Jahr 2010 erstmals seit fünf Jahren wieder überschritten.

Quelle: DESTATIS

Veränderung des Deutschen Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt und verkettet) von 2000 bis 2010 gegenüber dem Vorjahr in %

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
3,2	1,2	0,0	-0,2	1,2	0,8	3,4	2,7	1,0	-4,7	3,6

Leben in Europa Jahr 2008▮ **Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit im EU-Vergleich**

Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 16,3 % der Bevölkerung der Europäischen Union armutsgefährdet. Die für Deutschland ermittelte Armutsgefährdungsquote von 15,5 % lag damit unter dem europäischen Durchschnittswert.

Eine Person ist nach EU-Definition armutsgefährdet, wenn sie nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung des Landes, in dem sie lebt, zur Verfügung hat. In Deutschland belief sich der Schwellenwert für Armutsgefährdung im Jahr 2008 für eine alleinlebende Person auf 11 151 EUR im Jahr.

In der Eurozone waren durchschnittlich 15,9 % der Personen im Jahr 2008 armutsgefährdet, in den seit 2004 beigetretenen zwölf neuen Mitgliedstaaten durchschnittlich mehr als jede/r Sechste (17,1 %). Vergleicht man die einzelstaatlichen Ergebnisse untereinander, so war die Armutsgefährdung besonders stark ausgeprägt in den baltischen Staaten Lettland (25,7 %), Litauen (20,6 %) und Estland (19,7 %), in den Balkanländern Rumänien (22,4 %) und Bulgarien (21,8 %) sowie in Griechenland (19,7 %) und Spanien (19,5 %). Die niedrigsten Quoten wiesen die Tschechische Republik (8,6 %), die Slowakei (11,0 %), die Niederlande (11,1 %) und Slowenien (11,3 %) auf.

Die Ungleichheit der Einkommen, die als Verhältnis zwischen den Einkommen der Bevölkerung im oberen und unteren Fünftel (20 % einkommensstärkste bzw. schwächste Personen) der Einkommensverteilung dargestellt wird, nahm 2008 in Slowenien die geringsten Ausmaße an. Dort war das Einkommen der 20 % einkommensstärksten Personen insgesamt 3,2 Mal so hoch wie das der 20 % einkommensschwächsten. Den höchsten Wert hatte Lettland mit 7,3 zu verzeichnen. In Deutschland betrug die Einkommensungleichheit 4,5, sie lag damit etwas unter den Durchschnittswerten von 4,9 für die Europäische Union insgesamt bzw. 4,8 für die Eurozone.

Quelle: DESTATIS

Bevölkerung Jahr 2009 und 2010

Zahl der Ehescheidungen rückläufig

Im Jahr 2009 wurden in Deutschland etwa 185 800 Ehen geschieden. Das ist ein Rückgang um 3,2 % gegenüber dem Jahr 2008 – damals wurden 191 900 Ehescheidungen registriert. Damit wurden 2009 von 1 000 bestehenden Ehen zehn geschieden – im Jahr 2008 waren es elf Ehen und im Jahr 1992 nur sieben Ehen gewesen.

Von 1992 bis 2003 stieg – mit Ausnahme des Jahres 1999 – die Zahl der Ehescheidungen in Deutschland beständig von 135 000 auf 214 000 an. Seit 2004 ist die Entwicklung bei den Ehescheidungen rückläufig, nur 2008 gab es eine Steigerung.

Bei den im Jahr 2009 geschiedenen Ehen wurde der Scheidungsantrag in der Mehrheit der Fälle von der Frau (53,3 %) und in 38,1 % vom Mann gestellt. In den übrigen Fällen beantragten beide Ehegatten die Scheidung. Gegenüber 2008 ist die Zahl der nur vom Mann beantragten Ehescheidungen um 1,0 % zurückgegangen, die nur von der Frau gestellten Scheidungsanträge nahmen um 4,8 % ab.

Bei der Mehrzahl aller Ehescheidungen sind die Ehepartner ein Jahr getrennt: 153 800 Ehen (82,8 %) wurden 2009 nach einjähriger Trennung geschieden, dies waren 5,3 % weniger als 2008. Bei 3 300 Scheidungen hatten die Partner noch kein Jahr in Trennung gelebt (+6,9 % gegenüber 2008). Die Zahl der Scheidungen nach dreijähriger Trennung ist mit 27 500 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahr deutlich gestiegen (+9,4 %).

Leichte Bevölkerungsabnahme erwartet

Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte 2010 nach einer Schätzung leicht gesunken sein. Am Jahresende lebten voraussichtlich 81,7 Mill. Menschen in Deutschland und damit 0,1 Mill. oder 0,1 % weniger als im Vorjahr.

Es wird für das Jahr 2010 mit 665 Tsd. bis 680 Tsd. lebend geborenen Kindern und mit 850 Tsd. bis 860 Tsd. Sterbefällen gerechnet. Daraus wird sich voraussichtlich ein Geburtendefizit – Differenz aus Geburten und Sterbefällen – von etwa 180 Tsd. bis 195 Tsd. ergeben. 2009 lag dieses Defizit bei 189 Tsd.: den 855 Tsd. Sterbefällen standen 665 Tsd. Geburten gegenüber.

2010 hat es wieder einen positiven Wanderungssaldo gegeben, der allerdings nicht ausreichte, um das erwartete Geburtendefizit auszugleichen. Der Schätzung zufolge zogen etwa 80 Tsd. bis 100 Tsd. Personen mehr aus dem Ausland zu als ins Ausland fort. Letztmalig wurde im Jahr 2004 mit 83 Tsd. Personen ein ähnlich hoher Wanderungsgewinn festgestellt. In den Jahren 2008 und 2009 wurden sogar Wanderungsverluste gegenüber dem Ausland von 56 Tsd. sowie 13 Tsd. Personen registriert. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in den erhöhten Fortzugzahlen dieser beiden Jahre Melderegisterbereinigungen enthalten sind, die die Kommunen im Zuge der Einführung der Steueridentifikationsnummer durchgeführt haben.

Quelle: DESTATIS

Insgesamt setzte sich 2009 die Tendenz der vergangenen Jahre zu einer längeren Ehedauer bis zur Scheidung fort: 2009 betrug die durchschnittliche Ehedauer bei der Scheidung 14 Jahre und 4 Monate, 1992 waren es 11 Jahre und 6 Monate.

Von den 2009 geschiedenen Ehepaaren hatten knapp die Hälfte Kinder unter 18 Jahren. Gegenüber 2008 ging die Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen minderjährigen Kinder auf 145 700 und damit um 3 % zurück.

Die tatsächliche Zahl der Ehescheidungen dürfte für 2009 etwas höher liegen, da in Bayern bedingt durch technische Umstellungen bei der Datengewinnung von einer Untererfassung von schätzungsweise 1 900 Fällen auszugehen ist.

Quelle: DESTATIS

Geschiedene Ehen und Zahl der betroffenen Kinder in Deutschland von 1985 bis 2009

Jahr	Ins-gesamt	darunter mit minder-jährigen Kindern		Betroffene minderjährige Kinder
		Anzahl	je 100 geschiedene Ehen	
1985 ...	179 364	103 210	57,5	148 424
1990 ...	154 786	80 713	52,1	118 340
1991 ...	136 317	67 142	49,3	99 268
1992 ...	135 010	68 089	50,4	101 377
1993 ...	156 425	81 853	52,3	123 541
1994 ...	166 052	89 244	53,7	135 318
1995 ...	169 425	92 664	54,7	142 292
1996 ...	175 550	96 577	55,0	148 782
1997 ...	187 802	105 000	55,9	163 112
1998 ...	192 416	100 806	52,4	156 735
1999 ...	190 590	91 777	48,2	143 728
2000 ...	194 408	94 850	48,8	148 192
2001 ...	197 498	98 027	49,6	153 517
2002 ...	204 214	101 830	49,9	160 095
2003 ...	213 975	107 888	50,4	170 256
2004 ...	213 691	107 106	50,1	168 859
2005 ...	201 693	99 250	49,2	156 389
2006 ...	190 928	94 120	49,3	148 624
2007 ...	187 072	91 700	49,0	144 981
2008 ...	191 948	94 521	49,2	150 187
2009 ¹ ...	185 817	91 474	49,2	145 656

¹ Bei einer Untererfassung in Bayern von schätzungsweise 1 900 Fällen.

Verbraucherpreise Jahr 2010

Ein Plus von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2010 gegenüber 2009 um 1,1 % gestiegen. Die Jahresteuersatzrate lag damit zwar deutlich höher als im Vorjahr (2009: +0,4 % gegenüber 2008), im längerfristigen Vergleich seit 1999 war sie 2010 jedoch noch weit unter den jährlichen Teuerungsraten der meisten Jahre. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2 % wurde sowohl im Jahresdurchschnitt als auch in den einzelnen Monaten für 2010 unterschritten.

Den größten Inflationsbeitrag an der Jahresteuersatzrate 2010 hatte mit knapp 0,4 Prozentpunkten der Güterbereich Verkehr. Hier hatten sich die Preise gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich erhöht – um 3,5 %. Dieser Preisanstieg ist vor allem auf die Teuerung der Kraftstoffe im Jahr 2010 zurückzuführen (+11,2 %; darunter Dieselmotorkraftstoff: +12,8 %; Superbenzin: +10,6 %). Die Preise für Haushaltsenergie erhöhten sich 2010 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 0,3 %. Der enorme Preisanstieg für leichtes Heizöl 2010 (+22,6 % gegenüber 2009) wurde durch die Preisentwicklung der anderen Haushaltsenergien (zum Beispiel Strom: +3,2 %; Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme: –8,4 %; Gas: –8,6 %) stark gedämpft.

Nahrungsmittel verteuerten sich 2010 gegenüber 2009 um 1,6 %. Der Preisanstieg wurde für die Konsumenten vor allem bei Speisefetten und -ölen (+8,7 %; hier insbesondere Butter: +23,7 %), Gemüse (+6,3 %) und Obst (+5,2 %) sowie bei Fisch und Fischwaren (+3,6 %) spürbar.

Überdurchschnittliche Preiserhöhungen wurden 2010 auch für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+1,5 %; darunter Tabakwaren: +2,2 %) ermittelt. Insgesamt waren in vielen Güterbereichen aber eher unterdurchschnittliche und moderate Preisanstiege zu beobachten. Deutliche Preissenkungen wurden 2010 gegenüber 2009 bei der Nachrichtenübermittlung (–2,0 %) gemessen.

Zum Jahresende hat sich der Preisauftrieb mit +1,7 % im Dezember 2010 wieder etwas verstärkt. Im November 2010 hatte die Inflationsrate noch bei 1,5 % gelegen.

Die Inflationsrate im Dezember 2010 wurde maßgeblich durch die Preisentwicklung bei Energie geprägt: Energieprodukte verteuerten sich um 8,2 % gegenüber Dezember 2009. Unter den Energieprodukten wurden im Dezember 2010 bei Mineralölzeugnissen erneut zweistellige Teuerungsraten ermittelt (+15,6 %; davon leichtes Heizöl: +28,5 % und Kraftstoffe: +12,4 %). Auch bei allen anderen Energieprodukten wurden im Dezember 2010 gegenüber Dezember 2009 Preiserhöhungen gemessen (zum Beispiel Strom: +3,3 %; Gas: +2,5 %). Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung der Energieprodukte hätte die Inflationsrate im Dezember 2010 nur bei 1,0 % gelegen.

Die Nahrungsmittelpreise lagen im Dezember 2010 mit +3,6 % deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Erheblich teurer waren hier Gemüse (+17,5 %) und Obst (+7,9 %). Auch bei Fisch und Fischwaren wurden überdurchschnittliche Preiserhöhungen (+3,4 %) gemessen. Günstiger gegenüber dem Vorjahresmonat waren nur wenige Nahrungsmittelgruppen (zum Beispiel Süßwaren: –0,3 %).

Die Preise für Waren erhöhten sich im Vergleich zum Dezember 2009 überdurchschnittlich um 2,7 %. Im Vergleich zu den deutlichen Preisanstiegen bei Verbrauchsgütern um 4,2 % fielen die Preiserhöhungen bei Gütern mit mittlerer Lebensdauer mit +0,4 % geringer aus (darunter Bekleidung und Schuhe: +0,5 %). Langlebige Gebrauchsgüter wiesen mit einem Rückgang um 0,1 % gegenüber Dezember 2009 weiterhin eine verbraucherfreundliche Preisentwicklung auf.

Die Preise für Dienstleistungen erhöhten sich im Dezember 2010 binnen Jahresfrist unterdurchschnittlich um 0,7 %. Neben dem kontinuierlichen Preisanstieg bei Nettokaltmieten (+1,2 %) wurden Preisrückgänge unter anderem bei der Nachrichtenübermittlung (–2,6 %) ermittelt.

Im Vergleich zum Vormonat November 2010 stiegen die Verbraucherpreise im Dezember 2010 deutlich um 1,0 %. Neben dem erneuten Preisanstieg bei Mineralölprodukten (+4,4 %; davon leichtes Heizöl: +5,4 %; Kraftstoffe: +4,1 %) waren vor allem saisonbedingte Preissteigerungen bei Beherbergungsdienstleistungen (+21,6 %), Pauschalreisen (+20,5 %) sowie Flugreisen (+2,1 %) zu beobachten. Deutliche, zum Teil saisonbedingte Preiserhöhungen wurden im Dezember 2010 auch bei Gemüse (+4,6 %) und Obst (+2,8 %) ermittelt. Wie im Dezember der letzten Jahre üblich, erhöhten sich auch zum Jahresende 2010 die Bahnpreise. Die jährliche Tarifierhöhung fiel 2010 im Vergleich zu den Vorjahren mit +0,5 % relativ gering aus, da zwar die Preise für Fahrkarten im Schienenbahnverkehr (+2,1 %) erhöht wurden, aber nicht die im Schienenfernverkehr. (...)

Quelle: DESTATIS

Steuern Jahr 2010

Menge an versteuerten Zigaretten nahm um 3,5 % ab

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland 3,0 Mrd. Zigaretten weniger versteuert als 2009 (–3,5 %). Die versteuerte Absatzmenge von Pfeifentabak war ebenfalls rückläufig (–6,3 %). Dagegen stieg im Jahr 2010 die Menge von versteuerten Zigarren und Zigarillos um 5,0 % und die des Feinschnitts um 4,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Insgesamt wurden im Jahr 2010 Tabakwaren mit einem Kleinverkaufswert (Verkaufswert im Handel) von 22,5 Mrd. EUR versteuert, das waren rund 257 Mill. EUR oder 1,1 % weniger als im Vorjahr. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Steuerzeichenbezug von Herstellern und Händlern nach Abzug von Steuererstattungen für zurückgegebene Bänderolen (Nettobezug).

Die versteuerten Verkaufswerte verringerten sich 2010 im Einzelnen bei Zigaretten (–2,2 %), Pfeifentabak (–4,8 %) und erhöhten sich bei Zigarren und Zigarillos (+4,0 %) sowie Feinschnitt (+6,0 %) gegenüber 2009.

Quelle: DESTATIS

Kurz gefasst **aus Europa**

Industrie November 2010

▮ **Industrieproduktion um 7,4 % gestiegen**

(...) Die saisonbereinigte Industrieproduktion stieg im November 2010 gegenüber Oktober 2010 im Euroraum (ER16¹) um 1,2 % und in der EU27² um 1,4 %. Im Oktober nahm die Produktion um 0,7 % bzw. 0,4 % zu.

Im November 2010 erhöhte sich die Industrieproduktion im Euroraum um 7,4 % und in der EU27 um 7,8 % gegenüber November 2009. (...)

Gegenüber Oktober 2010 stieg die Produktion von Vorleistungsgütern im November 2010 im Euroraum um 1,6 % und in der EU27 um 1,5 %. Die Produktion im Energiesektor nahm um 1,5 % bzw. 2,1 % zu. Die Produktion von Investitionsgütern wies einen Anstieg im Euroraum um 1,4 % und in der EU27 um 2,1 % auf. Die Produktion von Gebrauchsgütern erhöhte sich im Euroraum um 0,1 %, fiel aber in der EU27 um 1,2 %. Die Produktion von Verbrauchsgütern blieb in beiden Gebieten stabil.

Von den Mitgliedstaaten (...) verzeichneten zehn eine ansteigende und acht eine rückläufige Industrieproduktion. Die höchsten Anstiege gab es in Schweden (+2,6 %), Frankreich (+2,3 %) und der Tschechischen Republik (+2,0 %) und die höchsten Rückgänge in Malta (-3,2 %), Litauen (-2,0 %) und Griechenland (-1,5 %).

(...) Gegenüber November 2009 erhöhte sich die Produktion von Investitionsgütern im November 2010 um 12,0 % im Euroraum und um 12,4 % in der EU27. Die Produktion von Vorleistungsgütern stieg um 7,9 % bzw. 8,6 %. Die Produktion im Energiesektor nahm um 4,9 % im Euroraum und um 4,5 % in der EU27 zu. Die Produktion von Verbrauchsgütern wies einen Anstieg um 2,7 % bzw. 3,0 % auf. Die Produktion von Gebrauchsgütern fiel im Euroraum um 0,1 %, stieg aber in der EU27 um 0,8 %.

Die Industrieproduktion stieg in allen Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, außer in Griechenland (-8,0 %) und Malta (-2,7 %). Die höchsten Anstiege gab es in Estland (+35,0 %), Litauen (+17,2 %) und Irland (+14,2 %), und die niedrigsten in Portugal (+0,7 %) und Spanien (+2,3 %).

Quelle: EUROSTAT

Zahlungsbilanz 3. Quartal 2010

▮ EU27 mit Leistungsbilanzdefizit von 19,7 Mrd. EUR

(...) Nach den neuesten verfügbaren Daten verzeichnete die EU27 im dritten Quartal 2010 ein Leistungsbilanzdefizit von 19,7 Mrd. EUR, gegenüber einem Defizit von 26,1 Mrd. im dritten Quartal 2009 und einem Defizit von 34,9 Mrd. im zweiten Quartal 2010.

Im dritten Quartal 2010 erhöhte sich das Defizit beim Saldo des Warenhandels (-28,4 Mrd. EUR gegenüber -18,6 Mrd. EUR) und bei den laufenden Übertragungen (-15,7 Mrd. EUR gegenüber -14,3 Mrd. EUR) im Vergleich zum dritten Quartal 2009. Der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz stieg (+21,1 Mrd. EUR gegenüber +15,5 Mrd. EUR), während sich das Defizit bei der Einkommensbilanz in einen Überschuss verwandelte (+3,3 Mrd. EUR gegenüber -8,7 Mrd. EUR).

Der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz (+21,1 Mrd. EUR) ergibt sich hauptsächlich aus Überschüssen bei „sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen“, dazu gehören übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen (+9,1 Mrd. EUR), Finanzdienstleistungen (+6,7 Mrd. EUR), Transportleistungen (+5,6 Mrd. EUR) und EDV- und Informationsleistungen (+5,5 Mrd. EUR), welche teilweise durch Defizite beim Reiseverkehr (-4,0 Mrd. EUR) sowie Patenten und Lizenzen (-3,1 Mrd. EUR) kompensiert wurde.

Im dritten Quartal 2010 verbuchte die EU27 einen Leistungsbilanzüberschuss mit den USA (+25,0 Mrd. EUR), der Schweiz (+11,2 Mrd.), Hongkong (+4,5 Mrd.), Brasilien (+3,7 Mrd.), Kanada (+2,3 Mrd. EUR) und Indien (+1,6 Mrd. EUR), sowie ein Defizit mit China (–44,2 Mrd. EUR), Russland und Japan (je –7,4 Mrd. EUR). (...)

Im dritten Quartal 2010 machte die EU27 Direktinvestitionen ins Ausland in Höhe von 17,2 Mrd. EUR, gegenüber 78,0 Mrd. EUR im dritten Quartal 2009, während Direktinvestoren aus Drittlandländern Desinvestitionen in Höhe von 6,6 Mrd. EUR in die EU27 machten, gegenüber Investitionen von 36,5 Mrd. EUR im gleichen Quartal des Vorjahres. Wertpapieranlagen verbuchten einen ausgehenden Nettostrom in Höhe von 9,4 Mrd. EUR, gegenüber einem eingehenden Nettostrom von 40,8 Mrd. EUR im dritten Quartal 2009.

(...) Im Hinblick auf den Gesamtleistungsbilanzsaldo (Intra-EU und Extra-EU) der EU27 Mitgliedstaaten verzeichneten vierzehn Mitgliedstaaten Leistungsbilanzüberschüsse und dreizehn Defizite im dritten Quartal 2010. Die höchsten Überschüsse wurden in Deutschland (+28,6 Mrd. EUR), den Niederlanden (+9,5 Mrd. EUR) und Schweden (+5,4 Mrd. EUR) beobachtet und die größten Defizite im Vereinigten Königreich (-12,4 Mrd. EUR), Italien (-10,0 Mrd. EUR) und Spanien (-9,3 Mrd. EUR). (...)

Quelle: EUROSTAT

1 Zum Euroraum (ER16) gehören: Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

2 Der EU27 gehören an: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Wirtschaft im Überblick **Oktober 2010****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktober 2010 zum Vorjahresmonat um 4,1 %, das waren 9 339 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,8 %. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg der Trend des Auftragseingangsindex stark, der des Gesamtumsatzes und der Beschäftigtenzahl leicht. Im Bauhauptgewerbe hatte im Monat Oktober der Trend des Auftragseinganges, der Baugenehmigungen und der Trend der Beschäftigtenzahl eine stark steigende Richtung, während der Umsatz leicht zulegte. Beim Berliner Einzelhandel sind die Entwicklungen der Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten leicht steigend und die des realen Umsatzes leicht fallend. Beim Großhandel stiegen alle drei Kennziffern – nominaler und realer Umsatz sowie Beschäftigte – stark an.

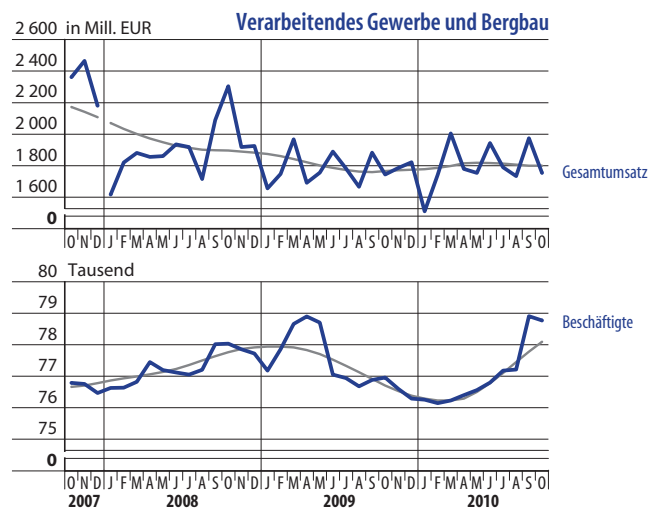
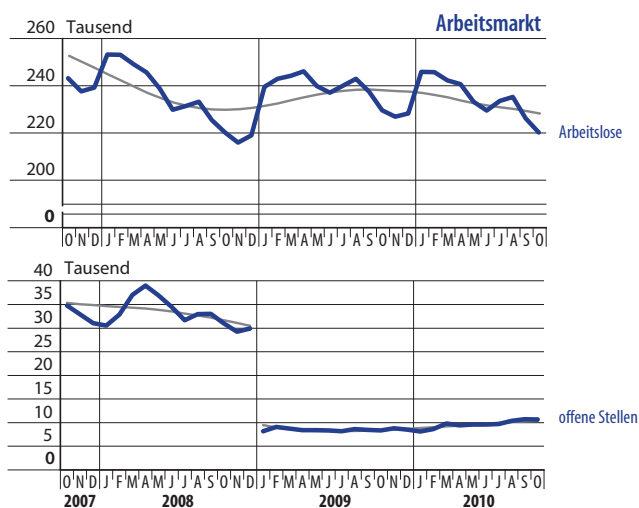
Im Gastgewerbe zog der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl leicht an; der der realen Umsatz-Messzahl fiel stärker und für die Beschäftigten-Messzahl ergab sich etwa ein gleichbleibender Trend. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen verstärkte sich der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich-steigende Trend weiter. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim Export (auch in die EU) und beim Import eine sehr stark steigende Tendenz. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen außerordentlich stark an. Alle zwei Kennziffern sind allerdings von großen monatlichen Schwankungen geprägt. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel leicht und die der Unternehmensinsolvenzen stieg leicht an. Im Oktober 2010 betrug die Inflationsrate +1,4 % – der Trend war leicht steigend.

aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lagen damit 5,2 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 3,1 Prozentpunkte bzw. 2,1 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr (10-Monate-Vergleich: Januar 2010 bis Oktober 2010 zu Januar 2009 bis Oktober 2009) lag bei –2,0 % und der entsprechende 12-Monats-Vergleich (September 2009 bis Oktober 2010 zu September 2008 bis Oktober 2009) bei –1,0 %. Die seit Anfang des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur annähernd zu erreichen. Seit dem Herbst 2009 fällt sie wieder ab und ist nun beim Niveau des Herbstes 2008 angelangt. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das sind etwa 20 400 Personen weniger als zuvor – ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Oktober 2010 waren 10 693 offe-

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Oktober des Jahres 2010 mit 219 388 Arbeitslosen 2,6 % weniger als im September 2010 registriert, das waren –5 964 Personen. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,1 % ab, das entsprach einem Minus von 9 339 Personen. Dieser Wert stimmt etwa

mit der Einwohnerzahl der Stadt Trebbin zur Mitte des Jahres 2009 überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,0 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,8 %. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,8 Prozentpunkte weniger. Die Berliner Arbeitslosenquoten auf der Basis

Tabelle Seite 22



ne Stellen gemeldet. Seit dem Oktober 2007 fällt diese Trend-Konjunktur-Komponente ab, in letzter Zeit verharrte sie jedoch bei etwa 8 000 offenen Stellen und steigt wieder leicht an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 20,5.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Oktober-Vergleich mit +4,7 % eine positive Veränderung, im 10-monatigen Vergleich sind es +9,4 % und im laufenden Jahr +9,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Oktober/November 2007 und steigt seit Mitte des Jahres 2009 wieder an, sie hat aber das ehemalige Niveau noch nicht erreichen können. Die im Monat Oktober dieses Jahres 327 berichtspflichtigen Betriebe – das ist gegenüber dem Oktober 2009 ein Betrieb mehr – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 745,0 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 10,6 Mill. EUR oder um 0,6 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Oktober 2010 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 18,0 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 1,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit Mitte des Jahres 2007 fallend, in dem letzten Dreivierteljahr dann jedoch wieder leicht steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober ein Niveau von 811,1 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 46,2 %. Im Zeitraum der letzten zwölf Monate

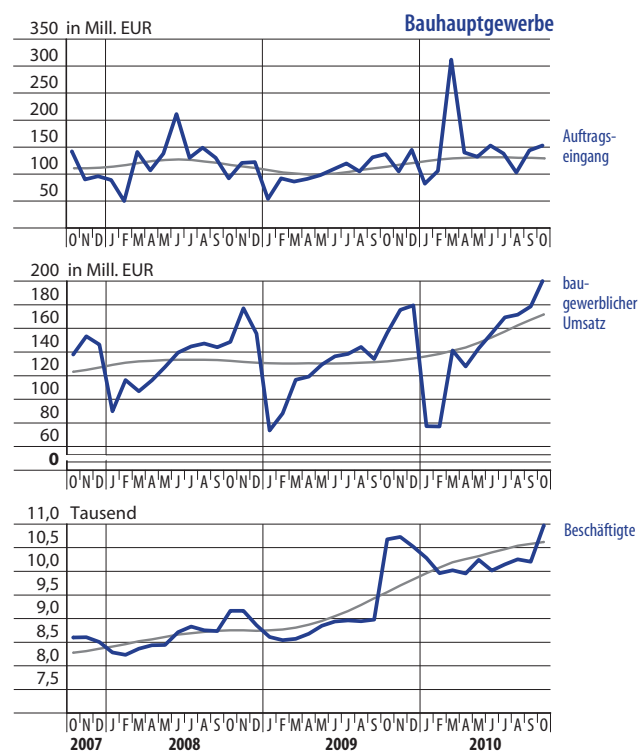
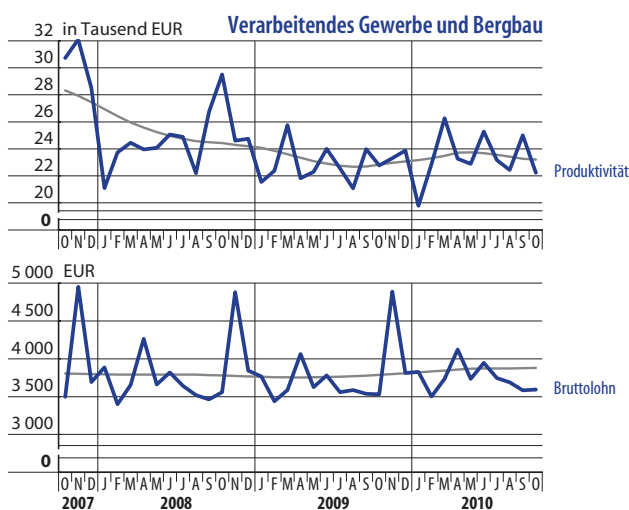
wurden Waren im Wert von 10,3 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente leicht steigend. Im Oktober des Jahres 2010 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 78 817 Personen in den Betrieben ab 50 Beschäftigte tätig. Gegenüber dem Oktober 2009 gab es mit +2,4 % eine positive Veränderung. Im 10-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich waren mit –0,7 % bzw. –0,9 % noch keine positiven Veränderungen spürbar. Der jährliche Trend war jedoch leicht steigend. Im Oktober 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 254 EUR, das waren –2,3 % gegenüber dem Oktober 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag bei 3 594 EUR, sie stieg leichter an und lag im gleichen Zeitraum um 1,8 % oder 63 EUR höher als im Oktober 2009.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich seit dem Oktober 2009 infolge einer planmäßigen Änderung des Monatsberichtsgebietes eine Veränderung der konjunkturellen Kennziffern. Im Oktober 2010 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von 153,4 Mill. EUR. Die Entwicklung des Auftragseinganges zeigte im Oktober 2010 mit +11,7 % zum Vorjahresmonat eine große Steigerung.

Im 10- und im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +43,1 % bzw. +35,3 %, die durch einen sehr hohen Auftragseingang im März 2010 initiiert war. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder, es deutet sich ein Wechsel zu höherem Wachstum an. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt ebenfalls eine stark steigende Tendenz. Im Oktober 2010 wurden 197 Baugenehmigungen erteilt, das sind +3,7 %, im laufenden Jahr +10,5 % und im Ein-Jahres-Vergleich +4,2 %. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Oktober den Wert von 202,8 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 203,7 Mill. EUR) bei +29,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden 10 und 12 Monate mit +16,9 % bzw. +14,8 % ebenfalls durchgängig im positiven Bereich. Der jährliche Trend lag demzufolge auch stark im Plus. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit Mitte 2006 leicht aber kontinuierlich an: Mit 10 972 Beschäftigten wurde im Oktober 2010 zum Oktober 2009 ein Zuwachs von 2,7 % erreicht. Im 10-Monats- und im Ein-Jahres-Zeitraum war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, und zwar von +13,7 % bzw. +14,4 %.

Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch wird

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



eine weitere „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar, ein Ein-Jahres-Vergleich ist deshalb nicht möglich. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 1,3 %. Beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +1,2 %. Die Beschäftigten-Kennziffer blieb in dem 10-Monats-Zeitraum mit -1,5 % fallend. Die Vollbeschäftigtenzahl lag im aktuellen Monat um 1,0 % unter der des Vorjahres, die der Teilzeitbeschäftigten stieg demgegenüber um 1,2 % leicht an. Der Trend der Messzahlen des nominalen und des realen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres demzufolge leicht steigend und der der Beschäftigten gleichbleibend.

Im **Großhandel** des Landes Berlin erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Umsatz-Entwicklung war durchwachsener als beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 2,7 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum -3,3 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im 10-Monats-Zeitraum um 2,1 %. Der Trend des nominalen und des realen Umsatzes war im letzten Jahr steigend, der der Beschäftigten gleichbleibend.

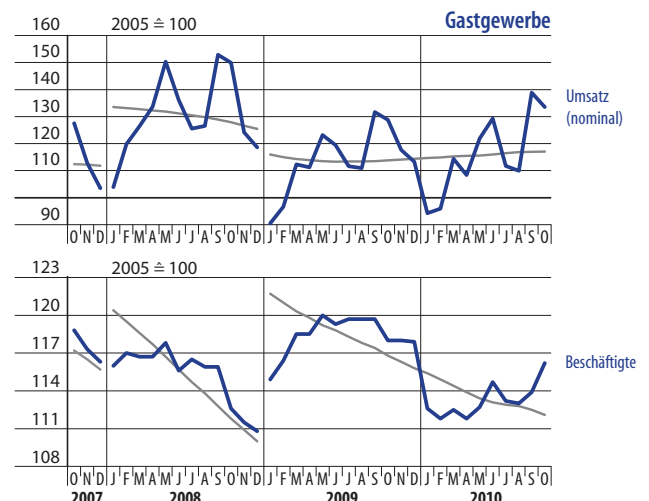
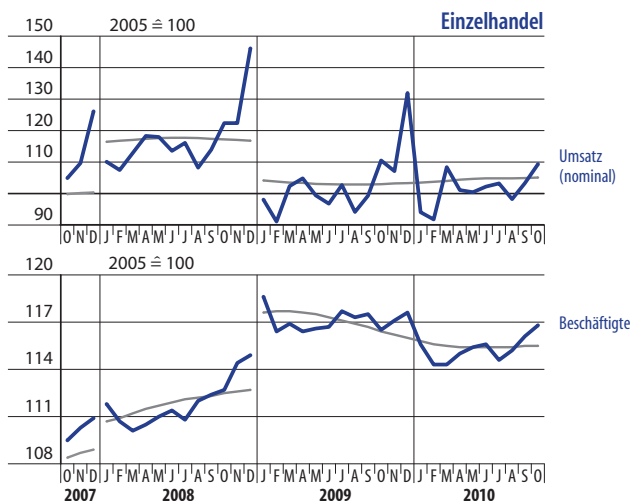
Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim nominalen und realen Umsatz im 10-monatigen Vergleich Veränderungsrate von +1,9 % und -1,3 % auf. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es dann im gleichen Zeitraum -4,4 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente des letzten Jahres stieg für die nominalen Umsatz-Messzahl leicht, die der realen Umsatz-Messzahl blieb gleich und fiel bei den Beschäftigten leicht.

Die Erhebung zum **Berlin-Tourismus** wurde im Januar 2008 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 umgestellt. Im Oktober 2010 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 917,1 Tsd.; gegenüber dem Oktober 2009 waren es 112,6 Tsd. Personen oder 14,0 % mehr. Beim Vergleich des 10- und des 12-monatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 10,9 % bzw. von 10,7 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Oktober 2010 zu Oktober 2009) nicht ganz so stark wie die Zahl der Gästeankünfte, und zwar um 12,5 %. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +11,9 % die positive Entwicklung fort, im Vergleich der ersten zehn Monate des laufenden Jahres waren es +11,8 %. Insgesamt war bei den beiden Kennziffern eine deutlich steigende Tendenz erkennbar, die bei den Übernachtungen noch etwas stärker als bei der Gästezahl war. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2010 auf jeden Gast 2,3 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,3 Übernachtungen pro Gast bei langfristig gleichbleibender Tendenz.

Im Berliner **Außenhandel** scheint der Negativ-Trend der letzten Monate überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Oktober 1 021,3 Mill. EUR und lag damit um 16,0 % über dem Ergebnis des Oktober 2009. Beim Vergleich der 10-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 19,2 % bzw. von 17,8 %. Im Zeitraum eines Jahres – von September 2009 bis Oktober 2010 – wurden Waren im Wert von 12,1 Mrd. EUR exportiert, im laufenden Jahr waren es 10,3 Mrd. EUR. In die Staaten der Europäischen Union wurden im Oktober 48,2 % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit 492,0 Mill. EUR 23,7 % mehr als im Oktober 2009. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen

(Generalhandel) 836,9 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +12,1 % zum Oktober 2009 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 9,5 Mrd. EUR – das sind +10,9 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2010 wurden Waren im Wert von 8,0 Mrd. EUR, das waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum 14,1 % mehr, importiert. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stark ab – sie stieg seit Mitte des Jahres 2009 wieder stärker an und hatte Anfang 2010 das alte Niveau überschritten. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes verharrte in der Krisenzeit fast auf ihrem Niveau und steigt jetzt wieder sehr stark an. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Oktober 2010 wurden 1 663 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Oktober 2009 – mit einem Plus von 280 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen – waren das +20,2 %, im 10-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich dann +46,3 % bzw. +52,5 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Oktober 2010 auf 140 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf +59,1 % gegenüber dem Oktober 2009, was 52 Anmeldungen mehr entsprach. Beim Vergleichen der 10-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich +34,2 % bzw. +44,9 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbemeldungen und Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt



werden, wenngleich bei den monatlichen Einzelwerten starke Schwankungen vorhanden waren.

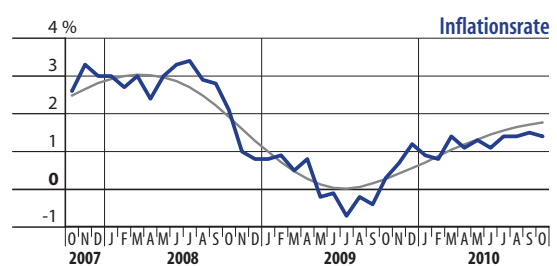
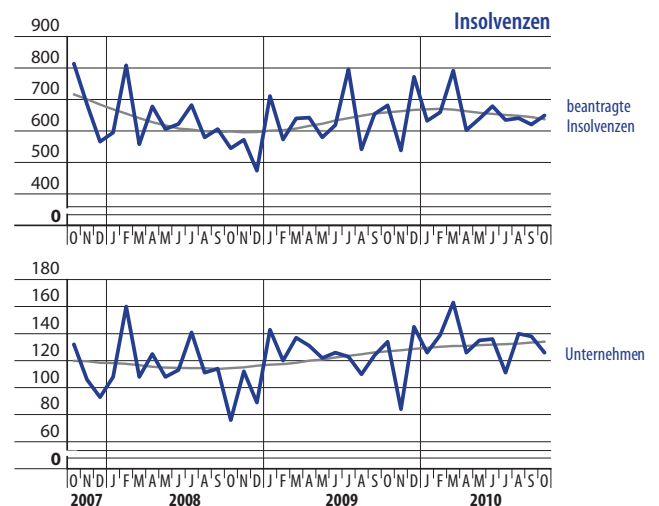
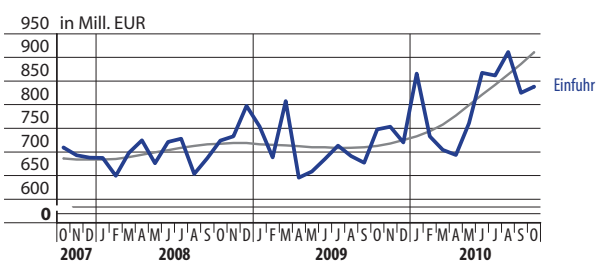
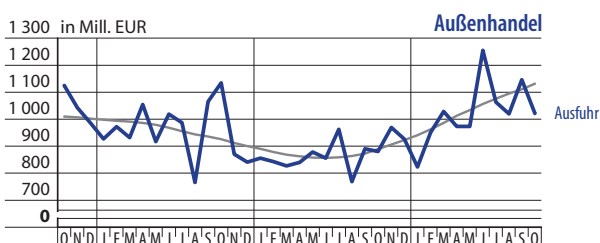
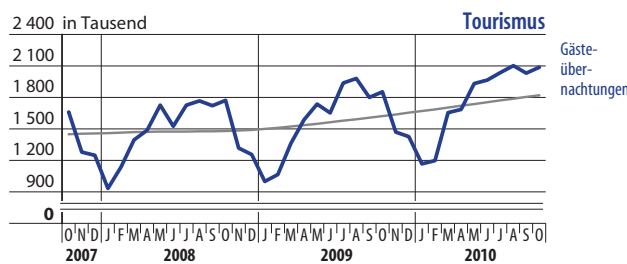
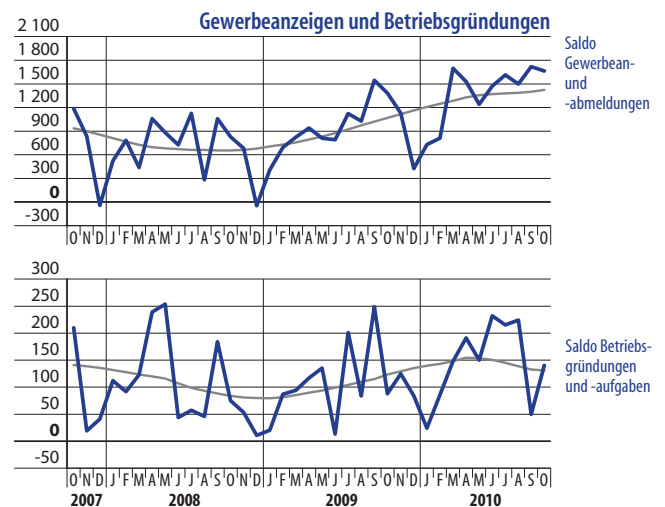
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen beiden langfristigeren Zeiträumen durchgängig positive Veränderungsraten – also eine negative Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 649 Verfahren für den Monat Oktober 2010 genannt, das sind gegenüber dem Oktober des Vorjahres 4,7 % weniger. Im 10- und im 12-Monats-Vergleich beträgt die Veränderung +1,7 % bzw. +5,0 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich etwa 650 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren langfristig und stabil seit Mitte 2005 bei unter 140 Insolvenzen pro Monat angelangt, der Trend war seit dem Herbst 2008 allerdings wieder steigend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 126 Fälle, das entspricht –6,0 % zum Oktober 2009. Beim Vergleich der 10-Monats- und der Ein-Jahres-

Zeiträume ergaben sich +5,5 % bzw. +6,7 % Regelinsolvenzen der Unternehmen zum Vergleichszeitraum. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend und bei den der Unternehmen leicht steigend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2010 bei 108,2. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwi-

schen dem Oktober 2010 und dem Oktober 2009, ergab sich damit ein Wert von +1,4 %, im September 2010: +1,5 %. Während sich die Energiepreise (Kraftstoffe, Heizöl, Strom, Gas und feste Brennstoffe), Beherbergungsdienstleistungen und Nahrungsmittel überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Schuhen und Bekleidung Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt und befindet sich zurzeit bei etwas +1,8 %. Gegenüber dem Oktober 2009 ist der Trend leicht steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Oktober 2010****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktober 2010 zum Vorjahresmonat um 10,4 %, das waren –15 157 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 9,8 %. Im Einzelnen zeigten sich die folgenden jährlichen Trends: Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden waren der Gesamtumsatz stark steigend, der Auftragseingang (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) leicht steigend und die Zahl der Beschäftigten gleichbleibend. Im Bauhauptgewerbe stieg der Auftragseingang leicht, der Umsatz und die Beschäftigten blieben etwa gleich, während die Baugenehmigungen leicht sanken. Beim Brandenburger Einzelhandel und im Gastgewerbe stiegen der nominale Gastgewerbe- und der

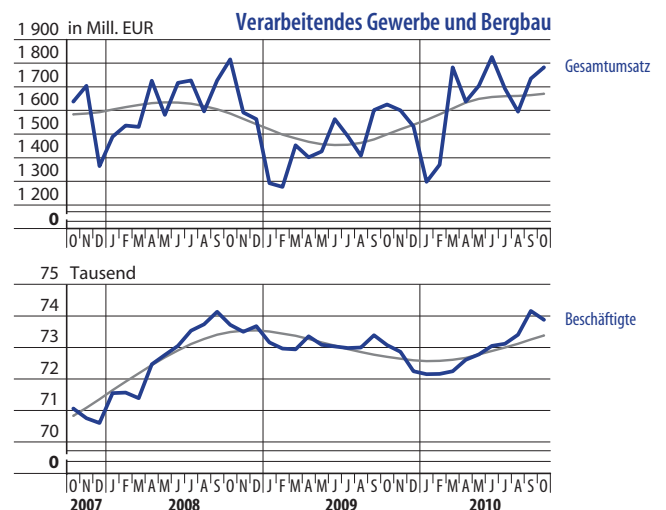
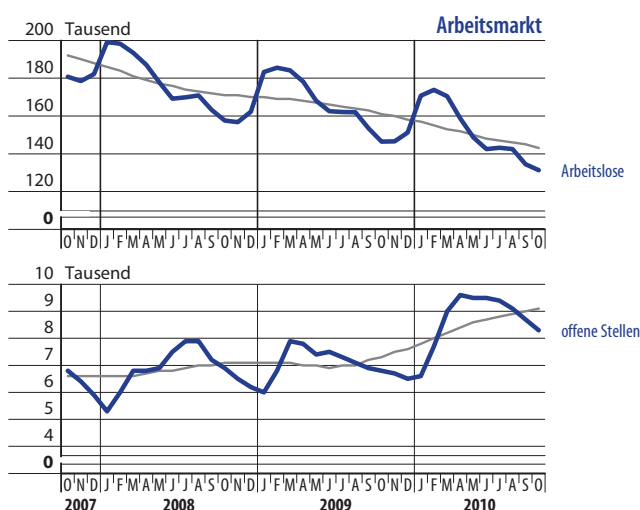
nominale Einzelhandelsumsatz leicht – die realen Umsatz-Messzahlen sowie die jeweiligen Beschäftigten-Messzahlen blieben etwa gleich. Beim Großhandel war der Trend beim nominalen Umsatz stark steigend – beim realen Umsatz und bei den Beschäftigten steigend. Im Tourismus stieg die Zahl der Gäste sowie die der Übernachtungen langfristig und kontinuierlich. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und der der Betriebsgründungen und -aufgaben fiel stark. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen stieg – die der Unternehmensinsolvenzen stärker. Die Brandenburger Ausfuhren, einschließlich der in die EU, und die Einfuhren legten beachtlich zu. Die wirtschaftliche Krise scheint damit überwunden. Im Oktober 2010 betrug die Inflationsrate +1,0 % – der jährliche Trend ist zurzeit leicht steigend.

Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,1 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 2,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 1,0 Prozentpunkte bzw. 0,9 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten, sie verringerte sich im Mittel der ersten 10 Monate der Jahre 2000 zu 2010 – also innerhalb von 10 Jahren – um 33,5 %. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden jetzt die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist erfolgt – ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 8 316 offenen Stellen hatten sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 1 475 Stellen oder um 21,6 % erhöht. Seit dem Anfang des Jahres 2008 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen an, seit dem Herbst des Jahres 2009

Auf dem Brandenburger **Arbeitsmarkt** wurde Ende Oktober des Jahres 2010 mit 131 283 Arbeitslosen ein Minus von 2,4 % gegenüber dem September 2010 registriert, das waren 3 201 Personen weniger. Im Vergleich zum Oktober des Jahres 2009 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 10,4 % ab, ein Minus von 15 157 Personen. Dies entspricht etwa der Einwohnerzahl der Brandenburger Städte

Angermünde oder Wittstock/Dosse zur Mitte des Jahres 2010. Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 10,9 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 9,8 % – erstmals wurde damit seit dem Erfassungsbeginn im April 1997 ein einstelliger Wert erreicht. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 1,2

Tabelle Seite 23



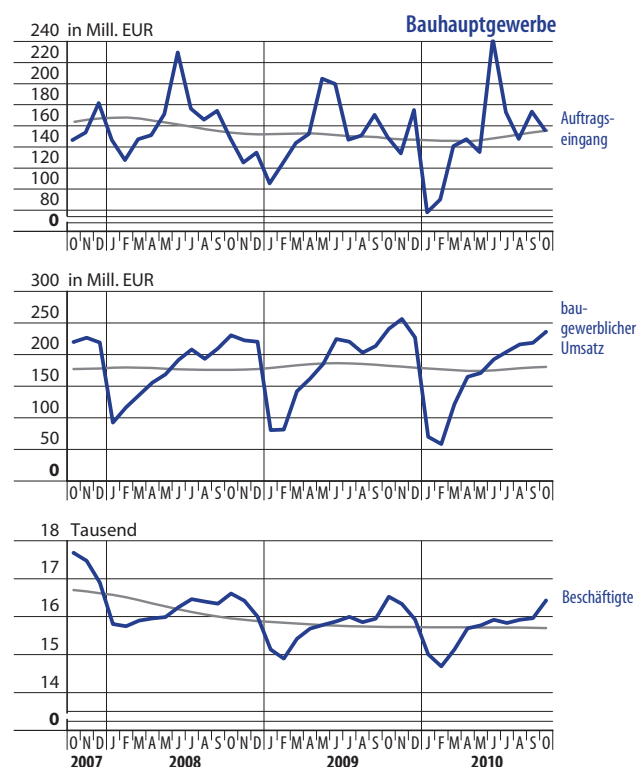
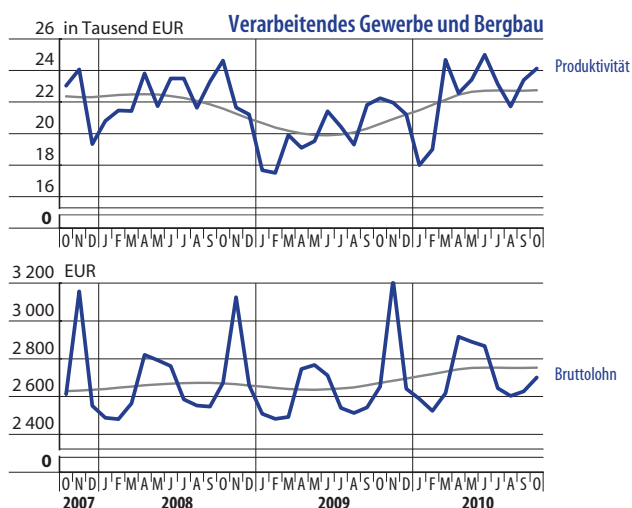
dann stärker. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 15,8 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Oktober dieses Jahres waren 7 198 Personen in der beruflichen Weiterbildung (7 184 Personen) und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (14 Personen) erfasst; im Vergleich zum Oktober 2009 ergab das ein Weniger von 1 350 Personen oder –15,8 %.

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Oktober-Vergleich mit +15,5 % eine starke positive Veränderung bei deutlichen Schwankungen der Monatseinzelwerte. Im Vergleich der 10-monatigen (Januar bis Oktober 2010 zum Vorjahreszeitraum) und der 12-monatigen (September 2009 bis Oktober 2010 zum Vorjahreszeitraum) Perioden waren es +8,2 % bzw. +6,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente war seit dem Dezember 2008 wieder steigend, mit einer kleinen „Negativ-Delle“ um den April 2010. Die im Monat Oktober dieses Jahres berichtspflichtigen 413 Betriebe – das sind vier Betriebe weniger als im Oktober 2009 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 782,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 157,1 Mill. EUR oder 9,7 % überboten. Im laufenden Jahr – von Januar 2010 bis Oktober 2010 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 16,4 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 13,0 % einher. Die langfristige Trend-Konjunktur-Kom-

ponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder stark steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober ein Niveau von 508,7 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 28,5 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die seit Dezember 2008 wieder leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der alten Tiefstände zu gelangen – und die seit Januar 2010 wiederum steigt. Im Oktober des Jahres 2010 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 73 880 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Oktober 2009) mit +1,1 % eine Zunahme um 808 Personen. Im 10- und im 12-monatigen Vergleich waren es –0,2 % bzw. –0,4 %; die Tendenz war also gleichbleibend. Im Oktober 2010 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 125,10 EUR, das waren +8,5 % gegenüber dem Oktober 2009. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenso, aber schwächer: Sie lag im gleichen Zeitraum um 1,8 % oder 47,94 EUR je Beschäftigten höher als im Oktober 2009 – insgesamt bei 2 700,83 EUR je Beschäftigten.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Oktober 2010 ein Niveau von 155,9 Mill. EUR. Der Auftragseingang zeigte mit +4,6 % zum Vorjahresmonat eine positive Entwicklung, im 10- und 12-monatigen Vergleich gab es demgegenüber Veränderungen um –4,1 % bzw. –0,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente war trotzdem leicht steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich demgegenüber negativ, –10,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich des 10-Monats- und des Einjahres-Zeitraumes +2,6 % bzw. +0,7 % – der Trend ist leicht fallend. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz abzuschwächen. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Oktober des Jahres 2007 wieder leicht an, war aber ab dem Herbst 2009 wieder leicht im Fallen begriffen und ist nun als eher gleichbleibend einzuschätzen. Der baugewerbliche Umsatz lag um 1,9 % unter dem Wert vom Oktober 2009. Beim Vergleich der 10- und der 12-Monats-Zeiträume ergibt sich ein Wert von –5,6 % bzw. –2,6 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend weiter – wenn auch sehr abgeschwächt – fort. Im Oktober 2010 gab es in diesem Wirtschaftszweig 16 425

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Beschäftigte, 0,6 % weniger als im Oktober 2009 – der Trend des letzten Jahres war etwa gleich bleibend. Die im Oktober 2010 berichtspflichtigen 323 Betriebe – gegenüber dem Oktober 2009 waren es acht Betriebe mehr – erreichten einen Gesamtumsatz von 237,8 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 235,9 Mill. EUR).

Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch wird eine weitere „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar und ein Ein-Jahres-Vergleich ist deshalb nicht möglich. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 1,7 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +0,9 % und die Beschäftigten-Kennziffer fiel um 1,1 %. Im aktuellen Monat erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 0,3 %, darunter die der Vollbeschäftigten um 0,6 %, auch die der Teilzeitbeschäftigten stieg an, und zwar um 0,1 %. Innerhalb des letzten Jahres stieg die Trend-Konjunktur-Komponente des nominalen Umsatzes leicht an, die des realen Umsatzes und der Beschäftigten blieben konstant.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 10-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 8,0 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +2,4 % und die Beschäftigten-Kennziffer fiel um 9,4 %. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres war dann ebenfalls steigend, der des nominalen Umsatzes besonders stark.

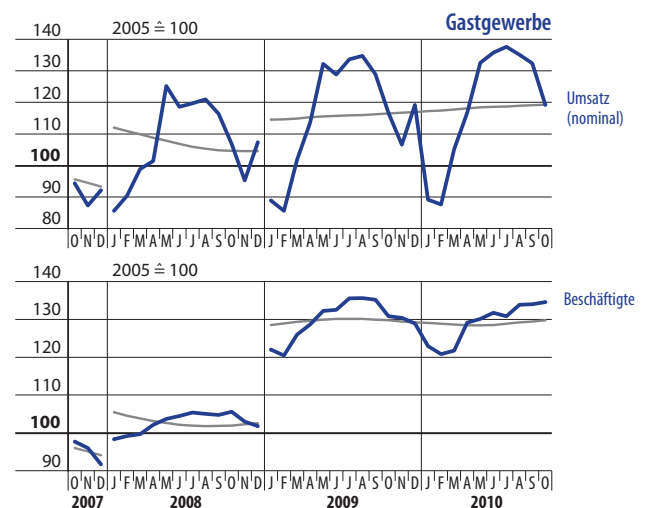
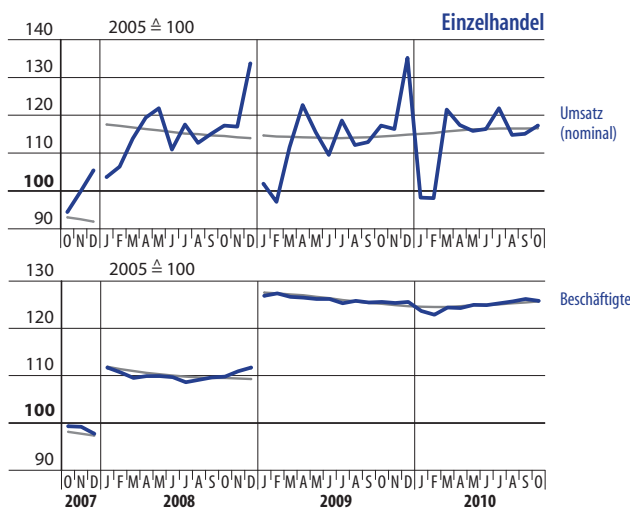
Im **Gastgewerbe** wurde, ebenso wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der 10-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 2,3 % zu, die des realen Umsatzes um 0,5 % und die der Beschäftigten um 0,7 % ab. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres: nominaler Umsatz – leicht steigend; Beschäftigte und realer Umsatz – gleichbleibend.

Die Erhebung zum Brandenburg-**Tourismus** wurde im Januar 2009 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht beeinflusste. Im Oktober 2010 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen 920,8 Tsd.; gegenüber dem Oktober 2009 waren es 43,6 Tsd. Übernachtungen oder 5,0 % mehr. Beim Vergleich der 10-monatigen und 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,3 % bzw. von 3,9 %. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Ein-Monatsvergleich um 6,9 %. Im 10- und im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +4,6 % bzw. +4,1 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2010 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Die Übernachtungsdauer verringerte sich allerdings etwas.

Im Brandenburger **Außenhandel** wurde im Zeitraum von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung bewältigt, die beide Merkmale etwa auf das Niveau von 2006/2007 zurück-

warf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Oktober 1 167,9 Mill. EUR und lag damit um 16,1 % über dem Ergebnis des Oktober 2009. Beim Vergleich der Zeiträume des laufenden Jahres (Januar bis Oktober) und des letzten Ein-Jahres-Zeitraumes ergab sich ein Plus von 13,4 % bzw. von 10,1 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden davon 73,8 % der gesamten Ausfuhr exportiert, mit 861,8 Mill. EUR 27,4 % mehr als im Oktober 2009. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis Oktober 2010 – Waren im Wert von 6,9 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 179,0 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +11,2 % gegenüber dem Oktober 2009 führte. Im 10-Monats- und im Ein-Jahres-Zeitraum wurden Waren im Wert von 12,0 bzw. 13,9 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +29,5 % bzw. +23,2 %. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Ein-, der Aus- und der Ausfuhr nach der EU sehr stark steigend. Beim Import ist das Vor-Krisen-Niveau wieder erreicht, während es beim Export bereits im Mai 2010 überschritten wurde. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Oktober 2010 wurden 269 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Oktober



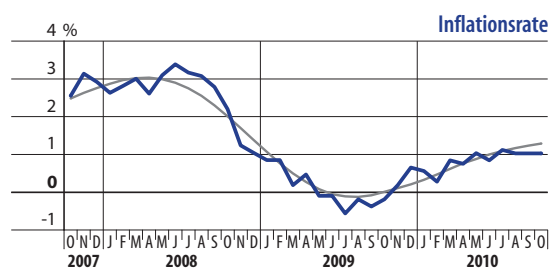
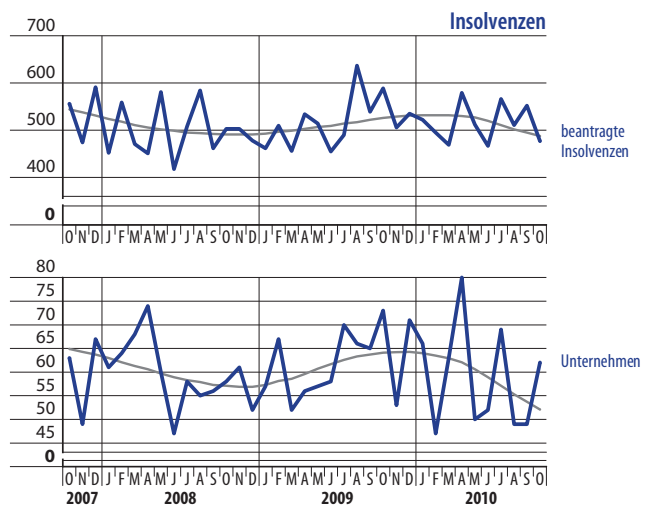
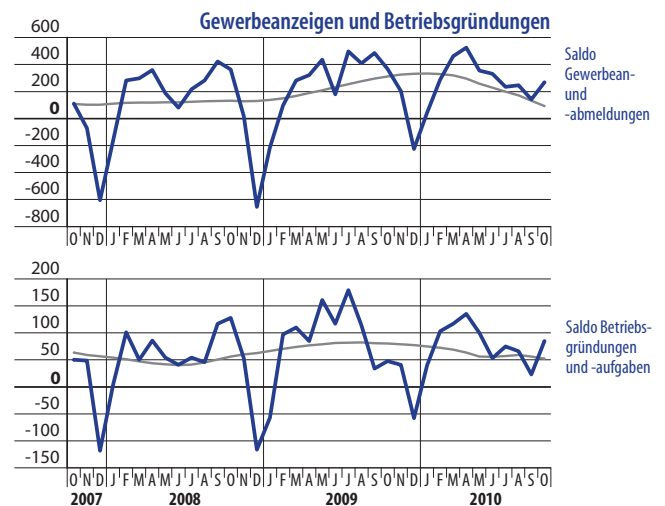
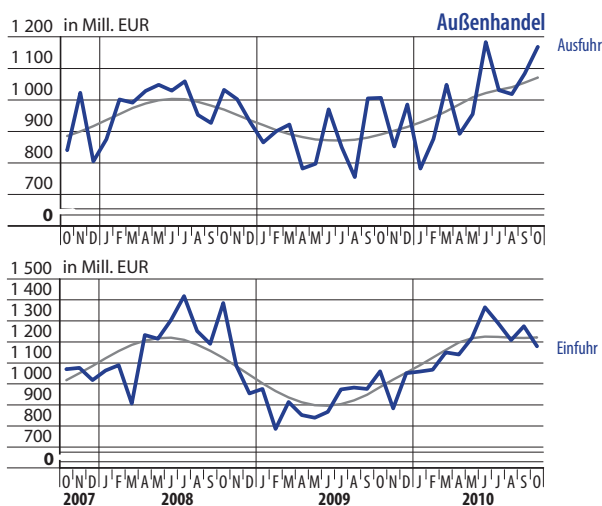
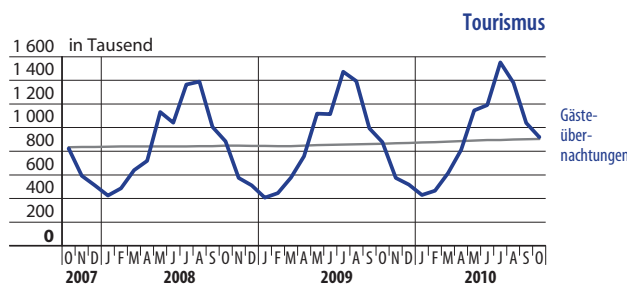
2009 waren es – bei einer Differenz vom –98 Anmeldungen – 26,7 % weniger, im 10-Monats- und im Ein-Jahres-Vergleich dann +1,1 % bzw. +29,1 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Oktober 2010 auf +85 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus von 77,1 % zum Oktober 2009. Beim Vergleichen der 10-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben –10,2 % bzw. –5,5 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei beiden Kennziffern als sehr stark fallend eingeschätzt werden, es ist allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit vorhanden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine leicht bzw. stärker fallende Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 477 Verfahren genannt, das sind gegenüber dem Oktober des Vorjahres –19,0 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer großen Streuung – monatlich etwas über 500 Verfahren beantragt. Im 10-Monats-Zeit-

raum waren es –0,7 % und im 12-Monats-Zeitraum +0,4 % zum jeweiligen vorherigen Vergleichszeitraum. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas unter 60 Insolvenzen pro Monat angelangt; der Trend seit dem Januar 2010 fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 62 Fälle, das entspricht –15,1 % zum Oktober 2009. Beim Vergleich der 10-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich –5,5 % bzw. –3,1 %. Der Trend im letzten Jahr war bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen stärker fallend und bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Oktober 2010 bei 107,8. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Oktober 2009 und dem Oktober 2010, ergab sich damit ein Wert von +1,0 %, im September 2010: ebenfalls +1,0 %. Während die Preise für Kraftstoffe, Heizöl und Beherbergungsdienstleistungen ohne Pauschalreisen und Nahrungsmittel überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei der Bekleidung. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit dem September 2009 leicht und fast linear an.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2008 oder Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Oktober 2010****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 21. Januar 2011)

Merkmal	Einheit	Oktober 2010		Januar bis Oktober 2010		November 2009 bis Oktober 2010		Oktober 2010	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres-zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres-zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres-zeitraum	Trend-Konjunktur-Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtdindex.....	2005 ± 100	108,2	1,4	107,8	1,2	107,6	1,2	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	105,0	4,7	108,5	9,4	109,0	9,8	↑	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	153,4	11,7	146,3	43,1	142,8	35,3	↑	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	197	3,7	153,1	10,5	153,6	4,2	↑	
Gegenwärtige Indikatoren									↑
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 754,0	0,6	1 798,2	1,1	1 799,1	-0,2	↗	
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	735,4	5,1	671,4	50,8	716,1	38,1	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	202,8	29,8	144,5	16,9	150,0	14,8	↑	
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	109,3	-1,1	101,2	1,3	104,3	x	↗	
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	107,7	-1,6	99,7	1,2	103,0	x	↗	
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	130,8	7,7	120,9	2,7	121,5	x	↗	
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	124,2	2,7	114,1	-3,3	115,6	x	↗	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	133,5	3,6	115,8	1,9	115,7	x	↗	
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	120,7	0,3	105,4	-1,3	105,8	x	→	
Gästeankünfte.....	1 000	917,1	14,0	766,6	10,9	751,4	10,7	↑	
Gästeübernachtungen.....	1 000	2 086,1	12,5	1 785,7	11,8	1 729,6	11,9	↑	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 021,3	16,0	1 025,4	19,2	1 012,4	17,8	↑	
davon nach EU.....	Mill. EUR	492,0	23,7	471,4	17,2	465,7	16,5	↑	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	836,9	12,1	805,0	14,1	793,4	10,9	↑	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	22 254	-2,3	23 324,1	2,2	23 369,1	1,0	↗	
Bruttonomatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3 594	1,8	3 747,9	2,8	3 848,4	2,2	↗	
Späte Indikatoren									↗
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	1 663	20,2	1 397,2	46,3	1 293,9	52,5	↑	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	140	59,1	146,0	34,2	139,1	44,9	↗	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	649	-4,7	654,8	1,7	654,8	5,0	↘	
davon Unternehmen.....	Anzahl	126	-6,0	134,0	5,5	130,8	6,7	↗	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ...	1 000	78,8	2,4	77,1	-0,7	77,0	-0,9	↗	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	11,0	2,7	10,2	13,7	10,3	14,4	↑	
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	116,8	0,3	115,3	-1,5	115,6	x	→	
Großhandel ⁴	2005 ± 100	133,1	1,4	131,4	-2,1	131,2	x	→	
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	116,2	-1,5	113,2	-4,4	114,0	x	↘	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	219 388	-4,1	234 383	-2,0	233 102	-1,0	↘	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	12,8	-5,9	13,8	-3,0	13,7	-1,8	↘	
offene Stellen.....	Anzahl	10 693	27,9	9 676,4	14,0	9 510,2	x	↓	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 18. Januar 2011)

Merkmal	Einheit	Oktober 2010		Januar 2010 bis Oktober 2010		November 2009 bis Oktober 2010		Oktober 2010	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↗
Verbraucherpreisindex									
Gesamtdindex	2005 ± 100	107,8	1,0	107,6	0,9	107,5	0,8	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	149,2	15,5	147,4	8,2	144,9	6,1	↗	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	155,9	4,6	148,5	-4,1	149,5	-0,8	↗	
Baugenehmigungen	Anzahl	659	-10,9	598,4	2,6	581,7	0,7	↘	
Gegenwärtige Indikatoren									↗
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 782,4	9,7	1 642,4	13,0	1 629,7	10,5	↑	
Stromerzeugung (brutto)	GWh	2 219,0	-20,7	3 001,0	6,8	3 053,0	6,0	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	235,9	-1,9	165,3	-5,6	178,1	-2,6	→	
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	117,3	-0,0	113,7	1,5	115,7	x	↗	
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	112,9	-1,0	109,3	0,8	111,6	x	→	
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	135,6	14,2	119,8	9,2	119,6	x	↑	
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	116,4	4,7	106,1	3,6	106,8	x	↗	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	119,4	2,2	119,3	2,3	118,3	x	↗	
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	108,7	-0,5	109,1	-0,5	108,5	x	→	
Gästeankünfte	1 000	336,8	6,9	343,2	4,6	321,3	4,1	↗	
Gästeübernachtungen	1 000	920,8	5,0	955,4	4,3	887,3	3,9	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	1 167,9	16,1	1 003,9	13,4	989,8	10,1	↑	
davon nach EU	Mill. EUR	861,8	27,4	691,2	19,8	675,5	14,3	↑	
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	1 179,0	11,2	1 195,6	29,5	1 157,5	23,2	↑	
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ...	EUR	24 125,1	8,5	22 501,9	13,1	22 349,4	10,9	↑	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	EUR	2 700,8	1,8	2 697,7	3,9	2 736,4	3,5	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	269	-26,7	289,4	1,1	239,3	29,1	↓	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	85	77,1	79,7	-10,2	65,0	-5,5	↓	
Insolvenzen gesamt	Anzahl	477	-19,0	515,0	-0,7	515,9	0,4	↘	
davon Unternehmen	Anzahl	62	-15,1	58,7	-5,5	59,3	-3,1	↓	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ...	1 000	73,9	1,1	73,0	-0,2	72,9	-0,4	→	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	16,4	-0,6	15,6	-0,5	15,7	-0,5	→	
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	125,8	0,2	124,8	-1,1	124,9	x	→	
Großhandel ⁴	2005 ± 100	130,6	1,2	117,0	-9,4	119,1	x	↗	
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	134,7	2,8	129,1	-0,7	129,3	x	→	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	131 283	-10,4	151 650	-10,0	151 195	-9,5	↓	
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen)	%	9,8	-10,9	11,3	-9,9	11,3	-9,2	↘	
offene Stellen	Anzahl	8 316	21,6	8 741,6	22,2	8 382,8	19,3	↑	

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumen-
index (ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe ab 50 Beschäftigte

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen
20 und mehr Beschäftigten; Monatsberichts-kreis

4 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p ↑
 1 % \leq p < 10 % ↗
 -1 % < p < 1 % →
 -10 % < p \leq -1 % ↘
 p \leq -10 % ↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p ↑
 1 % \leq p < 2 % ↗
 -1 % < p < 1 % →
 -2 % < p \leq -1 % ↘
 p \leq -2 % ↓

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit,
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aus Entstehungs-,
Verwendungs- und Verteilungssicht

In der amtlichen Statistik existieren zwei Gesamtrechnungssysteme, die eng miteinander verbunden sind, und zwar die Erwerbstätigenrechnung und das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Deren Ergebnisse unterscheiden sich von den sonst üblichen Ergebnissen der amtlichen Wirtschaftsstatistik insofern, als hier nicht auf der Grundlage zielgerichtet erhobener Daten – sei es als Stichprobe oder als Vollerhebung – quantitative Informationen zu einer bestimmten Gruppe von Wirtschaftseinheiten ermittelt werden. Stattdessen besteht die Zielsetzung darin, durch umfassende Auswertung einer möglichst breiten Basis von verschiedenen Einzelstatistiken ein konsistentes Bild der Gesamtwirtschaft zu gewinnen.

In der Erwerbstätigenrechnung liegt der Schwerpunkt auf der Ermittlung der Erwerbstätigenzahl als Summe der Selbstständigen- und der Arbeitnehmerzahl, wobei letztere neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als der wichtigsten Teilgruppe weitere Teilgruppen wie etwa die marginal Beschäftigten umfasst. Zusätzlich werden Daten zu den Berufspendlern und – vor dem Hintergrund zunehmender Teilzeitbeschäftigung – zum Arbeitsvolumen in Stunden ermittelt. Diese Daten werden grundsätzlich für die Gesamtwirtschaft einer bestimmten Region bereitgestellt, aber auch für einzelne Wirtschaftsbereiche.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassen drei Perspektiven auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen in einer bestimmten Region: Die Entstehungssicht betrachtet die gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen und die dabei geschaffenen Werte („Wertschöpfung“). Dabei werden wie bei der Erwerbstätigenrechnung neben den Gesamtergebnissen für die betrachtete Region auch Ergebnisse für einzelne Wirtschaftsbe-

Die Verwendungssicht untersucht die Nutzung von Gütern und Dienstleistungen für die Verwendungszwecke des privaten Konsums, des Staatskonsums und der Investitionen, jeweils einschließlich der für diese Zwecke importierten Güter und Dienstleistungen. Dazu gehört außerdem die um die Importe bereinigte ausländische Nutzung von Gütern und Dienstleistungen, die im Inland produziert werden, der sogenannte Außenbeitrag (Exporte abzüglich der Importe).

Die Verteilungssicht befasst sich mit der Aufteilung der bei der Produktion bzw. bei der Verwendung erwirtschafteten Einkommen, insbesondere auf die Arbeitseinkommen einerseits und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits.

Auf der Ebene der Bundesländer sind – anders als auf Bundesebene – nicht alle Aspekte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen schlüssig darstellbar, beispielsweise wird der Außenbeitrag aufgrund fehlender Daten auf Länderebene nicht ausgewiesen.

In den folgenden Beiträgen wird ein Überblick über die Beschäftigungs- und die Wirtschaftsentwicklung in Berlin und in Brandenburg sowie in der gesamten Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg seit der deutschen Vereinigung gegeben. Dies geschieht mithilfe der zentralen Ergebnisse der beiden Gesamtrechnungssysteme. Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung wird erweitert um eine Beschreibung der zeitlichen Verläufe der Erwerbslosigkeit, auch differenziert nach Alter und Geschlecht. Als Datengrundlage dient hier ergänzend zur Erwerbstätigenrechnung, die keine Daten zur Erwerbslosigkeit bereitstellt, der Mikrozensus als repräsentative Basisstichprobe der Sozial- und Bevölkerungsstatistik.

Autor: Markus Pullen

Erwerbstätigkeit

Gesamtentwicklung, Erwerbstätigengruppen, Arbeitszeit, Pendlerverhalten

Beschäftigung und Arbeitsmarkt der beiden Länder Berlin und Brandenburg haben in den knapp zwei Jahrzehnten seit der Vereinigung in Deutschland einen großen Wandel erfahren. Der mit der Wende in Deutschland einhergehende Transformationsprozess der Wirtschaft im Gebiet der neuen Bundesländer und in Berlin-Ost führte in beiden Ländern zu enorm hohen Beschäftigungsverlusten, und zwar in Brandenburg in noch größerem Ausmaß als in Berlin. Ausgangslage, Entwicklungsbedingungen und Verlauf der Anpassungsprozesse nach der Vereinigung waren in beiden Ländern recht unterschiedlich. Die längerfristige Neugestaltung der Wirtschaft hin zu modernen tragfähigen Strukturen kostete Jahr für Jahr mit wenigen Ausnahmen viel mehr Arbeitsplätze als neue geschaffen wurden. Außerdem stand dieser Prozess unter dem Einfluss der konjunkturellen Entwicklung welt- und bundesweit. Vom Wirtschaftsboom zur Jahrtausendwende in Deutschland konnten beide Länder noch wenig profitieren. Überwiegend kamen Einflüsse der deutschlandweit schwachen bzw. rezessiven Wirtschaftsentwicklung, insbesondere nach der Jahrtausendwende, zum Tragen. Diese Rezession hinterließ in der brandenburgischen Wirtschaft tiefere Einschnitte als in Berlin.

Erst um das Jahr 2005 entspannte sich die Beschäftigungssituation in Berlin und Brandenburg auf der Grundlage der stärkeren Hinwendung der Wirtschaft zu neuen Produktionsbereichen und modernen Dienstleistungen sowie bedingt durch den nationalen und internationalen Konjunkturaufschwung. Die Beschäftigung expandierte sogar stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer. Dazu trug auch die zunehmende Verflechtung des Arbeitsmarktes der beiden Länder als Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bei, sichtbar im fast durchgehenden Anstieg der Zahl der Berufspendler. Nunmehr erwies sich die von neuen, vorwiegend dienstleistungsorientierten Arbeitsplätzen geprägte Wirtschaft der Hauptstadtregion im Rezessionsjahr 2009 als sehr robust gegenüber der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und musste die geringsten negativen Auswirkungen unter allen Bundesländern hinnehmen. Die überdurchschnittlich positive Entwicklung der Beschäftigung in der Hauptstadtregion seit Mitte dieses

Jahrzehnts konnte aber noch nicht die enormen Beschäftigungsverluste seit der Vereinigung wettmachen und nicht ganz an das Niveau des Ausgangsjahres 1991 anknüpfen.

Im folgenden Beitrag wird die langfristige Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit dargestellt und charakterisiert durch den Strukturwandel zwischen den Wirtschaftsbereichen, durch die Entwicklung der einzelnen Beschäftigungsgruppen unter den Erwerbstätigen, insbesondere der Hauptgruppe, der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sowie durch die Veränderung des zeitlichen Umfangs der Erwerbsbeteiligung und des Pendlerverhaltens. Dabei beziehen sich die Länderangaben zunächst auf diejenigen Erwerbstätigen, die in dem jeweiligen Land ihren Arbeitsplatz haben (Arbeitsort-Konzept). Dabei spielt der Wohnort keine Rolle, kann also auch in einem anderen Bundesland liegen. In der zweiten Hälfte dieses Beitrags wird dann auch auf die Erwerbstätigen, die in einem bestimmten Bundesland ihren Wohnsitz haben (Wohnort-Konzept), und vor allem auf die Berufspendler als verbindendes Element der beiden Betrachtungsweisen eingegangen.

Gesamtentwicklung der Erwerbstätigkeit 1991 bis 2009

In **Berlin** waren 2009, also knapp zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung 1 666 000 Personen erwerbstätig, fast wieder so viele wie im Jahr 1991 (99,5 %).¹ Das Beschäftigungsniveau von damals wurde nur noch um fast 8 000 Personen bzw. 0,5 % verfehlt. Den Beschäftigungsverlusten in den neunziger Jahren, die fast 121 000 Arbeitsplätze weniger ausmachten, stand seitdem ein Plus von rund 113 000 Arbeitsplätzen gegenüber. Ausschlaggebend für den Aufholprozess war, dass nach dem Boomjahr 2000 die Rückschläge bis 2005 geringer als der Beschäftigungsaufbau in den Jahren 2005 bis 2009 ausfielen. Nach der Ausweitung der Arbeitsplätze in Berlin im gesamtdeutschen Konjunktur-Aufschwungsjahr 2000 um rund 23 000 (+1,5 %) wurden bis zum Jahr 2005 rund 32 000 abgebaut. Erst danach setzte sich eine ununterbrochene Erhöhung der Erwerbstätigenzahl durch, die sich sogar im Krisenjahr 2009 fortsetzte. Insgesamt nahm in diesem Zeitraum die Erwerbstätigenzahl um rund 123 000 Personen zu.

Langfristig hat **Brandenburg** von 1991 bis 2009 per Saldo aus weggefallenen und neu geschaffenen Arbeitsplätzen insgesamt 136 000 bzw. 11,4 % aller Arbeitsplätze im Land verloren, sodass 2009 nur

¹ Alle in diesem Beitrag verwendeten Daten der Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter (Erwerbstätige, Selbstständige, Arbeitnehmer, marginal Beschäftigte, Arbeitsvolumen, Pendler) entsprechen dem Rechenstand

August 2009 / Februar 2010. Aufgrund der Einbeziehung von zusätzlichen Quellstatistiken, die erst später verfügbar werden, sowie aufgrund von methodischen Revisionen können sich die Ergebnisse später noch verändern.

Abb. 1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Berlin 1991 bis 2009 nach Personengruppen

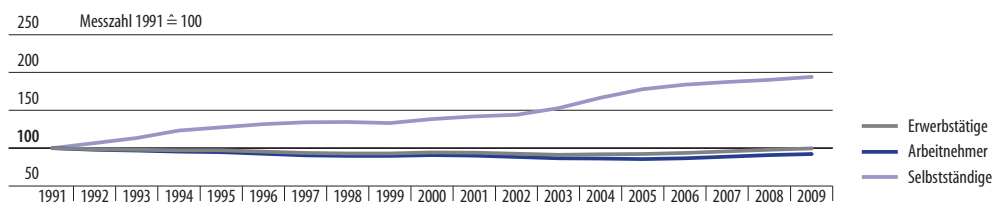
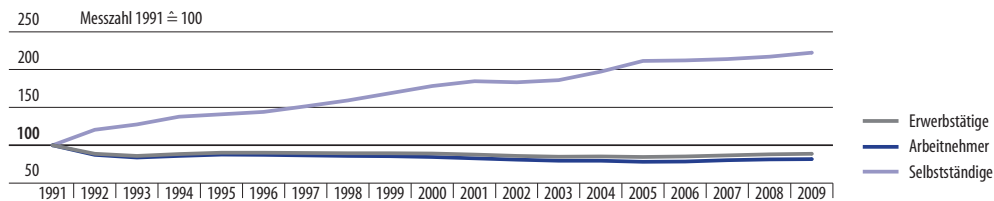


Abb. 2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Brandenburg 1991 bis 2009 nach Personengruppen



noch 1 057 000 Erwerbstätige gezählt wurden. Von der Gesamtzahl der per saldo verlorengegangenen Arbeitsplätze entfielen allein 129 000 (rund 95 %) auf den Zeitraum bis zur Jahrtausendwende. Selbst während zu diesem Zeitpunkt in Deutschland die Wirtschaft boomte und die Erwerbstätigenzahl um 1,9 % anstieg, blieb die Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg im Minus. In den folgenden Jahren traten überwiegend noch stärkere Rückgänge auf. Bis 2005 nahm die Erwerbstätigenzahl nochmals um rund 54 000 Personen ab, deutlich mehr als im Nachbarland Berlin. Erst seit 2006 stieg die Erwerbstätigkeit wieder ununterbrochen an, insgesamt bis 2009 um 47 000 Personen. Dieser Anstieg stellte aber noch keinen Ausgleich zu den Rückgängen in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts dar.

Nach fast zwei Jahrzehnten deutscher Einheit verfügte im Jahr 2009 die **Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg** mit 2 722 000 erwerbstätigen Personen über 5 % weniger Arbeitsplätze als im Jahr 1991 und stellte damit 6,8 % der Erwerbstätigen in Deutschland (1991: 7,4 %). Dabei entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in Brandenburg wie auch in Berlin in den letzten Jahren seit 2007 aber sogar deutlich positiver als in Deutschland.

Strukturwandel vom Produzierenden Gewerbe zu den Dienstleistungen

Heute verfügen beide Länder über eine dienstleistungsorientierte Wirtschaft, in der die Unternehmen der Dienstleistungsbereiche anteilig mehr Arbeitsplätze als in Gesamtdeutschland stellen, in Berlin als Bundeshauptstadt noch ausgeprägter als in Brandenburg. In Berlin arbeiteten 2009 fast 87 % und in Brandenburg fast 74 % aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen, dagegen im Produzierenden Gewerbe in Berlin nur 13 % und in Brandenburg 23 %. Der Strukturwandel vom Produzierenden Gewerbe hin zu Dienstleistungen war in Brandenburg durch den Wegbruch von Betrieben bzw. Unternehmen des Produzierenden Gewerbes nach der Vereinigung besonders groß. 1991 hatte hier der Beschäftigungsanteil des Produzierenden Gewerbes noch

bei 37 % und in den Dienstleistungsbereichen nur bei 55 % gelegen. In Berlin waren Dienstleistungsarbeitsplätze mit einem Anteil von über 70 % auch schon 1991 stark ausgeprägt, bedingt auch durch die historische Struktur der Wirtschaft von Berlin-Ost als Regierungssitz der DDR.

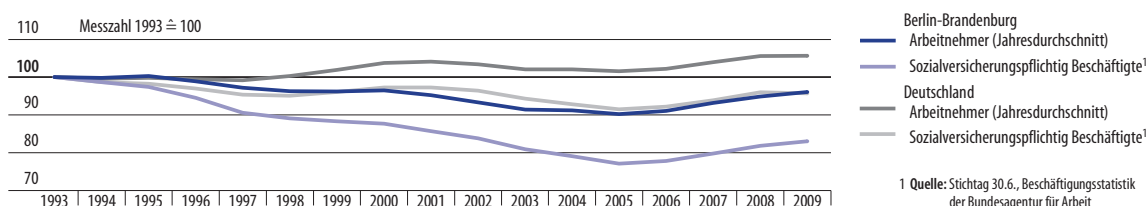
Die Dominanz der Dienstleistungsbereiche in beiden Ländern ist eine wesentliche Ursache dafür, dass die Rezession von 2009 nicht so tiefgreifend Fuß fassen konnte wie anderenorts in Deutschland. Sie traf vor allem Unternehmen exportorientierter Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, die in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg weniger vertreten sind.

Für den langfristig vorwiegend rückläufigen bzw. stagnierenden Verlauf der Erwerbstätigkeit in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg kam um das Jahr 2005 die Wende zur Aufwärtsentwicklung. Hinzu kamen die Auswirkungen von Reformen auf dem Arbeitsmarkt und die Einführung neuer Gesetze (Hartz-Gesetze) zur Förderung marginaler Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs, Ich-AGs und Zusatzjobs, die die Erwerbstätigenzahl in die Höhe schnellen ließen.

Selbstständige und Arbeitnehmer

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit verlief in den Jahren seit der Wiedervereinigung in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg für die einzelnen Beschäftigtengruppen sehr unterschiedlich. Die insgesamt geschrumpfte Zahl an Arbeitsplätzen ist ausschließlich auf die Beschäftigungsverhältnisse von *Arbeitnehmern* zurückzuführen. Dagegen schnellte die Zahl *selbstständig erwerbstätiger Personen* in die Höhe, oftmals um der Arbeitslosigkeit zu entgehen in prekären Formen der Selbstständigkeit. Die rasante Entwicklung der Selbstständigenzahl wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Hartz-Gesetze durch die staatliche Förderung von Existenzgründungen begünstigt, zunächst seit Anfang 2003 bis Mitte 2006 vor allem in Form sogenannter Ich-AGs und von Überbrückungsgeld, später in reduziertem Förderumfang durch Existenzgründerzuschüsse. Insgesamt konnte der Verlust abhängiger Beschäftigungsver-

Abb. 3 Entwicklung der Arbeitnehmer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und in Deutschland 1993 bis 2009



hältnisse aber nicht durch Erwerbsmöglichkeiten für Selbstständige ausgeglichen werden.

In **Berlin** waren 2009 im Vergleich zu 1991 fast 8 % weniger Arbeitnehmer in Lohn und Brot. Das bedeutet einen Wegfall von rund 122 000 Arbeitnehmerarbeitsplätzen in diesem Zeitraum einer insgesamt nur leicht verringerten Erwerbstätigenzahl (–0,5 %; 8 000 Personen). Aufgefangen wurden die Beschäftigungsverluste bei den Arbeitnehmern durch die Ausweitung der selbstständigen Erwerbstätigkeit um 114 000 Personen bzw. 94 %. Während im Jahr 2000 nur 46 700 Selbstständige bzw. 38,5 % mehr als 1991 registriert wurden, fiel die Zunahme in den darauf folgenden neun Jahren mit insgesamt 67 500 Personen deutlich höher aus. Die höchsten Zuwächse gab es in den Jahren 2003 bis 2006 (Abbildung 1).

In **Brandenburg** schrumpfte die Zahl der Arbeitnehmer bis 2009 um über 18 % bzw. fast 208 000 Personen gegenüber 1991, also um rund 86 000 mehr als in Berlin. Auch beim Anstieg der Selbstständigenzahl übertraf Brandenburg mit fast 123 % gegenüber 1991 Berlin. Anders als in Berlin nahm die Zahl der Selbstständigen in diesem Zeitraum hauptsächlich in den ersten 10 Jahren nach der Wende stark zu und wuchs danach nur noch moderat mit Ausnahme der Jahre 2004 und 2005. Einem Anstieg bis 2000 um über 78 % bzw. 45 700 Personen gegenüber 1991 steht für die Jahre danach bis 2009 nur noch eine Zunahme um über 25 % bzw. 25 700 Personen im Vergleich zu 2000 gegenüber, davon fast 15 000 Personen allein in den Jahren 2004/2005. Die im Zeitraum von 1991 bis 2009 hinzugewonnene Erwerbstätigkeit von insgesamt 71 400 Selbstständigen entspricht aber nur rund einem Drittel des Rückgangs der Arbeitnehmerzahl, sodass Brandenburg insgesamt mehr Beschäftigungsverluste als Berlin hinnehmen musste (Abbildung 2).

Für die **Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg** bedeutet die seit 1991 ununterbrochen von Jahr zu Jahr zunehmende selbstständige Erwerbstätigkeit bis zum Jahr 2009 eine gute Verdoppelung im betrachteten Zeitraum. Damit hat sich die Hauptstadtregion bei der Selbstständigkeit weit überdurchschnittlich in Deutschland entwickelt, denn die Selbstständigenzahl erhöhte sich für die Gesamtheit aller Länder im gleichen Zeitraum nur um ein Viertel.

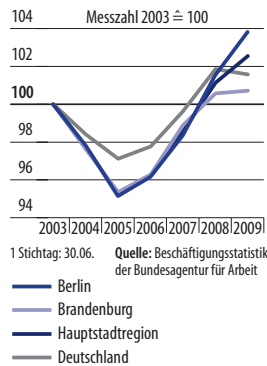
Während sich der *Anteil der Selbstständigen* an allen Erwerbstätigen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg von 6,3 % im Jahr 1991 auf 10,3 % im Jahr 2000 und 13,4 % im Jahr 2009 stark erhöht hat, veränderte er sich in Deutschland nur wenig. Im Ausgangsjahr 1991 war die Selbstständigkeit in der Hauptstadtregion noch weit weniger ausgeprägt als in Deutschland (9,1 %), erreichte 2000 den

Deutschlandwert (10,0 %) und übertraf 2009 diesen (11,0 %) deutlich. Im Auf- und Überholungsprozess der beiden Länder Brandenburg und Berlin startete Brandenburg 1991 mit dem niedrigsten Anteil von 4,9 % und kam 2000 nahezu an den Durchschnitt in Deutschland heran. In Berlin entwickelte sich ab 1991 die Selbstständigkeit von einem höheren Ausgangsanteil von 7,3 % aus und erreichte deshalb schneller die 10-Prozent-Marke (1996). Im Jahr 2009 verfügten sowohl Berlin mit 14,1 % als auch Brandenburg mit 12,3 % über überdurchschnittlich hohe Quoten der Selbstständigkeit in Deutschland. In Berlin hatte die Selbstständigkeit stets auch höheres Gewicht als im Nachbarland Brandenburg. Jedoch haben sich im Laufe der Entwicklung die Unterschiede verringert.

Arbeitnehmer: voll sozialversicherungspflichtige und/oder marginal Beschäftigte

Die Entwicklung der abhängigen Beschäftigungsverhältnisse wird dominiert von den *voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten*, die die Hauptgruppe der Arbeitnehmer mit gegenwärtig durchschnittlich knapp 70 % aller erwerbstätigen Personen in Deutschland stellen. 2009 waren in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1 844 000 Personen voll sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das waren 6,7 % aller in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Jahr 1993, dem ersten Jahr des statistischen Nachweises sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im vereinten Deutschland, lag dieser Anteil noch bei 7,8 %, doch voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze waren in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg besonders stark vom Abbau betroffen. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer verringerte sich bis 2009 in Berlin und Brandenburg gleichermaßen um rund 17 % gegenüber 1993. In Berlin bedeutete dies eine Schrumpfung um 231 200 auf 1 106 200 und in Brandenburg um 147 200 auf 738 200 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. Bundesweit wurden aber im gleichen Zeitraum rund 4 % sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze abgebaut. Dem Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg von 17 % stand eine wesentlich geringere Abnahme der Arbeitnehmerzahl insgesamt von rund 4 % gegenüber. In Deutschland war die gesamte Arbeitnehmerzahl hingegen bis 2009 um fast 6 % gegenüber 1993 gestiegen. Die unterschiedliche Entwicklung der Gruppe aller Arbeitnehmer und der Teilgruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf die starke Zunahme der marginal Beschäftigten zurückzuführen (Abbildung 3).

Abb. 4 Sozialversicherungs-
pflichtig Beschäftigte¹
in Berlin, Brandenburg,
der Hauptstadtregion
und Deutschland
2005 bis 2009



Entwicklung der Arbeitnehmer und der marginal Beschäftigten ...

Abb. 5 ... in Berlin
und in Brandenburg 2003 bis 2008

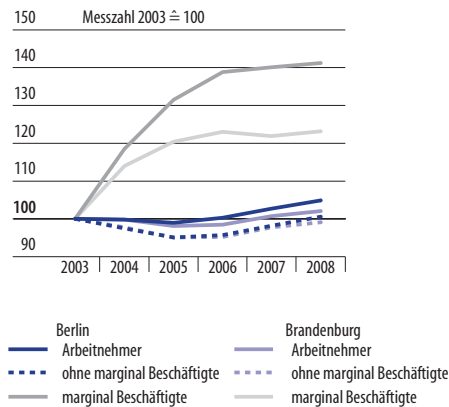
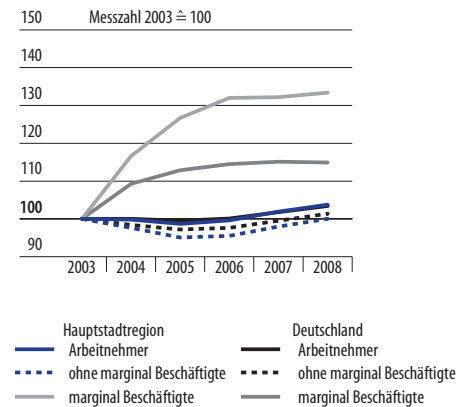


Abb. 6 ... in der Hauptstadtregion
und in Deutschland 2003 bis 2008



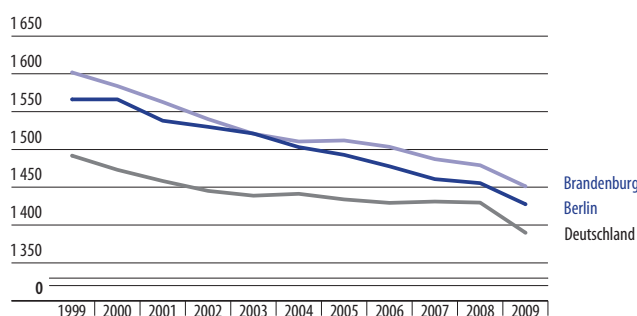
Der langfristige Trend zum Abbau der *sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung* kehrte sich in der Hauptstadtregion wie auch deutschlandweit erst ab 2005 um. Bis 2008 bewirkte der Wirtschaftsaufschwung in der gesamten Hauptstadtregion eine Expansion sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, die zu den deutlichsten Expansionen unter allen Bundesländern zählte. In Berlin boomte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit jährlichen Zuwachsraten von 2,3 % im Jahr 2007 und 3,2 % im Jahr 2008, in Brandenburg jeweils mit 2,7 % und 1,7 %. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bis 2008 war mit 88 600 bzw. gut 5 % gegenüber 2006 stärker als der bundesweite Anstieg von gut 4 % im gleichen Zeitraum. Auch als 2009 die Wirtschaftskrise bundesweit ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterließ, wenn auch abgemildert durch Konjunkturförderprogramme und Kurzarbeit, war in Berlin mit 2,3 % ein immer noch beachtlicher Anstieg der Beschäftigung zu verzeichnen. Allerdings kam der weitere Aufbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Brandenburg fast zum Erliegen. Bundesweit rutschte die Entwicklung sogar ins Minus (-0,3 %), (Abbildung 4).

Außer von der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ging, insbesondere nachdem die Reform am Arbeitsmarkt mit den Hartz-Gesetzen ab 2004/2005 die weitere Flexibilisierung

von Beschäftigungsverhältnissen auch für geringfügig Beschäftigte begünstigte, die Veränderung der Arbeitnehmerzahl hauptsächlich von der Gruppe der *marginal Beschäftigten* aus. Zu dieser sich sehr dynamisch entwickelnden Personengruppe zählen Arbeiter und Angestellte, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten. Voraussetzung ist wenigstens eine Stunde Arbeit gegen Entgelt in einem einwöchigen Berichtszeitraum. Dazu zählen in Deutschland insbesondere die ausschließlich geringfügig Beschäftigten in der Abgrenzung von Beschäftigten, die eine geringfügige Beschäftigung als Nebenerwerb ausüben, und die Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten, sogenannten 1-Euro-Jobs.

Ohne Berücksichtigung der marginal Beschäftigten wäre die Entwicklung in den Jahren seit 2003 in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg nicht so positiv verlaufen. In Berlin wäre die Arbeitnehmerzahl bis 2008 nicht um 4,9 %, sondern nur um 0,6 % gegenüber 2003 gestiegen. In Brandenburg wäre der Zuwachs der Arbeitnehmerzahl von 2,1 % über diesen Zeitraum sogar in eine Verringerung um fast 1 % umgeschlagen. Für die Hauptstadtregion insgesamt hätte das eine Stagnation bedeutet und bundesweit wäre das entsprechende Plus von 3,4 % auf 1,4 % geschrumpft (Abbildungen 5 und 6).

Abb. 7 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen
in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1999 bis 2009



Entwicklung der Pro-Kopf-Arbeitszeit

Im Zuge der Durchsetzung vielfältiger flexibler und marginaler Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungen, 1-Euro-Jobs und Ich-AGs wurde auch der zeitliche Umfang der Beteiligung am Erwerbsleben, das *Arbeitsvolumen*, beeinflusst. Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer oder als Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben. Einbezogen werden auch Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Dagegen werden bezahlte, aber

Abb. 8 Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und des Arbeitsvolumens in Berlin 1991 bis 2009

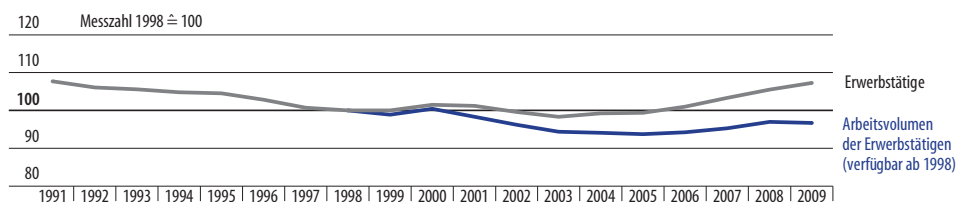
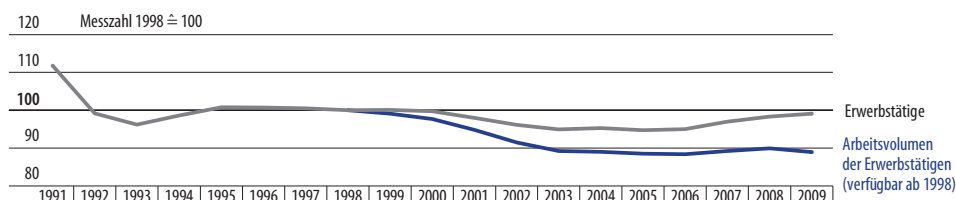


Abb. 9 Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und des Arbeitsvolumens in Brandenburg 1991 bis 2009



nicht geleistete Arbeitsstunden, etwa aufgrund von Jahresurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit nicht berücksichtigt.

In Berlin kam 2009 rechnerisch auf einen Erwerbstätigen eine Jahresarbeitszeit von 1 427,7 Stunden, 138,4 Stunden bzw. fast 9 % weniger als im Jahr 1999. In Brandenburg verringerte sich die *Arbeitszeit pro Kopf* im gleichen Zeitraum von 1 601,7 Stunden auf 1 451,1 Stunden, das sind sogar 150,6 Stunden bzw. 9,4 % weniger.

Die Entwicklung der Arbeitszeit in den beiden Ländern war durch kontinuierlichere Rückgänge geprägt als die bundesweite, die 2009 nach weitgehender Stabilität von 2002 bis 2008 in eine um rund 6,8 % (–102,0 Stunden) geringere Pro-Kopf-Arbeitszeit als 1999 mündete (Abbildung 7).

In der veränderten Arbeitszeit kamen alle Faktoren zur Wirkung, die den zeitlichen Umfang des Einsatzes der Arbeit beeinflussten. Das waren vor allem zunehmend differenzierte tarifliche Arbeitszeitregelungen, Mehrarbeit, Teilzeit- und marginale Beschäftigungsverhältnisse sowie auch krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle.

Die durchschnittliche *geleistete Arbeitszeit eines Erwerbstätigen* hat sich in den letzten 10 Jahren fast durchgängig jährlich reduziert. Nur in Zeiten eines auffallenden wirtschaftlichen Aufschwungs mit Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials einschließlich der Mehrarbeit und deutlichem Anstieg der Vollzeitbeschäftigung ergab sich eine kurzzeitige Stabilität der Pro-Kopf-Arbeitszeit. So blieb sie in Berlin im Boomjahr 2000 konstant und reduzierte sich während des Aufschwungs 2008 kaum merklich. In Brandenburg kam es nur im Jahr 2005 zu einer gleichbleibenden Pro-Kopf-Arbeitszeit. Dagegen fiel die geleistete Arbeitszeit im Krisenjahr 2009 bedingt vor allem durch die Abfederung der krisenbedingten Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitsmarkt mit Hilfe der Kurzarbeit überall drastisch nach unten.

Deutschlandweit arbeiteten die Erwerbstätigen 2009 im Durchschnitt fast 40 Stunden weniger als im vorangegangenen Jahr. In Berlin und Brandenburg waren es wegen des geringeren Gewichts der von Kurzarbeit betroffenen Branchen als andersorts aber nur rund 28 Stunden weniger.

Durch die langfristig schnellere Verringerung in Brandenburg haben sich die Unterschiede bei der Pro-Kopf-Arbeitszeit zwischen beiden Ländern bis 2009 verringert. 1999 arbeitete ein Erwerbstätiger in Brandenburg durchschnittlich 36 Stunden, 2009 aber nur noch 23 Stunden länger als in Berlin. Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg blieb langfristig die Arbeitszeit noch über dem Niveau in Deutschland. Allerdings sind die Abweichungen pro Kopf kleiner geworden, in Berlin von anfangs 74 Stunden auf 38 Stunden und in Brandenburg von 110 Stunden auf nur noch 61 Stunden.

Die Kehrseite der rückläufigen Entwicklung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist die Abkoppelung der Erwerbstätigenzahl vom gesamten tatsächlich geleisteten *Arbeitsvolumen* aller Erwerbstätigen. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich in Berlin bis 2009 um 7,3 % gegenüber 1998 erhöht, das Arbeitsvolumen hingegen um 3,3 % verringert.² Die Erwerbstätigenzahl in Brandenburg ist im gleichen Zeitraum um 0,9 % gegenüber dem Ausgangswert, das Arbeitsvolumen aber um 11,1 % zurückgegangen. Mit anderen Worten: Der Anstieg der Erwerbstätigenzahl in Berlin gegenüber 1998 und die Erholung fast bis zum Ausgangsniveau in Brandenburg spiegeln nicht die Entwicklung des tatsächlichen gesamten Arbeitseinsatzes in der Produktion wider. Dessen Rückgang wird vielmehr in seinen Auswirkungen auf die Zahl der erwerbstätigen Personen abgemildert, und zwar bis hin zur Umkehrung des Trends in Berlin. Dies kann vor allem durch Veränderungen der Beschäftigungsstruktur und hier insbesondere durch die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und der geringfügigen Beschäftigung erklärt werden. Eine – grundsätzlich denkbare – Reduzierung der Stundenzahl bei den Vollzeit-Erwerbstätigen dürfte über die Kurzarbeit im Krisenjahr 2009 hinaus hingegen keine längerfristige Rolle spielen (Abbildungen 8 und 9).

² Das Arbeitsvolumen wird in der Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter der Länder seit 1998 nachgewiesen.

Langfristige Entwicklung des Berufspendelns zwischen Arbeits- und Wohnort in Berlin und Brandenburg

Beschäftigung und Arbeitsmarkt in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg standen seit der Vereinigung von Anfang an unter dem Einfluss sich entwickelnder Bewegungen von Erwerbstätigen zwischen ihren Wohnsitzen in einem Land und den Arbeitsplätzen im benachbarten Land. Der Umfang dieser Pendlerbewegungen hat sich bis heute ständig erweitert und zu einer engen Verflechtung der Arbeitsmärkte und Beschäftigungssysteme beider Länder geführt.

Die bisherige Darstellung bezog sich auf Erwerbstätige am Arbeitsort. Die Erwerbstätigenrechnung stellt allerdings auch Daten zur Erwerbstätigkeit der Einwohner/-innen der Bundesländer (Wohnort-Konzept) und zu den Berufspendlern bereit. Sobald für die einzelnen Erwerbstätigen Arbeitsort und Wohnort nicht mehr übereinstimmen, also in verschiedenen Gemeinden liegen, handelt es sich um Pendler/-innen (Berufspendler). In diesem Beitrag gelten gegenüber dieser grundlegenden Definition als Pendler/-innen nur diejenigen Erwerbstätigen, deren Arbeits- und Wohnorte in verschiedenen Bundesländern liegen, die mithin über die Landesgrenzen pendeln. Ausgehend von der Begriffsstaffel

Erwerbstätige am Wohnort
+ Einpendler
– Auspendler
= Erwerbstätige am Arbeitsort

wird in diesem Beitrag ein Überschuss an Einpendlern mit einem rein rechnerisch positiven Vorzeichen dargestellt, ein Überschuss an Auspendlern mit einem negativen Vorzeichen. Für den ganzen Zeitraum seit der Wende können nur solche Pendlersalden nachgewiesen werden, allerdings für Berlin, Brandenburg und die Hauptstadtregion (Berlin und Brandenburg). In einem zweiten Schritt werden für jedes der beiden Länder die „Bruttoströme“, also die beiden Bestandteile des Saldos, seit 2005 dargestellt.

Entwicklung der Pendlersalden für Berlin und Brandenburg

Wie oben in der Begriffsstaffel dargestellt, wird bei der Betrachtung der Pendlerverflechtung zwischen Bundesländern die Erwerbstätigkeit am Wohnort zum Ausgangspunkt genommen. Nach Hinzufügung der Einpendler/-innen und Abzug der Auspendler/-

innen ergeben sich die Erwerbstätigen am Arbeitsort. Ein rechnerisch positiver Pendlersaldo in Relation zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort bedeutet, dass in dieser Größenordnung (netto) Erwerbstätige aus Wohnorten in anderen Bundesländern hinzukommen. Ein negatives Vorzeichen bedeutet, dass Erwerbstätige des Wohnorts in dieser Größenordnung (netto) an Arbeitsorten in anderen Bundesländern tätig sind.

Berlin weist über den ganzen betrachteten Zeitraum von 1991 bis 2008 einen Einpendlerüberschuss auf, der von 55 400 Personen im Jahr 1991 auf 113 300 im Jahr 2008 fast durchgehend gestiegen ist und sich damit gut verdoppelt hat. Leichte Rückgänge gab es lediglich 1995 bis 1997, 1999 und 2004.

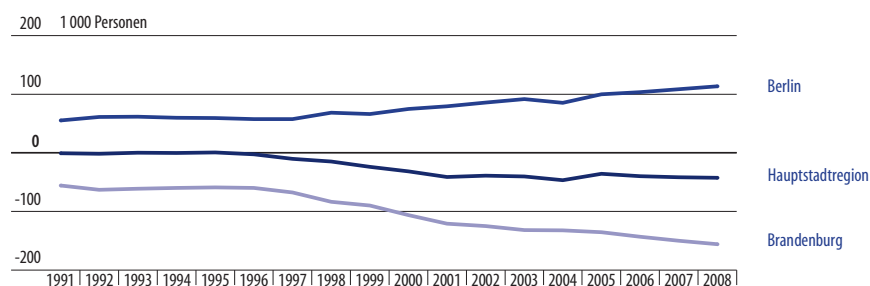
Für **Brandenburg** ist hingegen über den ganzen Berichtszeitraum ein Auspendlerüberschuss charakteristisch, der von anfänglich 56 000 Personen auf 155 800 Personen gestiegen ist und sich damit fast verdreifacht hat. Leichte Rückgänge gab es lediglich 1993 bis 1995 (Abbildung 10).

Der Pendlersaldo für die **Hauptstadtregion** kann durch Addition der Pendlersalden für Berlin und Brandenburg errechnet werden. Dabei heben sich die in den beiden Gesamtsalden enthaltenen Teilsalden mit dem jeweilig anderen Land gegenseitig auf, da sie die gleiche absolute Größe bei entgegengesetztem Vorzeichen besitzen. Daher ist die tatsächliche Höhe der Teilsalden hier irrelevant.

Für die gesamte Hauptstadtregion existiert in den meisten Jahren ein Auspendlerüberschuss wie für Brandenburg, nur auf einem niedrigeren Niveau. Der Überschuss der Auspendler gegenüber den Einpendlern betrug im Jahr 1991 etwa 1 000 Personen, im Jahr 2008 etwas über 40 000. Lediglich 1993 und 1995 war ein geringer Überschuss an Einpendlern zu verzeichnen. Danach wurde der Pendlersaldo fast durchgängig immer negativer, verschob sich also zugunsten der Auspendler. Lediglich 2002 gab es eine leichte Verminderung des negativen Saldos und 2005 eine weitere, die mit 11 000 Personen deutlich ausgeprägter war.

Der Pendlersaldo, der zunächst in absoluten Größen berechnet wird, muss auf die jeweilige Gesamtzahl der Erwerbstätigen bezogen werden, um die relativen Größenordnungen zum Ausdruck zu bringen. In diesem Beitrag wird der Bezug oder die Relation auf die Erwerbstätigen am Arbeitsort zugrunde gelegt, weil die Pendlerverflechtung aus der Perspektive der Produktionsstandorte dargestellt werden soll.

Abb. 10 Saldo der Berufspendler für Berlin, Brandenburg und die Hauptstadtregion 1991 bis 2009



Zur Entwicklung der relativen Pendlersalden

Das Anfangsniveau der Pendlersalden im Jahr 1991 war sehr niedrig für das Verhältnis zwischen einer Großstadt (Berlin) und ihrem Umland (Brandenburg). Diese Beobachtung kann durch die isolierte Lage West-Berlins seit dem Mauerbau im Jahr 1961 erklärt werden. In dieser Darstellung für die Länder Berlin und Brandenburg bleibt die Pendlerverflechtung zwischen den beiden Teilen von Berlin (Ost und West) ausgeblendet, da sie sich innerhalb des Landes Berlin abspielt. Eine solche innerstädtische Verflechtung war 1990 nicht vorhanden und hat sich danach rasant entfaltet.

Der Pendlersaldo relativ zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort stieg für **Berlin** im gesamten Betrachtungszeitraum von gut 3 % auf fast 7 %, für **Brandenburg** mit umgekehrtem Vorzeichen von fast –5 % auf –15 %. Für beide Länder zusammen, also die **Hauptstadtregion**, betrug die Relation anfangs 0 %, blieb bis Mitte der neunziger Jahre weitestgehend konstant, veränderte sich bis 2001 auf etwa –1,6 % und blieb bis 2008 unter leichten Schwankungen auf diesem Niveau. Das Ergebnis kann auf zwei Aspekte gebündelt werden: erstens veränderte sich der Pendlersaldo zwischen der Hauptstadtregion und der übrigen Welt zwar leicht zugunsten der Auspendler, blieb aber auf einem niedrigen Niveau, zweitens hat sich die Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg immer mehr intensiviert (Tabelle 1).

In den entgegengesetzten Salden für Berlin und Brandenburg kommt das für das Verhältnis zwischen Großstädten (Metropolen) und ihrem Umland typische Muster von umliegenden Wohngemeinden und zentralen metropolitenen Arbeitsplätzen zum Ausdruck, wenn auch die zunehmende Verflechtung in beiden Richtungen, auf die noch für die letzten Jahre weiter unten eingegangen werden soll, verdeutlicht, dass es auch in Brandenburg attraktive Arbeitsplätze gibt. Die Polarisierung zwischen Zentrum und Peripherie ist für Berlin weniger ausgeprägt als für die anderen Stadtstaaten Bremen und Hamburg, weil Berlin durch die historische Bildung von Groß-Berlin im Jahr 1920 nicht nur die Kernstadt umfasst, sondern viele ehemalige Vororte mit einschließt. Es kommt hinzu, dass Berlin aufgrund der Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gewachsen, sondern geschrumpft ist und dass in West-Berlin aufgrund der „Insellage“ nach dem Mauerbau die Abwanderung in Vororte nur innerhalb des Stadtgebietes stattgefunden hat. Ähnlich wirkte die Bevorzugung des innerstädtischen Großsiedlungsbaus in West- und Ost-Berlin.

Die Entwicklung der betrachteten Aggregat- oder Gesamtgrößen erlaubt keine direkten Rückschlüsse auf die zugrunde liegenden Veränderungen auf individueller oder Gruppenebene. So kann eine verstärkte Pendlerbewegung von Brandenburg nach Berlin dadurch zustande kommen, dass Brandenburger Einwohner ihren Arbeitsplatz nach Berlin verlegt oder dort einen neuen gefunden haben, aber auch dadurch, dass in Berlin Erwerbstätige unverändert dort am Arbeitsort geblieben sind und nur ihren Wohnsitz nach Brandenburg verlegt

haben, wodurch sie zu Pendlern wurden. Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik weisen auf derartige Phänomene hin. Umgekehrt kann es aber auch sein, dass in Brandenburg Erwerbstätige (z. B. in Potsdam) ihren Wohnsitz von Berlin nach Potsdam verlegt haben, wodurch sie ihre Pendlereigenschaft verloren haben. Das Kriterium des Landesgrenzen überschreitenden Pendelns führt z. B. dazu, dass jemand mit dem unveränderten Wohnort Oranienburg als Pendler gilt, wenn der Arbeitsort z. B. Wannsee ist. Wenn er jedoch den noch weiteren Weg bis nach Potsdam zurücklegt, gilt er nicht mehr als Pendler, weil Wohn- und Arbeitsort im selben Bundesland liegen.

Erwerbstätige am Wohn- und Arbeitsort in Berlin und Brandenburg

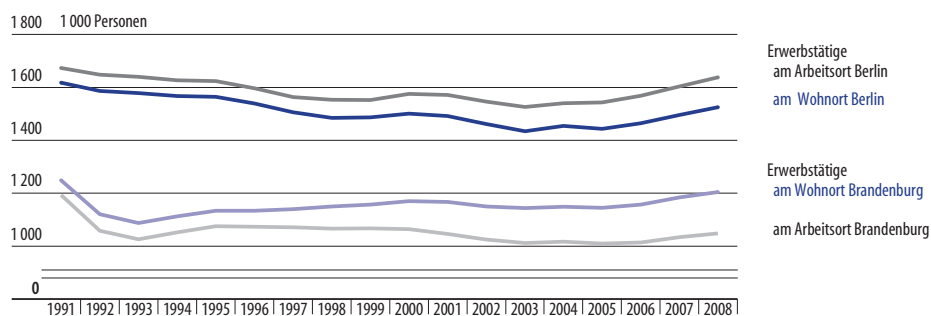
Im Ergebnis der langfristig steigenden Pendlersalden in Berlin und Brandenburg – mit umgekehrten Vorzeichen – haben die Erwerbstätigenzahlen nach dem Wohn- und nach dem Arbeitsort in beiden Ländern sich fast durchgehend auseinanderentwickelt, was in Brandenburg etwas deutlicher sichtbar wird (Abbildung 11).

Relation der Pendlersalden zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort für Berlin, Brandenburg und die Hauptstadtregion 1991 bis 2008

Tab. 1

Jahr	Berlin	Brandenburg	Hauptstadtregion
	%		
1991 ...	3,3	– 4,7	– 0,0
1992 ...	3,7	– 6,0	– 0,1
1993 ...	3,7	– 6,0	0,0
1994 ...	3,7	– 5,7	– 0,0
1995 ...	3,7	– 5,5	0,0
1996 ...	3,6	– 5,6	– 0,1
1997 ...	3,7	– 6,3	– 0,4
1998 ...	4,4	– 7,8	– 0,6
1999 ...	4,3	– 8,4	– 0,9
2000 ...	4,7	– 10,0	– 1,2
2001 ...	5,1	– 11,6	– 1,6
2002 ...	5,5	– 12,2	– 1,5
2003 ...	6,0	– 13,0	– 1,6
2004 ...	5,5	– 13,0	– 1,8
2005 ...	6,5	– 13,4	– 1,4
2006 ...	6,6	– 14,1	– 1,5
2007 ...	6,8	– 14,5	– 1,6
2008 ...	6,9	– 14,9	– 1,6

Abb. 11 Erwerbstätige am Wohn- und Arbeitsort in Berlin und in Brandenburg 1991 bis 2009



Tab. 2 Erwerbstätige am Wohn- und Arbeitsort Berlin 2005 bis 2008

Jahr	Erwerbs- tätige am Wohnort	Ein-	Aus-	Pendlersaldo (Einpendler- überschuss: +)	Erwerbs- tätige am Arbeitsort	Anteil der	
		-pendler über die Landesgrenze				Einpendler an den Erwerbs- tätigen am Arbeitsort	Auspendler an den Erwerbs- tätigen am Wohnort
	1 000 Personen					%	
2005 ...	1 443,2	226,7	126,9	99,8	1 543,0	14,7	8,8
2006 ...	1 464,5	234,9	131,6	103,3	1 567,8	15,0	9,0
2007 ...	1 495,5	247,4	139,0	108,4	1 603,9	15,4	9,3
2008 ...	1 524,7	259,5	146,2	113,3	1 638,0	15,8	9,6
Veränderung gegenüber 2005 1 000 Personen							
2006 ...	21,3	8,2	4,7	x	24,8	x	x
2007 ...	52,3	20,7	12,1	x	60,9	x	x
2008 ...	81,5	32,8	19,3	x	95,0	x	x
Veränderung gegenüber 2005 %							
2006 ...	1,5	3,6	3,7	x	1,6	x	x
2007 ...	3,6	9,1	9,6	x	3,9	x	x
2008 ...	5,6	14,5	15,2	x	6,2	x	x

Tab. 3 Erwerbstätige am Wohn- und Arbeitsort Brandenburg 2005 bis 2008

Jahr	Erwerbs- tätige am Wohnort	Ein-	Aus-	Pendlersaldo (Einpendler- überschuss: +)	Erwerbs- tätige am Arbeitsort	Anteil der	
		-pendler über die Landesgrenze				Einpendler an den Erwerbs- tätigen am Arbeitsort	Auspendler an den Erwerbs- tätigen am Wohnort
	1 000 Personen					%	
2005 ...	1 145,4	108,2	243,9	– 135,7	1 009,7	10,7	21,3
2006 ...	1 157,0	110,7	254,0	– 143,2	1 013,8	10,9	21,9
2007 ...	1 184,6	117,1	267,1	– 150,1	1 034,5	11,3	22,6
2008 ...	1 204,1	120,5	276,3	– 155,8	1 048,3	11,5	22,9
Veränderung gegenüber 2005 1 000 Personen							
2006 ...	11,6	2,6	10,0	x	4,1	x	x
2007 ...	39,2	8,9	23,2	x	24,8	x	x
2008 ...	58,8	12,3	32,4	x	38,6	x	x
Veränderung gegenüber 2005 %							
2006 ...	1,0	2,4	4,1	x	0,4	x	x
2007 ...	3,4	8,2	9,5	x	2,5	x	x
2008 ...	5,1	11,4	13,3	x	3,8	x	x

Brutto-Pendlerströme 2005 bis 2008

Beginnend mit dem Berichtsjahr 2005 werden in der Erwerbstätigenrechnung für die Länder nicht mehr nur die Pendlersalden dargestellt, sondern die Gesamtgrößen der Ein- und Auspendler zwischen den Bundesländern (und zum Ausland).

Das Pendeln der Erwerbstätigen zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenze hinweg hat in Berlin und Brandenburg in den Jahren 2005 bis 2008 weiter an Bedeutung gewonnen. In beiden Ländern ist in den letzten Jahren die Zahl der Berufspendler – sowohl der Aus- als auch der Einpendler – überdurchschnittlich im Verhältnis zum Beschäftigungsaufbau gestiegen. Das betrifft insbesondere die Erwerbstätigen, die zwischen den beiden Ländern zur Arbeit pendeln (Tabelle 2 und 3).

Die Zahl von 1 638 000 Erwerbstätigen aus Berlin und anderen Wohnorten, die 2008 einen Arbeitsplatz in Berlin hatten (Erwerbstätige am Arbeitsort), lag um 95 000 Personen bzw. 6,2 % höher als 2005. Davon kamen rund 259 500, also ein Anteil von 15,8 %, aus anderen Bundesländern. Das waren 32 800 bzw. 14,5 % Einpendler mehr als im Jahr 2005.

Die Zahl der Berliner Einwohner, die 2008 in Berlin oder anderswo erwerbstätig waren (Erwerbstätige am Wohnort), hatte gegenüber 2005 um 81 500 Personen bzw. 5,6 % auf 1 524 700 zugenommen. Davon waren 146 200 Personen, also ein Anteil von 9,6 % außerhalb Berlins beschäftigt. Das waren 19 300 bzw. 15,2 % Auspendler mehr als noch im Jahr 2005.

Die stärksten Pendlerströme auf dem Berliner Arbeitsmarkt beziehen sich in erster Linie auf Brandenburg, weit abgeschlagen folgen Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Bezogen auf die Arbeitnehmer, die ca. drei Viertel aller Erwerbstätigen umfassen, kamen zur Jahresmitte 2009 rund drei Viertel aller nach Berlin pendelnden sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer aus Brandenburg. Nach der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit betraf das 176 800 von rund 240 500 Beschäftigten. Aus Nordrhein-Westfalen kamen 4,5 % und aus Sachsen weitere 3,1 % der Einpendler. Auch die meisten auspendelnden Berliner bevorzugten Arbeitsplätze in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Rund die Hälfte der insgesamt 137 200 außerhalb

beschäftigten Berliner hatten Arbeitsplätze in Brandenburg. Des Weiteren bewegten sich 12,6 % nach Nordrhein-Westfalen, 6,7 % nach Bayern, 6,1 % nach Hessen und 5,2 % nach Hamburg.

Auch der **Brandenburger** Arbeitsmarkt wurde vom zunehmenden Pendeln Erwerbstätiger über Ländergrenzen hinweg beeinflusst. So kamen 2008 aus anderen Bundesländern 12 300 bzw. 11,4 % Erwerbstätige mehr zu Arbeitsorten im Land Brandenburg als noch im Jahr 2005. Insgesamt waren es rund 120 500 Einpendler. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit insgesamt bis 2008 lag bei 3,8 % (+38 600 Personen) gegenüber 2005. Von den insgesamt 1 048 300 Erwerbstätigen in Brandenburg kamen somit 11,5 % von außerhalb.

Die Zahl der in Brandenburg wohnenden Erwerbstätigen erhöhte sich im Zeitraum 2005 bis 2008 auch, weil u. a. mehr Personen einen Arbeitsplatz außerhalb des Landes aufsuchten. Ihre Zahl nahm um 58 800 Personen bzw. 5,1 % gegenüber 2005 auf 1 204 100 im Jahr 2008 zu. Davon waren 276 300 Personen bzw. ein Anteil von 22,9 % außerhalb Brandenburgs beschäftigt, 32 400 bzw. 13,3 % mehr als im Jahr 2005.

Auf das engste ist der Brandenburger Arbeitsmarkt mit Berlin verbunden, denn die erwähnten nach Berlin auspendelnden 176 800 Beschäftigten machten zur Jahresmitte 2009 fast 71 % aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Brandenburger Auspendler aus. Weitere Zielländer waren Sachsen mit einem Auspendleranteil von über 6,1 %, Nordrhein-Westfalen mit 3,6 % und Sachsen-Anhalt mit 3,2 %. Umgekehrt kommen auch die meisten Beschäftigten von außerhalb Brandenburgs aus Berlin, nämlich rund 68 200 oder 62,0 %. Brandenburger Arbeitsplätze waren unter den Einpendlern insbesondere auch für Personen aus Sachsen (14,2 %), Sachsen-Anhalt (7,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (6,4 %) attraktiv.

Im Ergebnis der fortgesetzten Ausweitung der Pendlerströme in Berlin und Brandenburg zeigt sich 2008 per saldo auf dem Berliner Arbeitsmarkt eine Zunahme des Einpendlerüberschusses um fast 13 500 Erwerbstätige gegenüber 2005. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz in Berlin um fast 113 000 über der Zahl der in Berlin wohnenden Erwerbstätigen.

In Brandenburg dagegen erhöhte sich der Auspendlerüberschuss um knapp 20 100, sodass die Zahl der Erwerbstätigen im Land um fast 156 000 unter der Zahl der hier wohnenden Erwerbstätigen lag.

Autoren: Monika Kühn, Klaus Voy

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Erwerbslosigkeit

Gesamtentwicklung, Frauen und Männer, Altersgruppen

Die vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ bereitgestellten Daten zur Erwerbstätigkeit berücksichtigen keine Erwerbslosen. Zur Untersuchung der Erwerbslosigkeit allgemein sowie nach ihrer alters- und geschlechtsspezifischen Struktur werden daher in diesem Beitrag Ergebnisse des Mikrozensus¹ herangezogen. Anders als in der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit werden hier analog zum Erwerbstätigenkonzept des Arbeitskreises **Erwerbslose nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** betrachtet, also Personen, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen, unabhängig davon, ob sie bei der Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen gemeldete Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Es ist zu beachten, dass die verwendeten Mikrozensus-Daten Erwerbstätige und Erwerbslose wohnortbezogen erfassen. Das bedeutet, dass Erwerbslose, die in einem beliebigen Bundesland einen Arbeitsplatz finden, als Erwerbstätige in dem Land gezählt werden, in dem sie einen Haupt- oder Nebenwohnsitz haben.²

Gesamtentwicklung der Erwerbslosigkeit

Für die Erwerbslosigkeit in Berlin, Brandenburg und Deutschland ergeben sich insgesamt, also geschlechter- und altersgruppenübergreifend, die folgenden Befunde (Abbildung 1): Bei der **Erwerbslosenzahl** in Berlin beobachtet man fast durchgehend einen moderaten jährlichen Anstieg von 1991 bis 1998, lediglich im Jahr 1996 war ein minimaler Rückgang um ca. 3 000 Personen zu verzeichnen. Gegenüber 1991 nahm die Zahl bis 1998 um insgesamt 126 800 Personen oder 64,7 % auf 322 900 Personen zu. Nach einem moderaten Absinken bis zum Jahr 2000 auf 298 900 Personen stieg sie wiederum bis 2004, und zwar bis auf 383 200 Personen, also auf einen Wert, der 95,4 % über dem Stand von 1991 lag. Ab 2005 setzte dann ein Rückgang der Erwerbslosenzahl ein, der außer im Jahr 2006 insgesamt ausgeprägter war als die früheren Anstiege und im Jahr 2009 zu einer Erwerbslosigkeit von 246 000 Personen zurückführte. Damit lag die Erwerbslosenzahl, die selbst im weltweiten

Rezessionsjahr 2009 weiter zurückging, am Ende des betrachteten Zeitraums immer noch 25,4 % über dem Ausgangswert.

Die Entwicklung der **Erwerbslosenquote**, also des Anteils der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen – der Gesamtheit der Erwerbstätigen und Erwerbslosen –, lässt sich für die Einwohnerinnen und Einwohner Berlins folgendermaßen zusammenfassen: Da die Erwerbspersonenzahl als Bezugsgröße bis auf einen moderaten Rückgang zwischen 1995 und 1999 durch weitgehende Konstanz gekennzeichnet war, folgte der Verlauf der Erwerbslosenquote weitgehend dem der Erwerbslosenzahl. Ausgehend von einer Quote von 10,4 % im Jahr 1991, musste 1998 ein erster Hochpunkt von 17,9 % und 2004 ein zweiter von 21,4 % hin-genommen werden. Bis 2009 sank die Quote dann schrittweise bis auf 13,7 % ab – auch noch im Jahr der weltweiten Rezession.

Auch in Brandenburg zeigt die Entwicklung der **Erwerbslosenzahl** einen Hochpunkt im Jahr 1998 (270 700 Personen, also 122 300 bzw. 82,4 % mehr als 1991) und – nach einjähriger Erholung – einen weiteren Anstieg bis 2004 (auf 290 200 Personen, also 141 800 bzw. 95,6 % mehr als 1991). Dem ging allerdings zusätzlich noch ein explosionsartiger Anstieg bis 1993 auf 243 500 Personen, also um 95 100 oder 64,1 % des Ausgangswertes, voraus, dem eine zweijährige Erholung folgte (im Folgenden: „Vereini-gungsbeule“). Nach dem Höchststand von 2004 setzte wie in Berlin eine deutliche Erholung ein, die sogar noch gravierender verlief als dort. Im Jahr 2009 erreichte die Erwerbslosenzahl mit 156 500 einen Stand, der nur noch 8 100 Personen bzw. 5,5 % über dem Ausgangswert lag. Dabei wurde trotz der Rezession in Folge der Finanzkrise der schon erfreulich niedrige Vorjahreswert noch einmal um 1,3 % unterschritten, allerdings setzte sich der Rückgang nicht wie in Berlin ungebremst fort.

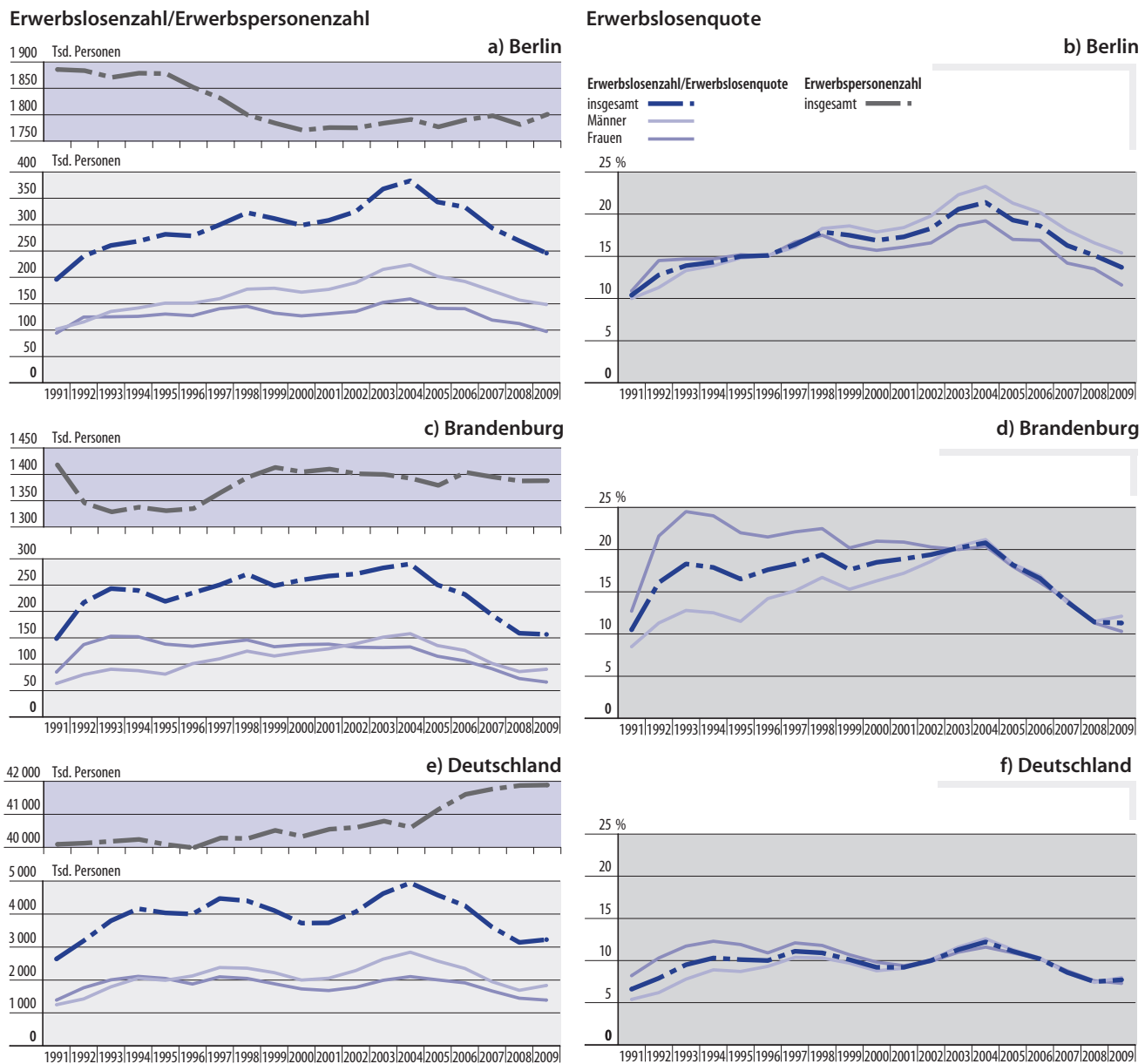
Die beschriebene Niveauentwicklung in Brandenburg war verbunden mit einem vorübergehenden Rückgang der Erwerbspersonenzahl, der sich in einem Schritt von 1991 bis 1992 vollzog und nach 1996 in zwei Schritten bis 1998 wieder ausgeglichen

¹ Beim Mikrozensus handelt es sich um eine repräsentative Stichprobe mit Auskunftspflicht, bei der 1 % der Haushalte befragt werden. Die Befragungsergebnisse werden auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Daher können die so ermittelten Gesamtsummen für ein Bundesland

geringfügig von den Ergebnissen anderer Statistiken abweichen, etwa die Erwerbstätigenzahl in Berlin von der entsprechenden Zahl der Erwerbstätigenrechnung.

² Aufgrund dieses Wohnsitzkonzeptes sind Doppelzählungen nicht ausgeschlossen.

Abb. 1 **Erwerbslosenzahlen und Erwerbslosenquoten insgesamt und nach Geschlecht sowie Erwerbspersonenzahlen insgesamt in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2009**



wurde. Danach blieb die Erwerbspersonenzahl weitgehend konstant auf dem Niveau von 1991. Durch den anfänglichen Einbruch der Bezugsgröße gerade in einer Zeit mit stark zunehmender Erwerbslosenzahl fällt der Anstieg der **Erwerbslosenquote** im gleichen Zeitraum noch gravierender aus. Ausgehend von 10,5 % im Jahr 1991, erreichte sie daher bereits 1993 beim ersten Hochpunkt 18,3 %, beim zweiten im Jahr 1998 dann 19,4 % und beim absoluten Maximum im Jahr 2004 schließlich 20,8 %. Danach sank die Quote in deutlichen Schritten bis auf 11,4 % im Jahr 2008 und im darauffolgenden Rezessionsjahr immer noch weiter auf 11,3 %, näherte sich also bis auf 0,8 Prozentpunkte wieder dem Stand von 1991 an.

Ähnlich hart getroffen wie das Land Brandenburg wurde Anfang der neunziger Jahre das frisch vereinigte Deutschland, in dem der anfängliche massive Anstieg der Erwerbslosigkeit sich sogar bis 1994 fort-

setzte und eine **Erwerbslosenzahl** zur Folge hatte, die 57,5 % über dem Ausgangsniveau lag. Für das vereinigte Bundesgebiet ergaben sich ebenfalls zwei weitere Hochpunkte, und zwar 69,4 % über dem Ausgangswert bereits im Jahr 1997 und dann 87,2 % über dem Ausgangswert im Jahr 2004. Auch hier zeigt sich anschließend ein erfreulich deutlicher Rückgang der Erwerbslosenzahl bis 2008, der allerdings im Rezessionsjahr 2009 durch einen leichten Anstieg moderat geschmälert wurde. Damit wurde zum Ende des betrachteten Zeitraums ein Stand erreicht, der noch 22,2 % über dem Ausgangswert lag. Gegenüber der Entwicklung in Brandenburg und auch in Berlin fällt für das gesamte Bundesgebiet allerdings ein deutlicherer Rückgang zwischen den beiden späteren Hochpunkten ins Auge, durch den sich die Erwerbslosenzahl bis auf rund 141 % des Ausgangswertes von 1991 in den Jahren 2000 und 2001 absenkte.

Die Erwerbspersonenzahl in Deutschland blieb bis 1996 weitgehend konstant und stieg dann bis 2004 minimal an. Danach erhöhte sich die Erwerbspersonenzahl zunächst zwei Jahre lang deutlich, dann weiter moderat. Diese Veränderungen der Bezugsgröße waren aber nicht so gravierend, dass sich der Verlauf der **Erwerbslosenquote** in Deutschland sichtbar von dem der Erwerbslosenzahl unterschieden hätte. Allerdings bewegte sich die Erwerbslosenquote über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg in einer Größenordnung von etwa der Hälfte der Quoten in Berlin und in Brandenburg.

Erwerbslosigkeit bei Frauen und Männern

Die separate Untersuchung der Erwerbslosigkeit von Männern und Frauen zeigt einige Unterschiede, und zwar sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den betrachteten Gebieten (Abbildung 1). Bei den **geschlechtsspezifischen Erwerbslosenzahlen** für die Einwohner/-innen Berlins waren die Männer stärker von den negativen Effekten der Entwicklung betroffen als die Frauen. Ausgehend von einem ähnlichen Ausgangsniveau im Jahr 1991 (101 900 männliche, 94 200 weibliche Erwerbslose) vollzogen sowohl die Zahl der männlichen als auch die der weiblichen Erwerbslosen die oben skizzierte Entwicklung der Gesamtzahl grundsätzlich nach. Allerdings dauerte die erste Anstiegsphase bei den männlichen Erwerbslosen ein Jahr länger und erreichte 1999 einen Wert von 179 500, der um 77 600 Personen oder 76,1 % über dem Wert des Jahres 1991 lag. Der Höchstwert, der wie bei der geschlechterübergreifenden Erwerbslosenzahl im Jahr 2004 zu verzeichnen war, lag mit 224 000 Personen sogar 119,8 % über dem Ausgangswert. Trotz der stetigen Erholung zum Ende des Betrachtungszeitraums wurde bis 2009 nur ein Wert von 148 500 Personen erreicht, der immer noch 45,7 % über dem Ausgangswert lag.

Bei den **weiblichen Erwerbslosen** war die erste Anstiegsphase zeitweise so schwach ausgeprägt, dass sie auch als weitgehende Stabilität zwischen 1992 und 1996 wahrgenommen werden kann. Dem entsprechend lag der erste Hochpunkt von 145 100 Personen im Jahr 1998 anders als bei den Männern um 50 900 Personen bzw. 54,0 % über dem Ausgangswert. Auch in der zweiten Anstiegsphase ab 2001 nahm die Erwerbslosigkeit der Frauen nicht so drastisch zu wie die der Männer und erreichte daher 2004 mit 159 200 Personen einen Wert, der 69,1 % über dem Ausgangswert lag. Auch hier war zum Ende des betrachteten Zeitraums eine Erholung zu verzeichnen, die im Jahr 2009 zu einem Wert von 97 600 weiblichen Erwerbslosen führte, der lediglich noch 3,6 % über dem Ausgangswert lag.

Die **geschlechtsspezifischen Erwerbslosenquoten** für die Berliner Männer und Frauen – sowohl die Erwerbslosenzahl als auch die Erwerbspersonenzahl als Bezugsgröße enthält hier nur Personen eines Geschlechts – folgten grundsätzlich dem Verlauf der geschlechterübergreifenden Quote, im Jahr 1991 sowie von 1994 bis 1998 sogar nahezu deckungsgleich. In den Jahren 1992/93 lag die Quote der Männer moderat unter, die der Frauen moderat über der Gesamtquote. Ab 1999 zeigte sich auch in der Quo-

tenbetrachtung die bei den absoluten Zahlen konstatierte ungünstigere Position der Berliner Männer am Arbeitsmarkt, denn von diesem Jahr an lag die Erwerbslosenquote der **Männer** deutlich über der Gesamtquote und die der **Frauen** deutlich darunter. Demnach mussten die Männer bis 2004 einen Anstieg auf 23,3 % verkraften und konnten bis 2009 nur einen Rückgang auf 15,4 % verzeichnen. Die Frauen hingegen mussten eine deutlich geringere maximale Erwerbslosenquote von 19,2 % im Jahr 2004 hinnehmen und konnten danach einen Rückgang auf eine Quote von 11,6 % im Jahr 2009 verbuchen, die nur noch 0,7 Prozentpunkte über der von 1991 lag.

Die **geschlechtsspezifischen Erwerbslosenzahlen** in Brandenburg vollzogen weniger als in Berlin die Gesamtentwicklung auf niedrigerem Niveau nach. Sie nahmen 1991 ihren Ausgang von einem für die Frauen ungünstigeren Stand (84 900 weibliche, 63 600 männliche Erwerbslose), und dann waren die in Brandenburg wohnenden Frauen stärker von der „Vereinigungsbeule“ bis 1995, die dort wohnenden Männer hingegen stärker vom sich anschließenden Anstieg bis 1998 betroffen. Im Ergebnis näherten sich die beiden Erwerbslosenzahlen bereits 1998 an – und noch stärker in den drei folgenden Jahren, in denen nach einem einjährigen leichten Rückgang für beide Geschlechter eine weitgehend stabile Entwicklung bei den Frauen einem minimalen Anstieg bei den Männern gegenüberstand. Nachdem sich diese beiden Tendenzen bis 2004 fortgesetzt hatten, sodass die Erwerbslosenzahl der Männer nun moderat über der der Frauen lag, begann für beide Geschlechter ein schrittweiser Rückgang der Erwerbslosigkeit, der die beiden Niveaus bis 2008 wieder sehr nahe zusammenführte.

Dieser Rückgang setzte sich bei den Frauen auch im Rezessionsjahr 2009 noch fort, sodass die Zahl der weiblichen Erwerbslosen in diesem Jahr um 18 800 Personen bzw. 22,1 % unter dem Ausgangswert von 1991 lag. Bei den Männern nahm die Erwerbslosigkeit durch die Rezession wieder leicht zu, wodurch für 2009 ein Wert zu verzeichnen war, der immer noch 26 700 Personen bzw. 42,0 % über dem Ausgangswert lag. Der Höhepunkt der Erwerbslosigkeit der Frauen hatte 1993 um 68 300 Personen bzw. 80,4 %, der der Männer im Jahr 2004 um 94 100 Personen bzw. 148,0 % über dem Niveau von 1991 gelegen.

Die **geschlechtsspezifischen Erwerbslosenquoten** der in Brandenburg wohnenden Frauen und Männer bildeten den Verlauf der Gesamtquote grundsätzlich weitgehend nach. Die der Frauen verlief allerdings bis 1995 deutlich oberhalb und verringerte dann bis 2003 in kleinen Schritten ihren Abstand auf null. Die Quote der Männer verlief bis 1995 deutlich unterhalb der Gesamtquote und näherte sich danach ebenfalls kontinuierlich an diese an. Auch sie erreichte 2003 fast exakt die Gesamtquote und verlief ebenso wie die der Frauen bis 2008 fast deckungsgleich mit ihr. Aufgrund der oben beschriebenen unterschiedlichen Beschäftigungswirkungen im Rezessionsjahr 2009 auf Männer und Frauen lag die Erwerbslosenquote der Männer in diesem Jahr erstmals moderat über der Gesamtquote und die der Frauen erstmals moderat darunter.

Tab.1 Eckwerte der Erwerbslosigkeit nach Altersgruppen

Gebiet — Altersgruppe in Jahren	Erwerbslosenzahl						Erwerbslosenquote					
	1991	2009	Veränderung bis 2009 gegenüber 1991 in %	Jahr des Maximums	Wert des Maximums in 1 000 Personen	Veränderung bis zum Maximum gegenüber 1991 in %	1991	2009	Veränderung bis 2009 gegenüber 1991 in Prozentpunkten	Jahr des Maximums (kursiv: abweichend von Erwerbslosenzahl)	Veränderung bis zum Max. gegenüber 1991 in Prozentpunkten	
	1 000 Personen						%					
Berlin												
15 bis unter 25	29,7	32,1	8,1	2004	48,0	61,6	11,7	16,9	5,2	2006	12,5	
25 bis unter 35	58,4	58,7	0,5	2004	87,0	49,0	10,9	13,9	3,0	2004	11,2	
35 bis unter 45	42,6	57,3	34,5	2004	104,3	144,8	9,3	11,9	2,6	2004	10,5	
45 bis unter 55	42,6	60,8	42,7	2004	83,3	95,5	9,1	13,9	4,8	2004	10,7	
55 bis unter 65	22,2	36,8	65,8	1999	63,8	187,4	13,8	14,8	1,0	2003	12,2	
Insgesamt (15 und älter) ¹	196,1	246,0	25,4	2004	383,2	95,4	10,4	13,7	3,3	2004	11,0	
Brandenburg												
15 bis unter 25	28,7	26,1	−9,1	2004	40,4	40,8	13,2	16,6	3,4	2004	9,8	
25 bis unter 35	42,3	27,7	−34,5	1993	74,7	76,6	10,8	12,1	1,3	2004	9,4	
35 bis unter 45	30,8	33,1	7,5	2001	74,7	142,5	9,0	9,1	0,1	2003	8,5	
45 bis unter 55	32,7	42,3	29,4	2004	84,3	157,8	9,3	10,2	0,9	2004	12,7	
55 bis unter 65	13,8	27,1	96,4	1998	61,9	348,6	12,5	13,0	0,5	1997	22,0	
Insgesamt (15 und älter) ¹	148,4	156,5	5,5	2004	290,2	95,6	10,5	11,3	0,8	2004	10,3	
Deutschland												
15 bis unter 25	430	538	25,1	2005	747	73,7	6,7	11,0	4,3	2005	8,5	
25 bis unter 35	746	714	−4,3	1994	1 153	54,6	7,0	8,7	1,7	2004	5,2	
35 bis unter 45	540	735	36,1	2004	1 262	133,7	5,7	6,6	0,9	2004	4,7	
45 bis unter 55	550	763	38,7	2004	1 200	118,2	5,9	6,9	1,0	2004	5,9	
55 bis unter 65	370	475	28,4	1998	951	157,0	9,3	8,0	−1,3	1998	8,7	
Insgesamt (15 und älter) ¹	2 642	3 228	22,2	2004	4 947	87,2	6,6	7,7	1,1	2004	5,6	

1 In den Mikrozensus-Ergebnissen sind Erwerbstätige und Erwerbslose im Alter von 65 und mehr Jahren enthalten und hier bei der altersübergreifenden Erwerbslosenzahl und -quote berücksichtigt. Betrachtet man die Gruppe der Erwerbslosen im Alter von 65 und mehr Jahren für sich allein, dann ist allerdings aufgrund der Mikrozensus-Stichproben häufig (Deutschland) bzw. immer (Berlin und Brandenburg) keine aussagekräftige Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung und damit keine Zeitreihenbetrachtung möglich.

Quelle: Mikrozensus – bis 2004 Stichtagswerte im April/Mai des Jahres, ab 2005 Jahresdurchschnitte.

Die Entwicklung im gesamten vereinigten Deutschland ähnelte im Hinblick auf die **geschlechtsspezifischen Erwerbslosenzahlen** eher der in Berlin: Meist gab es weniger weibliche als männliche Erwerbslose bei grundsätzlicher Ähnlichkeit beider Entwicklungsverläufe zur Gesamtentwicklung. Anders als in Berlin lag allerdings die Zahl der weiblichen Erwerbslosen von 1991 bis 1993 moderat über der der männlichen und dann noch zwei weitere Jahre auf dem gleichen Niveau. Die Entwicklung der **geschlechtsspezifischen Erwerbslosenquoten** in Deutschland erinnerte hingegen eher an die Entwicklung in Brandenburg: Zunächst lag die Erwerbslosenquote der Frauen oberhalb der Gesamtquote und die der Männer unterhalb, wenn auch nicht mit so ausgeprägten Abweichungen wie in Brandenburg. Schließlich folgten in Deutschland ab 2001 wie in Brandenburg ab 2003 die geschlechtsspezifischen Quoten nach einem mehrjährigen Annäherungsprozess fast deckungsgleich der Gesamtquote.

Erwerbslosigkeit nach Altersgruppen

Neben den Unterschieden und Parallelen der Erwerbslosigkeit von Frauen und Männern ist es von besonderem Interesse, die Entwicklungen der Erwerbslosigkeit von unterschiedlichen Altersgruppen zu untersuchen (Tabelle 1, Abbildung 2). Auch dazu können die Daten aus dem Mikrozensus herangezogen werden, die im Folgenden im Hinblick auf al-

tersgruppenspezifische Erwerbslosenzahlen und Erwerbslosenquoten ausgewertet werden – wie bei Frauen und Männern wieder mit der entsprechenden Altersgruppe in Zähler und Nenner der Quotenberechnung. Dabei wird die Entwicklung für jede Altersgruppe zwischen 15 und 65 Jahren mit einer Breite von je zehn Jahren mit der bereits beschriebenen Entwicklung der Gesamt-Erwerbslosenquote verglichen. Für die Erwerbslosenzahl der über 65-Jährigen ergibt die Hochrechnung der Mikrozensus-Stichprobe in Einzelfällen null oder aber so geringe Werte, dass sie nicht als aussagekräftig angesehen werden. Daher wird auf die Berechnung und Betrachtung der entsprechenden Erwerbslosenquote verzichtet.

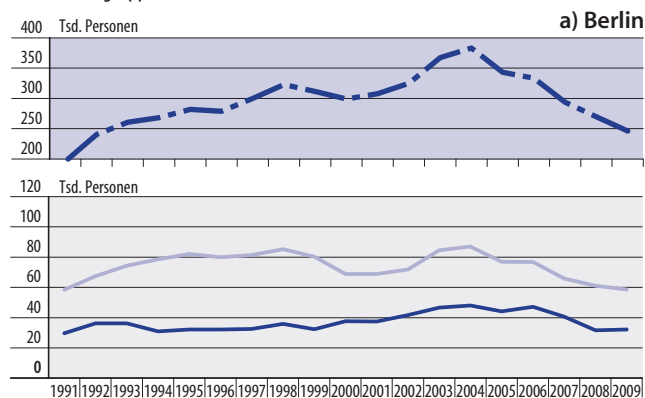
Die **15- bis 25-jährigen** Personen mit Wohnsitz in Berlin wiesen gegenüber den anderen Altersgruppen eine sehr geringe Dynamik der **Erwerbslosenzahl** auf. Sie war bis 1999 bis auf kleine Ausschläge nach oben weitgehend konstant und stieg dann bis 2004 moderat bis auf 48 000 Personen an, lag also in diesem Jahr 61,6 % über dem Ausgangsniveau. Nach einem einjährigen minimalen Rückgang stieg sie 2006 noch einmal fast auf diesen Höchststand und sank dann bis 2008 deutlich ab, bevor sie im Rezessionsjahr 2009 wieder einen minimalen Anstieg hinnehmen musste. Damit erreichte sie einen Stand von 32 100 Personen, der 8,1 % über dem Stand von 1991 lag. Die Entwicklung der zugehörigen **Erwerbslosenquote** für die 15- bis 25-Jährigen verlief bis auf einen

Abb. 2 **Erwerbslosenzahlen und Erwerbslosenquoten insgesamt und nach Altersgruppen in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2009**

Erwerbslosenzahl/Erwerbslosenquote
 15 bis unter 25 Jahre
 25 bis unter 35 Jahre
 insgesamt (15 Jahre und älter)

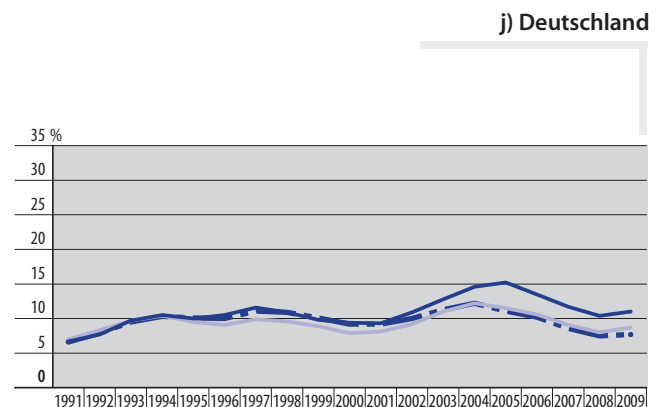
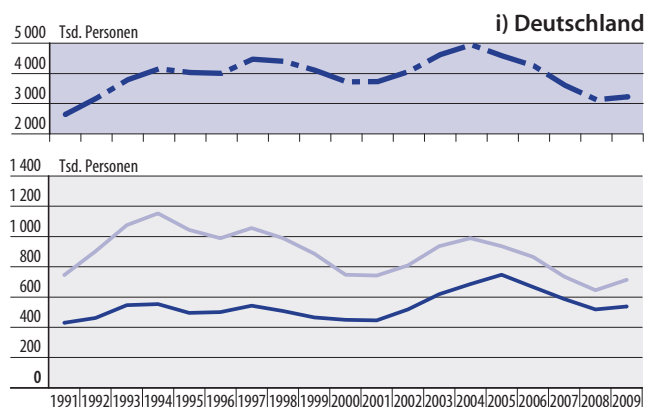
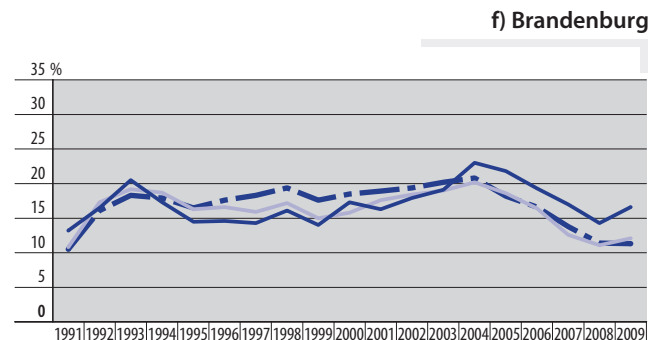
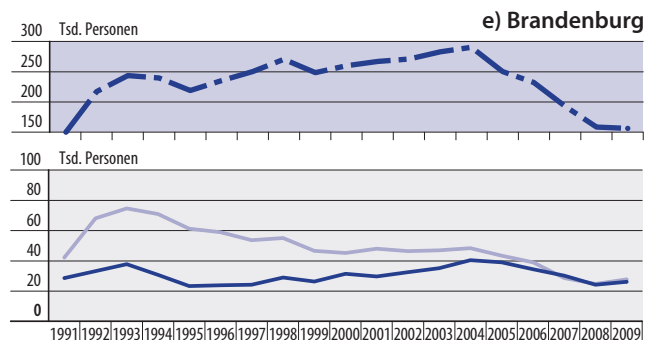
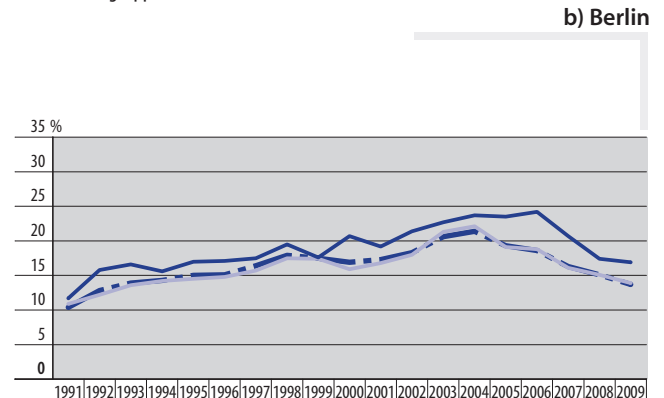
Erwerbslosenzahl

in den Altersgruppen von 15 bis unter 35 Jahren



Erwerbslosenquote

in den Altersgruppen von 15 bis unter 35 Jahren



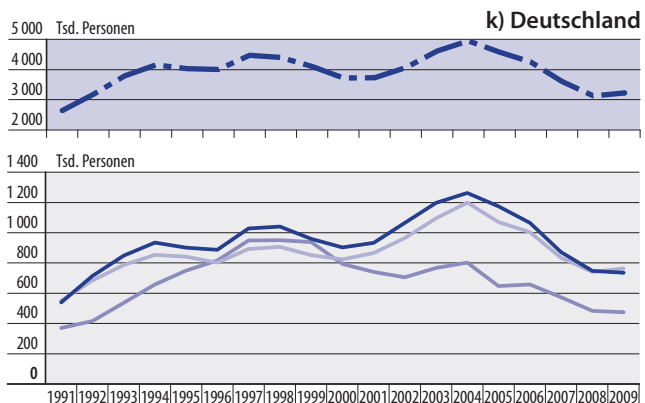
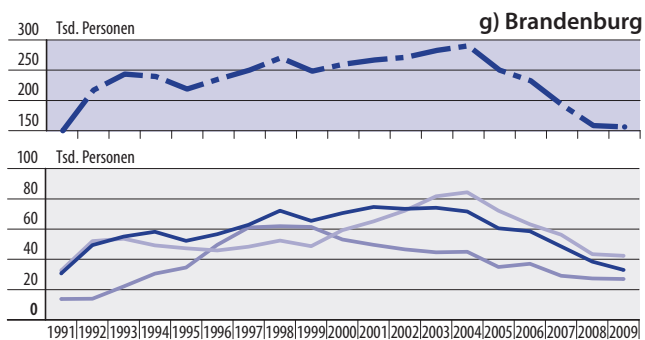
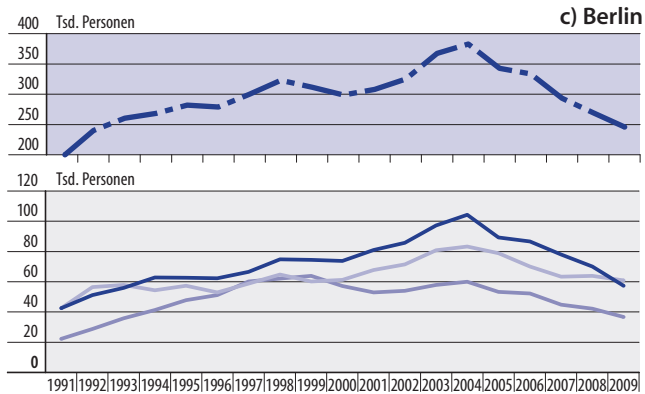
deckungsgleichen Punkt im Jahr 1991 nahezu parallel oberhalb der Gesamtquote, und zwar in einem Abstand von 1,3 Prozentpunkten im Jahr 1991 und 3,2 Prozentpunkten 2009. Anders als die Gesamtquote – und die Erwerbslosenzahl dieser Altersgruppe – erreichte sie ihr Maximum von 24,2 % erst 2006 und ging dann bis 2009 auf 16,9 % zurück, lag also noch 5,2 Prozentpunkte oberhalb des Wertes von 1991. Die Beobachtung, dass die Erwerbslosenzahl 2009 lediglich 8,1 % über ihrem Ausgangswert lag, die Erwerbslosenquote aber gut zwei Fünftel über ihrem, zeigt implizit an, dass die Erwerbspersonenzahl und damit auch die Erwerbstätigenzahl in dieser Altersgruppe zurückgegangen sein muss – oder zumindest 2009 weniger als 8,1 % über ihrem Ausgangswert gelegen haben muss. Tatsächlich war in Berlin ein deutlicher

Rückgang der Erwerbspersonen dieser Altersgruppe bis 1995 zu verzeichnen, gefolgt von einer weitgehenden Stabilität mit einigen moderaten Schwankungen. Damit erscheint eine demographische Erklärung, etwa aufgrund sinkender Geburtenraten oder verstärkter Abwanderung von Eltern, deren 15- bis 25-jährige Kinder heute statt in Berlin in anderen Bundesländern leben, eher unplausibel. Diese würde nämlich eher mit einem kontinuierlichen Schrumpfen über den Gesamtzeitraum zusammenpassen. Eine denkbare Erklärung für den zeitlich begrenzten Rückgang besteht darin, dass diese Altersgruppe möglicherweise in den frühen neunziger Jahren den Besuch weiterführender Schulen bzw. die Teilnahme an Hochschulstudien oder anderen außerberuflichen Bildungsmöglichkeiten ausgeweitet hat.

35 bis unter 45 Jahre
45 bis unter 55 Jahre
55 bis unter 65 Jahre
insgesamt (15 Jahre und älter)

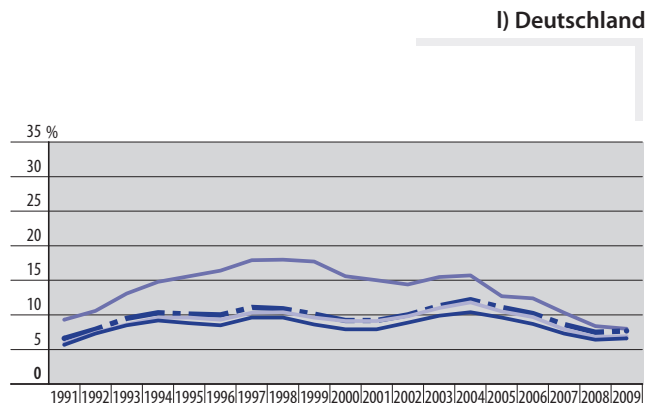
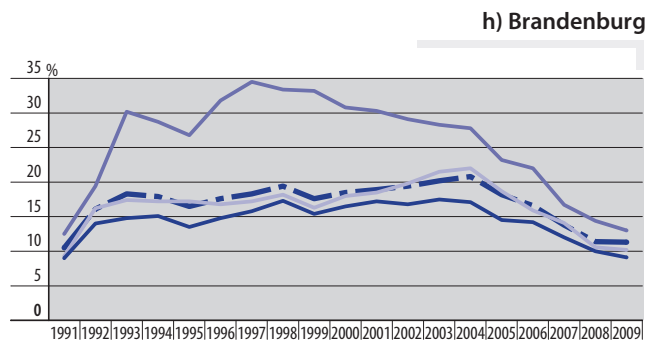
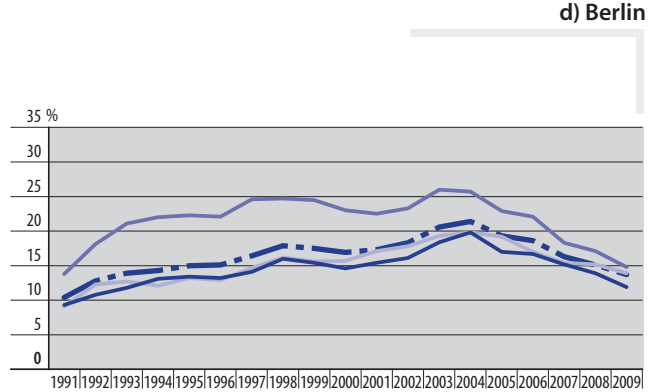
Erwerbslosenzahl

in den Altersgruppen von 35 bis unter 65 Jahren



Erwerbslosenquote

in der Altersgruppe von 35 bis unter 65 Jahren



Bei den **25- bis 35-jährigen** Berliner/-innen vollzog die **Erwerbslosenzahl** bis 1998 grob die Entwicklung der Gesamt-Erwerbslosenzahl nach. Der Rückgang bis 2000 fiel dann gravierender aus als für die Gesamtheit. Anschließend folgte die altersgruppen-spezifische Erwerbslosenzahl wieder der Gesamtentwicklung und erreichte 2009 einen Stand von 58 700 Personen, der nur 0,5 % über dem Ausgangswert von 1991 lag. Der Verlauf der **Erwerbslosenquote** der 25- bis 35-jährigen Berliner/-innen bildete fast deckungsgleich den der Gesamtquote nach. In den meisten Jahren lag sie minimal darunter, 2000 trat einmalig eine etwas größere Abweichung nach unten auf, und nach 2002 folgten zwei Jahre mit einer minimalen Abweichung nach oben und zwei weitere Jahre ohne sichtbare Abweichung. Am Ende des Betrachtungs-

zeitraums lag die Quote mit 13,9 % ähnlich wie die Gesamtquote lediglich 3 Prozentpunkte über dem Wert von 1991. Auch hier deutet der Vergleich von Erwerbslosenzahl und Erwerbslosenquote auf eine deutliche Verringerung der Erwerbspersonenzahl hin, die sich auch tatsächlich von 1995 bis 2001 in fast gleichen Schritten vollzog, während die übrigen Jahre von weitgehender Konstanz geprägt waren. Für diese Altersgruppe wäre Abwanderung in andere Bundesländer eine plausible Erklärung, allerdings lässt sich ein entsprechender Rückgang der Erwerbspersonenzahl auch für Deutschland insgesamt feststellen. Obwohl auch für Deutschland als Gesamtheit grundsätzlich Abwanderung als Erklärung in Frage kommt, ist wohl angesichts der längeren Ausdehnung dieses Rückgangs auch ein entsprechender Be-

völkerungsrückgang in dieser Altersgruppe aufgrund der Geburtenentwicklung in Betracht zu ziehen.

Die **Erwerbslosenzahl der 35- bis 45-jährigen** Einwohner/-innen Berlins folgte bis 1998 fast exakt der Entwicklung der altersübergreifenden Gesamtzahl. Danach fielen bis 2004 die Rückgänge schwächer und die Anstiege tendenziell steiler aus, sodass der in diesem Jahr erreichte Höchstwert mit 104 300 Personen um 144,8 % über dem Wert von 1991 lag. Die Rückgänge in den folgenden Jahren waren mindestens so ausgeprägt wie die der Gesamtzahl, teilweise aber um einiges deutlicher, vor allem im Rezessionsjahr 2009, in dem ein Stand von 57 300 Personen erreicht wurde, der noch 34,5 % über dem Wert von 1991 lag. Die beiden Altersgruppen zwischen 35 und 55 Jahren wurden durch eine durchgängig bzw. weitgehend unterdurchschnittliche **Erwerbslosenquote** begünstigt. Die Entwicklung bei den 35- bis 45-Jährigen verlief bei einem Abstand von 1,1 Prozentpunkten 1991 und 1,8 Prozentpunkten 2009 nahezu parallel unterhalb der Gesamtentwicklung. Die Quote erreichte 2009 einen Endstand von 11,9 % und lag damit lediglich 2,6 Prozentpunkte über dem Ausgangswert.

Auch die **Erwerbslosenzahl der 45- bis 55-jährigen** Berliner/-innen folgte weitgehend der Entwicklung der Gesamt-Erwerbslosenzahl. Allerdings blieb sie nach 1992 von deren fortgesetztem Anstieg bis 1995 verschont und ging stattdessen sogar leicht zurück. Ungünstigerweise koppelte sie sich nach 2007 vom Rückgang der Gesamtzahl ab und erreichte so am Ende des Betrachtungszeitraums ein Niveau von 60 800, das 42,7 % über dem Ausgangsniveau lag. Die 45- bis 55-Jährigen hatten ähnlich wie die nächstjüngere Gruppe in den meisten Jahren eine unterdurchschnittliche **Erwerbslosenquote** zu verzeichnen, allerdings fiel hier der Abstand nach unten in einigen Jahren geringer aus. Im Jahr 2009 lag die Quote mit 13,9 %, also 4,8 Prozentpunkten mehr als 1991, sogar geringfügig über der Gesamtquote. Bei dieser wie auch bei der nächstjüngeren Altersgruppe lässt der Vergleich der Veränderungen von Erwerbslosenzahl und Erwerbslosenquote gegenüber dem Ausgangsjahr erkennen, dass die entsprechenden Erwerbspersonenzahlen keine deutlichen Unterschiede zwischen 1991 und 2009 aufweisen.

Eine besonders ungünstige Entwicklung der Erwerbslosigkeit mussten die **55- bis 65-jährigen** Berliner/-innen hinnehmen, vor allem in den neunziger Jahren. Für diese Altersgruppe stieg die **Erwerbslosenzahl** bis 1999 deutlich an und erreichte bereits in diesem Jahr den Höchstwert des Gesamtzeitraums, der mit 63 800 Personen um 187,4 % über dem Ausgangswert lag. Dann ging die Erwerbslosenzahl bis 2001 moderat zurück, stieg in fast gleichem Maß bis 2004 wieder an und konnte anschließend einen allmählichen Rückgang verzeichnen. Im Jahr 2009 lag sie mit 36 800 Personen noch 65,8 % über dem Wert von 1991.

Bei der **Erwerbslosenquote** war von 1993 bis 1999 ein weitgehend paralleler Verlauf oberhalb der Gesamtquote zu verzeichnen. Der Abstand stieg ab 1991 auf etwa 7 bis 8 Prozentpunkte an und verringerte sich nach 1999 fast durchgängig, bis er im Jahr 2009 noch 1,1 Prozentpunkte betrug. Damit lag die Er-

werbslosenquote bei 14,8 %, also 1,0 Prozentpunkte über dem Ausgangswert. Die Tatsache, dass hier der Endwert der Erwerbslosenzahl viel deutlicher über dem Ausgangswert liegt als der der Quote, deutet darauf hin, dass bei dieser Altersgruppe die Erwerbspersonenzahl über den Gesamtzeitraum nicht wie bei den beiden jüngsten Gruppen ab-, sondern zugenommen hat. Tatsächlich verzeichnete sie bis 1999 einen moderaten Anstieg und danach einen schwachen Rückgang bis 2003, gefolgt von einem erneuten Anstieg in insgesamt fast gleicher Höhe bis 2008, sodass der Verlauf 2009 deutlich oberhalb des Ausgangsniveaus endete.

Die Betrachtung der altersspezifischen Erwerbslosigkeit der Einwohner/-innen Brandenburgs zeigt, dass für die Altersgruppe der **15- bis 25-Jährigen** die „Vereinigungsbeule“ der **Erwerbslosenzahl** als Zacke ausgeprägt war, die allerdings auf einem niedrigeren Niveau endete, als sie begonnen hatte. Nach zwei Jahren der Stabilität folgte die Zahl dann weitgehend der Entwicklung der Gesamtzahl und erreichte so 2009 einen Stand von 26 100 Personen, der erfreulicherweise 9,1 % unter dem Wert von 1991 lag. Der Verlauf der entsprechenden **Erwerbslosenquote** bildete bis 1994 den der Gesamtquote weitgehend nach, allerdings ebenfalls in Zackenform. Bis 2003 bewegte sie sich dann unterhalb der Gesamtquote, in den Jahren 1996 bis 1999 nahezu parallel in einem Abstand von rund –3,5 Prozentpunkten. Nach einem deutlichen Anstieg im Jahr 2004 verlief sie dann parallel oberhalb mit einem Abstand von ca. 3 Prozentpunkten, der sich im Rezessionsjahr 2009 auf 5,3 Prozentpunkte erhöhte. Damit erreichte sie 2009 einen Wert von 16,6 %, also von 3,4 Prozentpunkten mehr als 1991. Die Beobachtung, dass die Erwerbslosenzahl unter dem Ausgangswert lag, die Erwerbslosenquote aber darüber, zeigt auch hier implizit an, dass die Erwerbspersonenzahl und damit auch die Erwerbstätigenzahl in dieser Altersgruppe noch stärker zurückgegangen sein muss als die Erwerbslosenzahl. Wie in Berlin beschränkt sich dieser Rückgang auf die frühen neunziger Jahre, was auch hier eher gegen eine demographische Erklärung durch Geburtenrate oder Abwanderung der Eltern spricht.

Die **Erwerbslosenzahl der 25- bis 35-jährigen** Brandenburger/-innen war in eklatanter Weise von der „Vereinigungsbeule“ betroffen. Daher erreichte die entsprechende Erwerbslosenzahl bereits 1993 den höchsten Wert des Gesamtzeitraums, nämlich 74 700 Personen, also 76,6 % mehr als noch 1991. Danach verzeichnete sie einen fast durchgängigen moderaten Rückgang bis 2000, dann eine weitgehende Konstanz bis 2004, und schließlich ein deutliches Absinken bis 2008, das im Jahr 2009 durch einen leichten Anstieg geschmälert wurde. Der erreichte Endwert betrug 27 700 Personen, also ganze 34,5 % weniger als im Jahr 1991. Die **Erwerbslosenquote** folgte am Anfang und Ende des betrachteten Zeitraums fast exakt der Entwicklung der altersübergreifenden Gesamtquote und verlief von 1996 bis 2003 unterhalb derselben, in den meisten Jahren mit ähnlichem Abstand wie die Quote der nächstjüngeren Altersgruppe. Der Wert für 2009 lag mit 12,1 % um 1,3 Prozentpunkte über dem Ausgangswert. Auch hier

ist aus den Endwerten für Erwerbslosenzahl und Erwerbslosenquote implizit ein deutliches Schrumpfen der Erwerbspersonenzahl abzuleiten. Tatsächlich ähnelt deren Verlauf dem in Berlin. Allerdings sind auch für die Zeiträume, die in Berlin durch weitgehende Konstanz geprägt sind, minimale Rückgänge zu verzeichnen, was die oben skizzierte Erklärungsmöglichkeit durch die Geburtenentwicklung unterstützt.

Die **Erwerbslosenzahl** der **35- bis 45-jährigen** Brandenburger/-innen bildete ziemlich exakt den Verlauf der Gesamt-Erwerbslosenzahl nach. Das gilt auch für die **Erwerbslosenquote**, allerdings zeichnete sich diese durch einen nahezu parallelen Verlauf unterhalb der Gesamtquote aus, und zwar in einem Abstand um rund 2,5 Prozentpunkte. Im Jahr 2009 erreichte damit die Erwerbslosenzahl ein Niveau von 33 100 Personen, also von 7,5 % mehr als 1991, und die Erwerbslosenquote einen Wert von 9,1 %, also von nur 0,1 Prozentpunkten mehr als 1991. Das Maximum der Erwerbslosenzahl von 2001 lag mit 142,5 % ähnlich deutlich über dem Ausgangswert wie das Maximum der entsprechenden Berliner Altersgruppe von 2004.

Bei den **45- bis 55-jährigen** Einwohner/-innen Brandenburgs entwickelte sich die **Erwerbslosenzahl** nach einem deutlichen Sprung nach oben von 1992 bis 1999 fast stabil und stieg dann bis 2003 in gravierenden Schritten an. Nach einem weiteren moderaten Anstieg bis 2004 sank sie dann in noch gravierenderen Schritten bis 2008 unter das Niveau von 1999 und konnte sich auch im Rezessionsjahr 2009 noch einmal leicht verringern. Im Ergebnis erreichte sie einen Stand von 42 300 Personen, der immer noch 29,4 % über dem Ausgangswert lag. Die Abweichung des Maximums für diese Altersgruppe vom Ausgangswert fiel mit 157,8 % gut eineinhalb mal so groß aus wie für die entsprechende Berliner Altersgruppe und auch für die Brandenburger Gesamt-Erwerbslosenzahl. Die **Erwerbslosenquote** dieser Altersgruppe folgte fast deckungsgleich der Gesamtquote mit minimalen Abweichungen nach unten und nach oben. Sie erreichte 2009 einen Wert von 10,2 %, lag also 0,9 Prozentpunkte über dem Ausgangswert.

Die **55- bis 65-jährigen** Brandenburger/-innen waren in noch größerem Maße als die gleichaltrigen Berliner/-innen die am schwersten betroffenen Leidtragenden der Arbeitsmarktentwicklung. Ihre **Erwerbslosenzahl** stieg nach 1992 bis 1997 in gravierenden Schritten an, verweilte bis 1999 annähernd auf diesem Niveau (Maximum im Jahr 1998: 348,6 % über dem Ausgangswert), und sank dann in meist moderaten Schritten mit vereinzelt kleineren Sprüngen nach oben oder unten bis 2009 auf einen Wert von 27 100 Personen, der immer noch 96,4 % über dem Ausgangswert lag. Die **Erwerbslosenquote** für diese Altersgruppe verlief von 1993 bis 1999 in eklatantem Ausmaß oberhalb der Gesamtquote und näherte sich bis 2004 in abnehmender, also gegenläufiger Entwicklung, deutlich, danach im gemeinsamen Absinken etwas langsamer an diese an. Im Jahr 2009 verzeichnete sie einen Wert von 13,0 % bzw. von 0,5 Prozentpunkten über dem Ausgangswert. Auch

hier ergibt sich ein Hinweis auf einen Anstieg der Erwerbspersonenzahl, der auch tatsächlich zu verzeichnen ist, und zwar nach einem anfänglichen Rückgang vor allem um die Mitte der neunziger Jahre.

Der Vergleich mit den altersspezifischen Entwicklungen in Deutschland zeigt vor allem, dass die überdurchschnittlichen **Erwerbslosenquoten** der **15- bis 25-Jährigen** ab 2002 und der **55- bis 65-Jährigen** über den Gesamtzeitraum mit erfreulicher Annäherung an dessen Ende keine speziellen Probleme Berlins und Brandenburgs, sondern gesamtdeutsche Phänomene sind. Es zeigt sich aber auch, dass hinsichtlich der Größenordnung der Quoten beide Länder der Hauptstadtregion deutlich schlechter dastehen als das gesamte Bundesgebiet. Hier besteht nach wie vor dringender Bedarf im Hinblick auf einen wirksamen Angleichungsprozess.

Zusammenfassung

Für alle betrachteten geographischen Gebiete und für die meisten Teilgruppen der Erwerbslosen – sowohl nach Alter als auch nach Geschlecht – zeigt sich ein mehr oder weniger deutlicher Rückgang der Erwerbslosenzahl und der Erwerbslosenquote nach 2004, teilweise sogar fortgesetzt bis ins Rezessionsjahr 2009. Das zeitliche Zusammenfallen mit der Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik im Zuge der Hartz-Reformen darf an dieser Stelle jedoch nicht zu Fehlinterpretationen verleiten. Es ist nämlich festzustellen, dass von 2005 bis 2008 für Berlin, Brandenburg und Deutschland ein deutliches Wachstum der Gesamtproduktion von Gütern und Dienstleistungen, gemessen durch das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt, erfolgte, was sicherlich einen bedeutenden Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung hatte.

Aus statistisch-methodischer Sicht ist außerdem anzumerken, dass genau im Jahr 2005 die hier verwendete Datenbasis, der Mikrozensus, von einer Stichtagsbefragung auf eine über das Jahr verteilte Befragung umgestellt wurde. Damit erhält man ab 2005 Jahresdurchschnittswerte für die Erwerbslosenzahl, die Erwerbstätigenzahl und damit auch für die Erwerbspersonenzahl sowie die entsprechenden Quoten, und nicht wie früher Stichtagsergebnisse. Das könnte im ungünstigen Fall ebenfalls die Verläufe nach 2005 beeinflussen, wobei man diesen Effekt nicht ohne weiteres quantifizieren kann.

Zusammenfassend bleibt also festzuhalten: Der wesentliche Anteil der günstigen, also rückläufigen Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Berlin, Brandenburg und Deutschland ab 2005 dürfte auf den deutlichen Produktions-Aufschwung zurückzuführen sein. Die Hartz-Reformen mögen einen geringfügigen Beitrag geleistet haben, und schließlich sind auch Effekte der neuen Erhebungsmethode nicht auszuschließen.

Autor: Markus Pullen

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Entstehungsperspektive

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Produktivität

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

In den fast 20 Jahren seit der deutschen Vereinigung verlief das Wirtschaftswachstum – gemessen als **Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP)** – aufgrund der Wirtschaftsstrukturen in den Ländern Berlin und Brandenburg sehr unterschiedlich. Das lag sicherlich zu einem großen Teil an den ungleichen Ausgangspositionen Anfang der neunziger Jahre. Hier sind vor allem der geringere Transformationsbedarf der Wirtschaft im Westteil Berlins und die transformationsbedingten Wettbewerbsnachteile der Industrie in Brandenburg gegenüber den Konkurrenten in den alten Bundesländern zu nennen.

Das **preisbereinigte BIP** ist in Berlin bis 2009 lediglich um 7,1 % gegenüber 1991 gewachsen, dagegen betrug in Brandenburg der Zuwachs über den Gesamtzeitraum 77,9 %.¹ Der Anstieg in Berlin lag damit

deutlich unter, in Brandenburg hingegen wesentlich über dem bundesweiten Anstieg um 22,7 % gegenüber 1991. Bedingt durch ähnliche Transformationsprozesse von der Zentralverwaltungswirtschaft („Planwirtschaft“) zur Marktwirtschaft war der Gesamtzuwachs in den ostdeutschen Bundesländern ohne Berlin über die zwei Jahrzehnte ähnlich hoch wie im Land Brandenburg. Der Beitrag Berlins zum gesamtdeutschen BIP ging von 4,1 % im Jahr 1991 auf 3,7 % im Jahr 2009 zurück, der Beitrag Brandenburgs stieg von 1,3 % im Jahr 1991 auf 2,2 % im Jahr 2009 an.

Im Jahr 2009 betrug das **BIP in jeweiligen Preisen** in Berlin 90,1 Mrd. EUR. Die preisbereinigte Entwicklung war von mehrjährigen Auf- und Abwärtsbewegungen geprägt (Abbildung 1). Während sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die durch das **preisbereinigte BIP** gemessene Wirtschaftsleistung im Sinne eines Vereinigungs-Booms positiv entwickelte, musste von 1996 bis 2004 ein weitgehender Rückgang der wirtschaftlichen Leistung mit einer schwachen Erholung im Jahr 2000 verzeichnet werden. Erst im Jahr 2005 wies Berlin wieder ein positives Wirtschaftswachstum auf, ab dem Jahr 2006 wurde die Aufschwungphase bis 2008 deutlich erkennbar. Im Jahr 2009 zeigte sich bundesweit ein Rückgang der Wirtschaftsleistung. In Deutschland betrug er preisbereinigt –5,0 %. In Berlin fiel er wegen der dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstruktur jedoch mit –0,7 % moderat aus (Abbildung 2).

In Brandenburg betrug 2009 das **BIP in jeweiligen Preisen** 53,9 Mrd. EUR. Nach auffallend hohen Zuwächsen beim **preisbereinigten BIP** bis 1995 und noch einmal 1999 und 2000 glichen sich diese bis zum Jahr 2008 an die gesamtdeutsche Entwicklung an: Stagnation in den Jahren 2002 und 2003, beginnender Aufschwung im Jahr 2004, deutlicherer Anstieg bis 2008. Für das Jahr 2009 musste auch Brandenburg eine Abnahme der so gemessenen Wirtschaftsleistung verzeichnen.

Abb. 1 Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2009

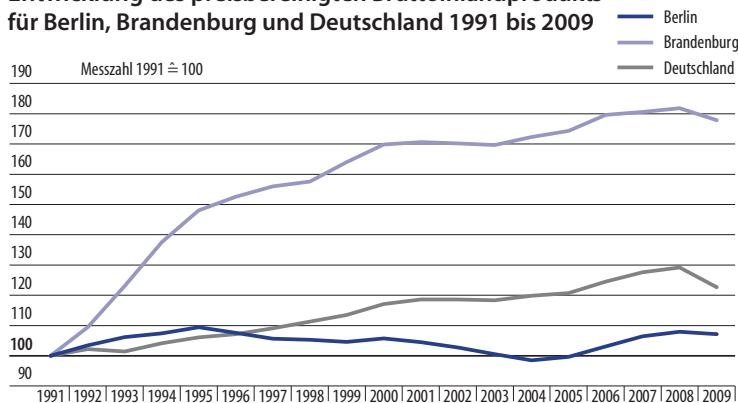
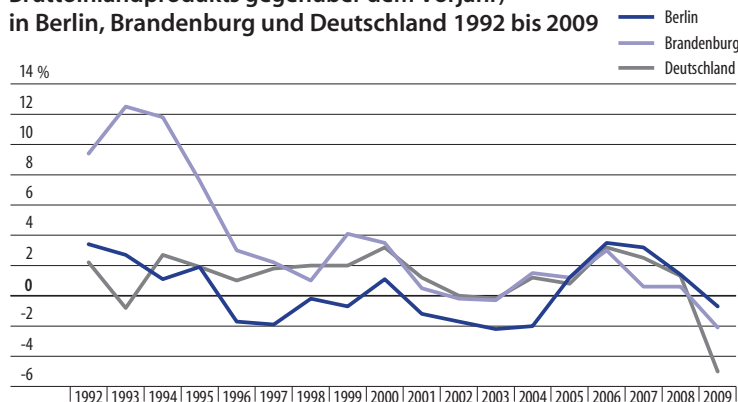


Abb. 2 Wirtschaftswachstum (Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr) in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1992 bis 2009



¹ Alle in diesem Beitrag verwendeten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechen dem Rechenstand August 2009/Februar 2010. Aufgrund der Einbezie-

hung von zusätzlichen Quellstatistiken, die erst später verfügbar werden, sowie aufgrund von methodischen Revisionen können sich die Ergebnisse später noch verändern.

Tab. 1 **Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen und je Erwerbstätigen in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991, 1998 und 2009**

Jahr	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	
	je Erwerbs- tätigen	je Arbeits- stunde der Erwerbs- tätigen
	in EUR	
Berlin		
1991 ...	37 875	–
1998 ...	49 958	31,55
2009 ...	54 116	37,90
Brandenburg		
1991 ...	16 450	–
1998 ...	39 348	24,34
2009 ...	50 992	35,14
Deutschland		
1991 ...	39 735	–
1998 ...	51 842	34,49
2009 ...	59 784	43,02

Durch den geringeren Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung fiel auch hier der Abschwung mit preisbereinigt –2,1 % geringer aus als für ganz Deutschland.

Für die gesamte Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg errechnet sich bis 2009 eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 25,3 % gegenüber 1991. Das ist nur geringfügig mehr als der gesamtdeutsche Zuwachs (22,7 %) über diesen Zeitraum. Die positive Entwicklung Brandenburgs wird also in der Betrachtung der Hauptstadtregion durch die nur moderat positive Entwicklung Berlins stark relativiert. Dadurch wird das größere

ökonomische Gewicht Berlins in der Hauptstadtregion deutlich, das sich allerdings von einem Verhältnis des nominalen BIP von 3,2 zu 1 im Jahr 1991 auf 1,6 zu 1 im Jahr 2009 verringert hat.

Vergleicht man die Werte des **Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen** in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, so wird ebenfalls die unterschiedliche Entwicklung deutlich, die unter anderem durch die ungleichen Startbedingungen nach der deutschen Vereinigung erklärt werden kann. Preisbereinigt stieg die mit diesem stark vereinfachten Maß gemessene **Arbeitsproduktivität** in Berlin bis 2009 um insgesamt 7,6 % bei einer Verringerung der Erwerbstätigenzahl um 7 600 Personen (–0,4 %) gegenüber 1991, in Brandenburg stieg sie dagegen um insgesamt 100,8 % bei einem Gesamtrückgang um 136 000 Erwerbstätige (–11,4 %). In Deutschland nahm dieses Maß der Arbeitsproduktivität um insgesamt 17,7 % zu, wobei sich hier auch der Nenner um 1,65 Mill. Erwerbstätige (+4,3 %) erhöhte (Tabelle 1).

Die **Arbeitsproduktivität gemessen als Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen** ist dagegen aussagekräftiger, weil dabei das tatsächliche Arbeitsvolumen – vor allem im Hinblick auf Teilzeitbeschäftigung und eventuelle Kurzarbeit – berücksichtigt wird (Abbildung 3).

Daten für diese differenziertere Produktivitätsberechnung liegen erst ab dem Jahr 1998 vor. Für Berlin ergibt sich ein Zuwachs der so ermittelten preisbe-

reinigten Arbeitsproduktivität bis 2009 in Höhe von 5,1 % gegenüber 1998. Brandenburgs Arbeitsproduktivität wuchs im genannten Zeitraum um insgesamt 26,9 %, der bundesweite Gesamtzuwachs betrug 12,3 %. Diese Zuwächse waren in Berlin und Brandenburg deutlich größer als die Produktivitätszuwächse in der weniger differenzierten Pro-Kopf-Betrachtung. Sie gingen in allen drei Gebieten mit einem Gesamtrückgang des Arbeitsvolumens einher, und zwar in Berlin um 3,3 %, in Brandenburg um 11,1 % und in Deutschland um 1,8 % bis 2009 gegenüber 1998.

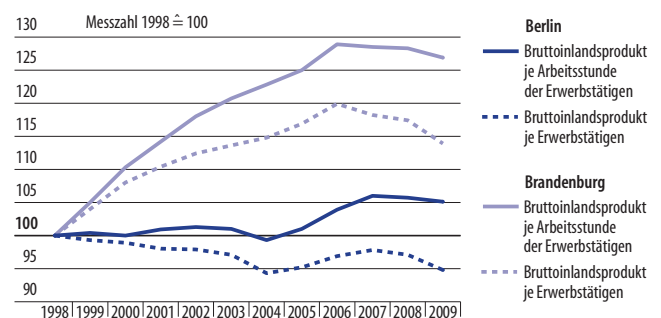
Struktur der Wirtschaftsbereiche – Verschiebung der Bruttowertschöpfungsanteile zugunsten der Dienstleistungen

Sowohl Berlin als auch Brandenburg besitzen überwiegend dienstleistungsorientierte Wirtschaftsstrukturen. Stadtstaaten wie Berlin haben als Großstädte allgemein einen umfangreichen Dienstleistungsbe- reich. In Flächenländern wie Brandenburg sind regel- mäßig auch die industrielle und die landwirtschaft- liche Produktion stärker vertreten (Abbildung 4).

Der Wirtschaftsbereich **Land- und Forstwirtschaft, Fischerei** spielte im Betrachtungszeitraum in beiden Ländern eine untergeordnete Rolle. Der Anteil an der nominalen **Bruttowertschöpfung (BWS)**² lag in Berlin im Jahr 1991 bei 0,2 %, 2009 sogar nur noch bei 0,1 %. In Brandenburg betrug er 2009 1,7 % und hat sich seit der Wende um fast zwei Drittel ver- ringert. Dabei blieb allerdings der absolute BWS- Wert weitgehend konstant, d. h., die anteilmäßige Schrumpfung ergibt sich im Wesentlichen durch das Wachstum der anderen Bereiche.

Der Anteil des **Produzierenden Gewerbes** an der gesamten Bruttowertschöpfung lag in beiden Län- dern auf einem unterschiedlich niedrigen Niveau. In Berlin betrug er für dessen größten Teilbereich, das Verarbeitende Gewerbe, 18,6 % im Jahr 1991, für das Jahr 2009 errechnete sich ein Anteil von nur noch 11,3 %. Der Anteil für den Teilbereich Baugewerbe stieg Anfang der neunziger Jahre etwas an, reduzier- te sich bis 2009 um 2,6 Prozentpunkte gegenüber

Abb. 3 **Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen und je Erwerbstätigen in Berlin und Brandenburg 1998 bis 2009**

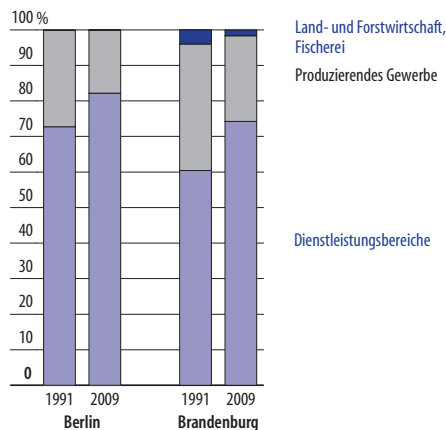


² Seit Einführung der Vorjahrespreis- basis in der Preisbereinigung (rechnerische Ausblendung der allgemeinen Preisentwicklung) werden preisbereinigte Ergebnis-

se der Volkswirtschaftlichen Ge- samtrechnungen nur als Verän- derungsraten oder Messzahlen dargestellt. Ergebnisse in Euro werden nur nominal angegeben,

d. h. ohne Preisbereinigung, und Anteile bzw. Quoten beruhen ebenfalls auf nominalen Ergeb- nissen.

Abb. 4 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Berlin und Brandenburg 1991 und 2009



1991 auf nur noch 3,8 % Anteil an der Bruttowertschöpfung. In diesen beiden Wirtschaftsbereichen unterlag die Höhe der Bruttowertschöpfung ebenfalls nur geringen Schwankungen.

In Brandenburg erhöhte sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes seit Anfang der neunziger Jahre von 9,6 % auf ca. 14,2 % im Jahr 2000 und änderte sich bis 2009 kaum noch. Dabei hat sich allerdings der absolute BWS-Wert in diesem Bereich gegenüber 1991 insgesamt vervierfacht. Die Entwicklung des Baugewerbes ähnelt der in Berlin. Bis zum Jahr 1995 wuchs sein Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung von anfangs 11,8 % auf 17,7 %, reduzierte sich dann aber kontinuierlich auf nur noch 5,6 %.

Berlin als Großstadt ist traditionell ein Dienstleistungsstandort, innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte expandierte dieser Wirtschaftsbereich allerdings noch weiter. Im Jahr 1991 betrug der Anteil der **Dienstleistungsbereiche** an der Bruttowertschöpfung insgesamt 72,7 %, im Jahr 2009 waren es 82,2 %. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war an diesem Zuwachs jedoch aufgrund der zurückhaltenden Binnennachfrage nicht beteiligt, er schrumpfte im genannten Zeitraum um 2,7 Prozentpunkte auf einen Anteil von 14,8 %. Der BWS-Anteil der Wirtschaftsbereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung sowie der öffentlichen und privaten Dienstleister wuchs um 12,2 Prozentpunkte gegenüber 1991 auf 67,4 % im Jahr 2009, wobei der Wirtschaftsbereich Grundstückswesen,

Vermietung und Unternehmensdienstleistung der maßgebliche Wachstumsträger war (+7,6 Prozentpunkte auf 35,1 % der gesamten BWS). Darunter hatte das Kredit- und Versicherungsgewerbe anfänglich einen Anteil um die 6 %, in den letzten Jahren jedoch nur noch knapp 4 % der Gesamt-BWS. Die öffentlichen und privaten Dienstleister steigerten ihren Beitrag zur Bruttowertschöpfung gegenüber 1991 um 4,6 Prozentpunkte auf einen Anteil von 32,3 % der gesamten BWS.

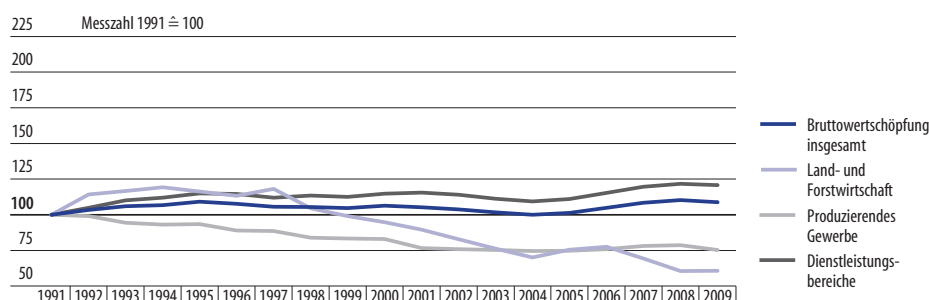
In Brandenburg änderte sich die BWS-Relation zwischen dem Produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen folgendermaßen: Der BWS-Anteil der Dienstleistungsbereiche im Jahr 1991 betrug 60,4 % und stieg bis 2003 auf knapp 74 %, wo er sich bis auf minimale Einbrüche bis zum Jahr 2009 hielt. Der Teilbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr veränderte seinen Anteil nur gering, er stieg mit leichten Schwankungen über die gesamten 19 Jahre um nur knapp einen Prozentpunkt auf 18,2 %. Erfolgreicher entwickelte sich der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung, der den größten Zuwachs verzeichnete. Sein Anteil erhöhte sich von anfänglich 11,0 % auf 27,4 %. Der Anteil des Teilbereiches Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistung betrug im Jahr 1991 ca. 8,9 % und im Jahr 2008 25,1 %. Das Kredit- und Versicherungsgewerbe leistete dementsprechend einen kleinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung, der im Lauf der Jahre nahezu unverändert bei 2 % lag. Die öffentlichen und privaten Dienstleister reduzierten ihren Anteil um insgesamt 3,7 Prozentpunkte gegenüber 1991, trugen aber im Jahr 2009 noch 28,6 % zur Bruttowertschöpfung bei.

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche

Die Entwicklungsphasen der **preisbereinigten Bruttowertschöpfung** aller Wirtschaftsbereiche in Berlin zeichnen sich durch eine Erhöhung bis 1995 um 9,1 % gegenüber 1991 aus, gefolgt von einer Schrumpfung bis 2004 um 8,4 % gegenüber 1995. In den Aufschwungsjahren bis 2008 wuchs die so gemessene Wirtschaftsleistung dann erneut um 10,3 % gegenüber 2004 und ging im Jahr 2009 aufgrund der weltweiten Finanzkrise wieder um 1,4 % zurück. Das BWS-Niveau – gemessen in jeweiligen Preisen³ – entwickelte sich dabei von 57 572 Mill. EUR im Jahr 1991 hin zu 80 530 Mill. EUR im Jahr 2009, wobei es allerdings von 1994 bis 2003 weitgehend stagnierte (Abbildung 5).

3 vgl. Fußnote 2

Abb. 5 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Berlin 1991 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen



Brandenburgs preisbereinigte Bruttowertschöpfung wuchs hingegen im gesamten betrachteten Zeitraum seit der deutschen Vereinigung mit Ausnahme der Stagnationsjahre 2001 bis 2003 und des Rezessionsjahres 2009 (–2,8 %) beständig an. Die größte jährliche Zuwachsrate (12,3 %) war im Jahr 1993 zu verzeichnen, den jüngsten auffälligen Anstieg brachte das Jahr 2006 mit 3,0 %. Insgesamt wurde ein Zuwachs von 79,0 % für den Zeitraum 1991 bis 2009 errechnet (Abbildung 6).

Geringe oder sogar negative Wachstumsbeiträge zur Bruttowertschöpfung leistete in den meisten Jahren seit 1991 in Berlin das **Produzierende Gewerbe**. Bis 2009 verminderte sich seine nominale BWS auf 14 269 Mill. EUR. Die in den neunziger Jahren deutlichen Rückgänge der entsprechenden preisbereinigten BWS konnten auch in den Boomjahren 2005 bis 2007 nicht ausgeglichen werden. Bis 2009 ging die preisbereinigte BWS dieses Bereiches um fast 25 % gegenüber 1991 zurück. Das Rezessionsjahr 2009 reihte sich dabei mit einem Minus von 4,2 % lediglich in eine größere Gruppe von Jahren mit preisbereinigten BWS-Rückgängen in mindestens der gleichen Größenordnung ein.

Die Bruttowertschöpfung des **Verarbeitenden Gewerbes**, des maßgeblichen Teilbereichs des Produzierenden Gewerbes, ging preisbereinigt bis 2009 um 19,4 % gegenüber 1991 zurück. Den größten Verlust erlitt sie zwischen 1991 und 2002. Preisbereinigt errechnete sich über diesen Zeitraum ein Minus von insgesamt 28,1 %. Auslösende Bereiche waren der Maschinenbau und der Wirtschaftszweig „Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und elektrotechnischen Erzeugnissen“. Bis zum Jahr 2008 erholte sich die BWS jedoch wieder und stieg um insgesamt 17,4 % an. Wachstumsfördernd war im geringen Maße das Verlags- und Druckgewerbe. Der Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ verdoppelte seine Bruttowertschöpfung in den letzten zehn Jahren und wurde somit neben dem Zweig „Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und elektrotechnischen Erzeugnissen“, der sich aufgrund des Zuwachses im Bereich Rundfunk und Nachrichtentechnik sowie bei der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik wieder erholte, ein bedeutender Bestandteil des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin. Im Jahr 2009 traten aufgrund der weltweiten Krise in fast allen industriellen Bereichen negative Veränderungsrate auf. Ausnahmen bildeten das Verlags- und Druckgewerbe, die chemische

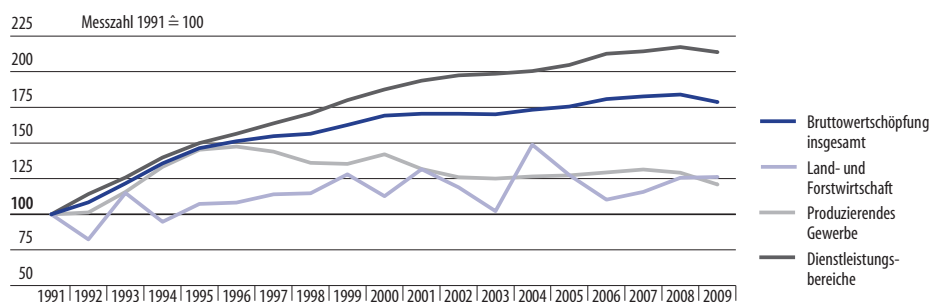
Industrie sowie der sonstige Fahrzeugbau. Insgesamt ging die preisbereinigte BWS des Verarbeitenden Gewerbes 2009 um 7,0 % zurück.

In Brandenburg stieg die Bruttowertschöpfung des **Produzierenden Gewerbes** bis 2009 preisbereinigt um 21,0 % gegenüber 1991 an. In jeweiligen Preisen gemessen erhöhte sie sich auf 11 622 Mill. EUR und erreichte damit gut vier Fünftel des Niveaus von Berlin. Die Leistung im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, der in den Anfangsjahren eine vergleichbare Bruttowertschöpfung aufwies wie das Verarbeitende Gewerbe, ist im Laufe der Jahre durch Abbau des Kohlebergbaus geschrumpft, sodass sie zum Wachstum im Produzierenden Gewerbe nur noch einen kleinen Beitrag leistete.

Wie in Berlin ist auch in Brandenburg der bedeutendste Teilbereich des Produzierenden Gewerbes das **Verarbeitende Gewerbe**. Der Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in diesem Teilbereich betrug bis 2009 insgesamt mehr als 200 % gegenüber 1991. Die Wirtschaftszweige Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen sowie Fahrzeugbau waren die drei größten Wachstumsträger. Das Jahr 2009 brachte jedoch auch in den wertschöpfungsstärksten Bereichen negative Veränderungsrate. Anders als in Berlin bildete der Bereich Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und elektrotechnischen Erzeugnissen eine Ausnahme. Er konnte seine BWS im gesamten Zeitraum seit 1991 steigern.

Im Berliner **Baugewerbe**, einem weiteren Teilbereich des Produzierenden Gewerbes, war nach einem kräftigen Wachstum der Bruttowertschöpfung im Jahr 1992 von preisbereinigt 14,6 % die Talfahrt bis zum Jahr 2008 nicht zu stoppen: Die BWS reduzierte sich um 54 % gegenüber 1991. Ausnahmen bildeten das Jahr 1994, in dem die Umsätze im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe aufgrund der erhöhten Nachfrage im Wohnungsbau – überwiegend im Ostteil der Stadt Berlin – anstiegen, und das Jahr 2007, das durch den verstärkten Bau von gewerblichen und industriellen Bauten ebenfalls positive Zuwachsraten aufwies. Ein Rückgang im folgenden Jahr von real 1,2 % wurde 2009 entgegen dem allgemeinen Wirtschaftsabschwung mit einem Plus von 10,0 % mehr als ausgeglichen. Dabei dürften die Konjunkturrhilfen des Bundes eine wichtige Rolle gespielt haben. In jeweiligen Preisen betrug die Bruttowertschöpfung 3 038 Mill. EUR im Jahr 2009.

Abb. 6 Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Brandenburg 1991 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen



Im Brandenburger **Baugewerbe** war infolge des Baubooms bis 1995 ein gravierendes Wachstum zu verzeichnen, und zwar preisbereinigt auf 203,8 % des Ausgangswertes. Anschließend ging die Wirtschaftsleistung in diesem Bereich beständig zurück. Sparmaßnahmen und zurückhaltende Investitionen wurden erst zum Jahr 2007 aufgehoben. Durch Leistungssteigerungen im Ausbaugewerbe konnte die Bruttowertschöpfung leicht zunehmen. Sie betrug im Jahr 2009 in jeweiligen Preisen 2 697 Mill. EUR und lag damit preisbereinigt bei 77,8 % des Standes von 1991.

Deutliche Wachstumsimpulse kamen in beiden Ländern aus den **Dienstleistungsbereichen**. Hier konnte im Jahr 2009 ein preisbereinigtes Plus der BWS gegenüber 1991 von 20,8 % für Berlin und von 113,8 % für Brandenburg festgestellt werden.

Der Anteil des Teilbereichs **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** an der Berliner Bruttowertschöpfung – gemessen in jeweiligen Preisen – betrug mit leicht fallender Tendenz über den gesamten Betrachtungszeitraum etwa 16 %. Bis 2009 reduzierte sich seine BWS preisbereinigt um 3,0 % gegenüber 1991. Die höchsten Rückgänge waren im Unterbereich Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern zu verzeichnen. Preisbereinigt nahm hier die Bruttowertschöpfung von 1991 bis 2009 um insgesamt 31,3 % ab. Nicht vollständig ausgeglichen wurde dieser Rückgang der BWS durch die Zuwächse in den Unterbereichen Gastgewerbe (+38,7 %) und Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+44,4 %), die überwiegend in den Jahren 2004 bis 2008 erfolgten. Das nominale Niveau der Bruttowertschöpfung der Unterbereiche insgesamt schwankte in den betrachteten Jahren zwischen dem Minimalwert von 10 079 Mill. EUR im Jahr 1991 und dem Maximalwert von 12 387 Mill. EUR im Jahr 2008.

In Brandenburg hingegen entwickelte sich die Bruttowertschöpfung in diesem Teilbereich – ausgehend von einem etwas niedrigeren Niveau – fast durchgängig nach oben und nahm bis 2009 preisbereinigt um insgesamt 142,0 % gegenüber 1991 zu. Wie in Berlin wurde die höchste nominale Bruttowertschöpfung im Jahr 2008 erreicht und betrug 9 022 Mill. EUR. Der Unterbereich Handel war mit 88 %, das Gastgewerbe mit 146 % und der Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 230 % preisbereinigtem BWS-Zuwachs über den Gesamtzeitraum beteiligt, wobei in den ersten Jahren nach der Wende die größten jährlichen Wachstumsraten zu verzeichnen waren, insbesondere im Unterbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. 2009 verminderte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im gesamten Teilbereich mit Ausnahme des Unterbereiches Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Maßgeblich an dessen Plus von 0,1 % war der Bereich Handel von Kraftfahrzeugen beteiligt, bei dem die Umweltpremie („Abwrackprämie“) als Teil des Konjunkturprogramms der Bundesregierung deutlicher als in Berlin zum Tragen kam.

Der Teilbereich **Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister** leistete mit einem preisbereinigten BWS-Zuwachs von 34,5 % über den Gesamtzeitraum von 1991 bis 2009 einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Bruttowertschöpfung

insgesamt in Berlin. Allein die BWS des Unterbereichs Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistung stieg bis 2008 preisbereinigt um 45,4 % und erreichte damit im Jahr 2008 ein nominales BWS-Niveau von 24 469 Mill. EUR. Ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung Berlins betrug 30,8 %.

Die durch die BWS gemessene Wirtschaftsleistung des Unterbereichs Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Umfang von zuletzt nominal 3 025 Mill. EUR bewegte sich nach einem kräftigen Zuwachs Anfang der neunziger Jahre bis zum Jahr 2005 bis auf kleine Ausschläge nach oben kontinuierlich abwärts. Für das Jahr 2006 ergab sich eine preisbereinigte Wachstumsrate von 11,7 %, die allerdings neben der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung auch eine Revision der wirtschaftszweigspezifischen BWS-Berechnungsmethode widerspiegelt. Die nächsten Jahre brachten ebenfalls Zuwachsraten, die wieder frei von methodischen Einflüssen waren und deutlich schwächer ausfielen.

Aufgrund des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Brandenburg nahm die Entwicklung im Unterbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister zu Beginn der neunziger Jahre einen rasanten Verlauf. Bis 2008 wuchs die preisbereinigte Bruttowertschöpfung jedes Jahr. Einschließlich des preisbereinigten Rückgangs im Jahr 2009 um 1,8 % zum Vorjahr ergab sich bis dahin ein Gesamtzuwachs um 288,1 % gegenüber 1991. Der zugehörige Wirtschaftszweig Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistung mit einem Zuwachs bis 2009 von mehr als 300 % gegenüber 1991 leistete den entscheidenden Beitrag. Sein BWS-Niveau betrug im Jahr 2008 nominal 12 256 Mill. EUR, erreichte damit allerdings trotz des enormen Wachstums nur etwa 50 % des Berliner Wertes. Die Entwicklung des Unterbereichs Kredit- und Versicherungsgewerbe verlief dagegen in Brandenburg nur in den neunziger Jahren positiv. Bis zum Jahr 2000 konnte eine Steigerung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von knapp 150 % gegenüber 1991 verzeichnet werden. In den letzten neun Jahren des Betrachtungszeitraums schrumpfte die Bruttowertschöpfung dieses Unterbereichs bis auf positive Ausschläge in den Aufschwungjahren 2006 und 2007 auf einen preisbereinigten Wert von 132,9 % über dem Wert von 1991 und damit auf ein nominales Niveau von 968 Mill. EUR.

Der Unterbereich **öffentliche und private Dienstleister** erzielte in Berlin in den betrachteten 19 Jahren ein preisbereinigtes BWS-Plus von 21,8 %, wobei die ersten zehn Jahre nach 1990 die bedeutsameren Wachstumsjahre waren. Danach verlangsamte sich das Tempo bzw. die Bruttowertschöpfung ging leicht zurück. Der zentrale Abschnitt des Unterbereichs ist die Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung mit einem preisbereinigten Gesamtzuwachs von 4,4 % 2008 gegenüber 1991. Er trug zum Wachstum der Bruttowertschöpfung jedoch aufgrund von Sparmaßnahmen weniger bei als der Abschnitt Gesundheits- und Sozialwesen. Dessen BWS erreichte bis 2008 einen Gesamtzuwachs von fast 57 % gegenüber 1991, wobei die ersten und letzten fünf Jahre ausschlaggebend waren. Der Abschnitt

Erziehung und Unterricht nahm über die ersten zehn Jahre um insgesamt 14,5 % zu. Die letzten Jahre brachten – ebenfalls aufgrund von Sparmaßnahmen des Senats – keine großen Veränderungen.

In Brandenburg waren ähnlich wie in Berlin die deutlichsten Zuwächse der Bruttowertschöpfung im Unterbereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen in den neunziger Jahren zu verzeichnen. Für den Zeitraum bis 2000 ergab sich ein preisbereinigter Gesamtzuwachs von 37,1 % gegenüber 1991. Geringfügige Einbußen waren bis zum Jahr 2009 aufgrund von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zu verzeichnen, da der Abschnitt Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie der Abschnitt Erziehung und Unterricht den größten Anteil an diesem Unterbereich hatten.

Die Bruttowertschöpfung der privaten Haushalte mit Hauspersonal, eine kleine Größe in der Volkswirtschaft, nahm in Berlin seit 1991 bis 2008 preisbereinigt um insgesamt 132 % zu. In Brandenburg erhöhte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Abschnitt über den betrachteten Zeitraum um insgesamt 292 %. Die größten Steigerungen wurden auch in diesem Bereich in den ersten zehn Jahren erreicht, was auf einen Aufholprozess in Brandenburg und im Ostteil Berlins im Rahmen des wirtschaftlichen Transformationsprozesses hindeutet. Dementsprechend errechnete sich für die Gesamtheit der neuen Bundesländer ohne Berlin ein preisbereinigter Zuwachs von mehr als 250 % für diesen Abschnitt, für die alten Bundesländer ohne Berlin ein preisbereinigter Zuwachs von nur knapp 20 %.

Autorin: Angelika Beckert

1990–2010 **Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Verwendungsperspektive

Private Konsumausgaben und privates Sparen,
Konsumausgaben des Staates, Bruttoanlageinvestitionen und Außenbeitrag

Neben der Interpretation des Bruttoinlandsproduktes als Wirtschaftsleistung im Sinne der Gesamtproduktion von Gütern und Dienstleistungen (Entstehungsseite) kann es auch als Versorgungsgröße im Sinne der Nutzung der Güter und Dienstleistungen durch Staat, private Konsumenten (Privathaushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck) und Unternehmen aufgefasst werden (Verwendungsseite). Bei dieser Betrachtung wird das Bruttoinlandsprodukt im Allgemeinen in die beiden Hauptpositionen inländische Verwendung und Außenbeitrag (Exporte minus Importe) gegliedert. Bestandteile der inländischen Verwendung sind die privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und die Bruttoanlageinvestitionen, die die Bruttoanlageinvestitionen und die Vorratsveränderungen umfassen.

In der Länderrechnung können anders als in der bundesweiten Rechnung die Vorratsveränderungen sowie der Außenbeitrag nicht exakt bestimmt werden. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder weisen deshalb nur die inländischen Hauptverwendungen private Konsumausgaben und Konsumausgaben des Staates sowie Bruttoanlageinvestitionen nach.¹ In Brandenburg war die Summe dieser inländischen Hauptverwendungen im gesamten Betrachtungszeitraum 1991 bis 2007 höher als das erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt, in Berlin lag sie im letzten Jahr geringfügig darunter. Der größte Teil des Bruttoinlandsprodukts wurde in beiden Ländern privat konsumiert. Im Jahr 2007 waren das in Berlin 56,5 %. Auf den staatlichen Konsum entfielen 24,8 % und auf die Bruttoanlageinvestitionen 17,2 %. In Brandenburg entsprachen die privaten Konsumausgaben 67,6 %, die staatlichen 24,7 % und die Bruttoanlageinvestitionen 21,3 % des Bruttoinlandsprodukts.²

Entwicklung der privaten und staatlichen Konsumausgaben

Die Konsumausgaben umfassen den privaten Verbrauch und die Konsumausgaben des Staates. Die **privaten Konsumausgaben** sind im Wesentlichen die Aufwendungen für den Kauf von Waren und

Dienstleistungen durch die privaten Haushalte, dazu zählen aber auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den **Konsumausgaben des Staates** gehören die Aufwendungen für unentgeltlich zur Verfügung gestellte Waren und Dienstleistungen und die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben. Die Sachinvestitionen des Staates sind hingegen nicht hier, sondern in den Bruttoanlageinvestitionen enthalten.

Der Konsum des Staates und der privaten Haushalte haben sich sowohl in Berlin als auch in Brandenburg unterschiedlich entwickelt. In beiden Ländern nahmen die Konsumausgaben des Staates deutlich stärker zu als der Verbrauch der privaten Haushalte, besonders in den ersten Jahren nach der Vereinigung. In Deutschland insgesamt fiel die Entwicklung der beiden Positionen weniger stark auseinander. Die Konsumquote des Staates, der Quotient aus den staatlichen Konsumausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt, war im Durchschnitt aller Bundesländer im gesamten Zeitraum geringer als in Berlin und Brandenburg (Abbildung 1).³

Preisbereinigt lagen die Konsumausgaben des Staates in Berlin im Jahr 2007 um 18,5 % über dem Wert des Jahres 1991. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind bis 2007 um 3,5 %, bis 2008 um 4,5 % gestiegen. Sie hatten allerdings bereits Mitte der neunziger Jahre ein höheres Niveau erreicht und waren dann wieder bis 1998 nahezu auf das Ausgangsniveau zurückgefallen.

In Brandenburg lag der staatliche Konsum im Jahr 2007 preisbereinigt um 55,6 % über dem Wert von 1991, allerdings nach einem fortgesetzten leichten Rückgang seit 1999. Die privaten Konsumausgaben der Brandenburger erreichten im Jahr 2001 ihren höchsten Wert, der preisbereinigt 34,6 % über dem Ausgangswert lag und stagnierten dann weitgehend mit kleineren Schwankungen. Am Ende des Betrachtungszeitraums betrug der preisbereinigte Zuwachs gegenüber 1991 noch 33,2 % (2007) bzw. 32,3 % (2008).

In Deutschland nahm der staatliche Konsum zwar im gesamten Zeitraum ebenfalls stärker zu als der private Verbrauch. Die prozentualen Zuwächse unter-

¹ Die teilweise erheblichen Differenzen zwischen der Summe dieser inländischen Hauptverwendungen und dem Bruttoinlandsprodukt auf der Bundesländerebene werden als „Restposten“ bezeichnet. Der Restposten umfasst neben dem Außenbei-

trag unter anderem die Vorratsveränderungen einschließlich des Nettozugangs an Wertsachen und kann deshalb auch ein negatives Vorzeichen haben.

² Alle in diesem Beitrag verwendeten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ent-

sprechen dem Rechenstand August 2009/Februar 2010. Aufgrund der Einbeziehung von zusätzlichen Quellstatistiken, die erst später verfügbar werden, sowie aufgrund von methodischen Revisionen können sich die Ergebnisse später noch verändern

³ Seit Einführung der Vorjahrespreisbasis in der Preisbereinigung (rechnerische Ausblendung der allgemeinen Preisentwicklung) werden preisbereinigte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur als Veränderungsraten oder Messzahlen dar-

gestellt. Ergebnisse in Euro werden nur nominal angegeben, d. h. ohne Preisbereinigung, und Anteile bzw. Quoten beruhen ebenfalls auf nominalen Ergebnissen.

schieden sich aber bei Weitem nicht so stark wie in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Preisbereinigt stiegen in Deutschland die privaten Konsumausgaben bis 2007 um 21,6 %, die des Staates um 24,0 % gegenüber 1991. In den Jahren 1996 bis 2000 war das Wachstumstempo des privaten Verbrauchs im Durchschnitt sogar höher als das des staatlichen Verbrauchs (Tabelle 1).

Geringere Durchschnittseinkommen bremsen den privaten Konsum

Die privaten Konsumausgaben je Einwohner sind in Berlin nach 1991 immer weiter unter den Bundeswert gefallen. Damit unterscheidet sich Berlin deutlich von den anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Diese hatten zwar wie Berlin die höchsten staatlichen Konsumausgaben je Einwohner, lagen aber auch bei den privaten Pro-Kopf-Konsumausgaben an der Spitze aller Länder. In Berlin betrug der Rückstand zum Bundeswert im Jahr 2008 dagegen bereits 14,8 %. Geringer war der private Konsum je Einwohner nur in den neuen Ländern.

Auch in Brandenburg hat eine Annäherung der privaten Konsumausgaben je Einwohner an den Bundesdurchschnitt stattgefunden. Der Anstieg war am stärksten in den neunziger Jahren (Abbildung 2). Der Rückstand des privaten Pro-Kopf-Verbrauchs in Brandenburg zu dem der Berliner betrug 2008 noch 2,0 % gegenüber 37,2 % im Jahr 1991.

Damit gab im Jahr 2008 durchschnittlich jeder Berliner 14 634 EUR und jeder Brandenburger 14 342 EUR für Waren und Dienstleistungen aus (Abbildung 3). In Deutschland waren die privaten Konsumausgaben je Einwohner mit 17 167 EUR deutlich höher, entsprachen aber einem Anteil von 90,5 % am ebenfalls höheren verfügbaren Einkommen.

In Berlin sind die privaten Konsumausgaben nominal stärker gestiegen als das verfügbare Einkommen. Während 1991 noch 89,3 % des verfügbaren Einkommens in den privaten Konsum flossen, waren es 93,0 % im Jahr 2008. Dagegen beträgt dieser Anteil am mittlerweile höheren Durchschnittseinkommen der Brandenburger nur noch 90,1 % gegenüber 92,2 % im Jahr 1991.

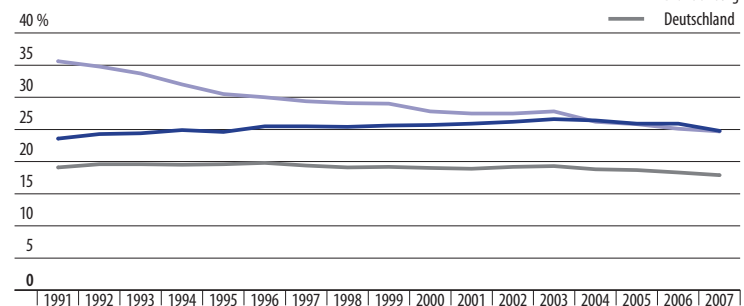
Entwicklung des privaten Sparens

Der Teil des verfügbaren Einkommens, den die privaten Haushalte nicht für den Kauf von Waren und Dienstleistungen ausgeben, wird gespart. Zu den Sparbeträgen zählt als zusätzliche Komponente die

Tab. 1 Durchschnittliche bzw. tatsächliche jährliche Veränderungsrate der preisbereinigten Konsumausgaben 1992 bis 2008

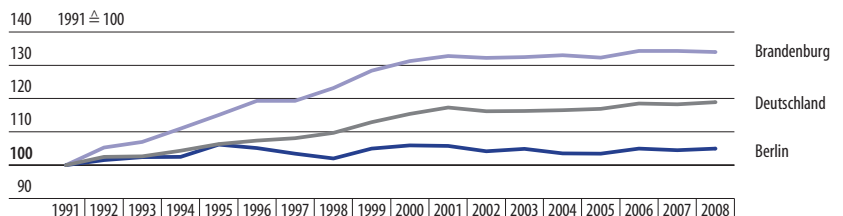
Zeitraum/ Jahr	Berlin		Brandenburg		Deutschland	
	private Konsum- ausgaben	Konsum- ausgaben des Staates	private Konsum- ausgaben	Konsum- ausgaben des Staates	private Konsum- ausgaben	Konsum- ausgaben des Staates
	%					
1992 bis 1995	1,7	3,9	3,4	11,6	2,1	2,5
1996 bis 2000	-0,5	0,2	3,2	0,9	1,8	1,4
2001 bis 2005	-0,4	-0,4	-0,1	-1,1	0,3	0,4
2006	1,8	3,2	1,1	0,3	1,3	1,0
2007	-0,3	-0,2	-0,4	1,0	-0,4	1,7
2008	1,0	...	-0,7	...	0,4	...

Abb. 1 Konsumquote des Staates¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2007



¹ Konsumausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, in jeweiligen Preisen

Abb. 2 Entwicklung der privaten Konsumausgaben je Einwohner (preisbereinigt) in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008



Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, die kein Bestandteil des verfügbaren Einkommens ist. Aus diesen Sparbeträgen und dem verfügbaren Einkommen zuzüglich der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche wird die Sparquote ermittelt (Abbildung 4).

Im Unterschied zu Brandenburg war die Sparquote sowohl für Berlin als auch für die Gesamtheit aller Bundesländer am Ende des Betrachtungszeitraums geringer als im ersten

Abb. 3 Private Konsumausgaben je Einwohner in jeweiligen Preisen in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 und 2008

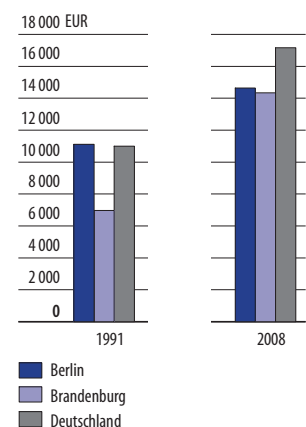


Abb. 4 Sparquote der privaten Haushalte in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008

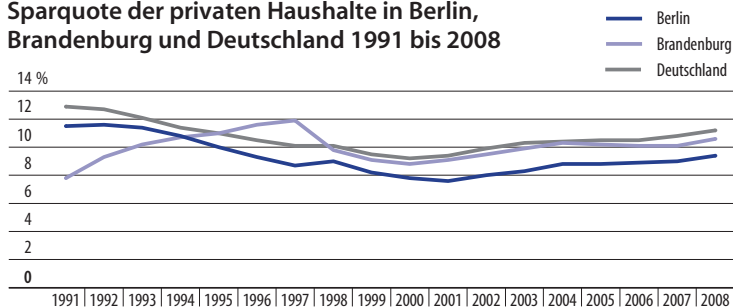


Abb. 5 Nominale Sparbeträge je Einwohner in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2008

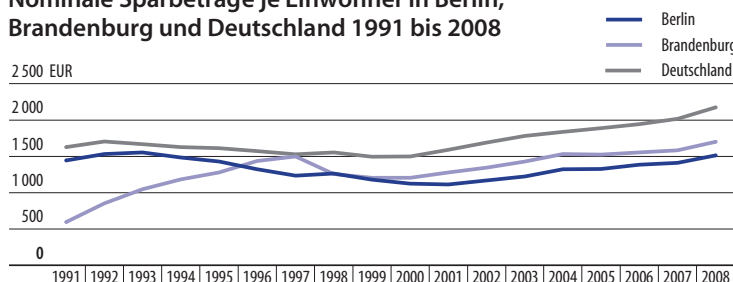
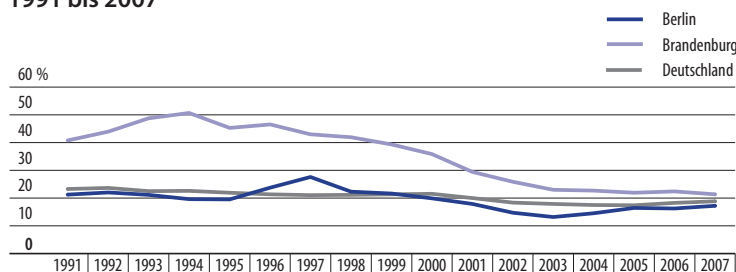


Abb. 6 Investitionsquote¹ in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2007



¹ Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, in jeweiligen Preisen

Jahr. Bei der parallel zum Bundeswert verlaufenden Entwicklung der Sparquote der Berliner muss allerdings die ungünstige Entwicklung bei deren verfügbarem Einkommen berücksichtigt werden. Die **nominalen Sparbeträge je Einwohner** entwickelten sich nämlich immer weiter auseinander. Während sie in Berlin im Jahr 2008 kaum höher waren als 1991 (+4,9 %), nahmen sie in Deutschland um ein Drittel zu.

In Brandenburg wuchsen die nominalen Sparbeträge je Einwohner zunächst schneller als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote erreichte im Jahr 1997 ihren höchsten Wert und lag ab 1998 immer minimal unter dem Bundeswert, die Pro-Kopf-Sparbeträge jedoch um rund ein Fünftel unter dem entsprechenden Wert für Deutschland. Seit 1999 sparten die Brandenburger in jedem Jahr durchschnittlich mehr als die Berliner. Im gesamten Zeitraum seit 1991 erhöhten sich die Sparbeträge je Einwohner in Brandenburg um 187 % (Abbildung 5).

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen setzen sich konzeptionell zusammen aus dem Erwerb neuer Anlagen (neue Ausrüstungen und neue Bauten) und dem Saldo aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen. Die Darstellung der wirtschaftszweigspezifischen Investitionen im übernächsten Abschnitt beschränkt sich auf Daten zu den neuen Anlagen, da zu dem genannten Saldo keine vollständigen Informationen vorliegen.

Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen in beiden Ländern unterschiedlich hoch

Der Anteil des Bruttoinlandsprodukts – gemessen in jeweiligen Preisen –, der für die gesamten Bruttoanlageinvestitionen ausgegeben wurde (**Investitionsquote**), lag bis 1995 in Berlin um 20 %. Nach einem Investitionsschub in den Jahren 1996 und 1997, bei dem der nominale Anteil auf 24 % bzw. 28 % des BIP hochschnellte, und drei weiteren Jahren mit einer Quote um 21 %, sank sie bis 2003 auf 13 % ab und erholte sich bis 2007 nur bis auf 17 % bei einem nominalen Niveau von knapp 14,8 Mrd. EUR (Abbildung 6). Preisbereinigt nahm das Niveau der Bruttoanlageinvestitionen bis 2007 um insgesamt 5,5 % gegenüber 1991 zu (Abbildung 9).

Im Jahr 2007 wurden in neue Anlagen 15,3 Mrd. EUR investiert. Das entsprach einem preisbe-

reinigten Gesamtzuwachs von 6,7 % gegenüber 1991. Während sich die Investitionsausgaben für **neue Ausrüstungen** über den Zeitraum von 1991 bis 2007 preisbereinigt um insgesamt 63,9 % erhöhten, gingen die Ausgaben für **neue Bauten** um insgesamt 27 % zurück. Anfang der 1990er Jahre wurden etwa 43 % der gesamten Investitionssumme für neue Ausrüstungen aufgewendet und fast 57 % für neue Bauten. Dieses Verhältnis hat sich bis zum Jahr 2007 nahezu umgekehrt: Es wurden 53 % für neue Ausrüstungen und 47 % für neue Bauten ausgegeben (Abbildung 7).

In Brandenburg betrug im Jahr 1991 die **Investitionsquote** 41 %, im Jahr 1994 wurden etwa 50 % des Bruttoinlandsprodukts für Investitionen aufgewendet, jedoch ab 1995 verminderte sich die Quote kontinuierlich bis zum Jahr 2007 auf 21 %. Damit hat sich Brandenburg ähnlich wie alle neuen Bundesländer dem Investitionsverhalten der alten Bundesländer angepasst. Der Bundeswert lag 2007 bei 18,8 % (Abbildung 6).

Im Jahr 2007 wurden in Brandenburg 11,3 Mrd. EUR für die Bruttoanlageinvestitionen ausgegeben. In preisbereinigter Betrachtung wurden die gravierenden Zuwächse bis 1994 nach einem mehrjährigen Schwanken um das erreichte Niveau durch einen deutlichen Rückgang konterkariert, durch den bereits 2003 das Niveau erreicht wurde, das dann bis 2007 annähernd gleich blieb und schließlich 25,9 % über dem Stand von 1991 lag (Abbildung 9). Der Zuwachs der Investitionen in neue Anlagen bis 2007 betrug 26,7 % gegenüber 1991. Die Investitionen in neue Ausrüstungen nahmen preisbereinigt um insgesamt 60,9 % gegenüber 1991 zu und die in neue Bauten um 12,2 %. Im Jahr 2007 wurden in Brandenburg knapp 40 % für neue Ausrüstungen und gut 60 % für neue Bauten aufgewendet (Abbildung 8).

Der Anteil der Berliner an den gesamtdeutschen Bruttoanlageinvestitionen entwickelte sich von anfangs 3,8 % über 5,3 % im Jahr 1997 bis zurück auf 3,2 % im Jahr 2007. Brandenburg beteiligte sich mit 2,2 % im Jahr 1991, mit 4,6 % im Jahr 1996 und mit nur noch 2,5 % in 2007 (Abbildung 10).

Dienstleistungsbereiche investierten sowohl in Berlin als auch in Brandenburg am meisten

Die Aufteilung der Investitionstätigkeit auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche in Berlin verschob sich im Betrachtungszeitraum ähnlich wie die Aufteilung der Bruttowertschöpfung zugunsten der Dienstleistungsbereiche. Wurden 1991 noch knapp drei Viertel der Bruttoanlageinvestitionen für diesen Bereich ausgegeben, waren es 2007 über 88 % (13,5 Mrd. EUR) (Tabelle 2). Preisbereinigt entspricht das einem Gesamtzuwachs der Investitionen in neue Anlagen um 25,6 % gegenüber 1991.

Der investitionsfreudigste Teilbereich im gesamten Zeitraum war der Bereich der **Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen**. Sein Anteil an den Ausgaben aller Wirtschaftsbereiche in Berlin für neue Anlagen schwankte zwischen 40 % und 50 %. Im Jahr 2007 betrug die nominale Investitionssumme in diesem Teilbereich 6,5 Mrd. EUR. In den Jahren 1996/97 war insbesondere aufgrund von

Abb. 7 Anteile der neuen Ausrüstungen und neuen Bauten an den neuen Anlagen in Berlin 1991 bis 2007

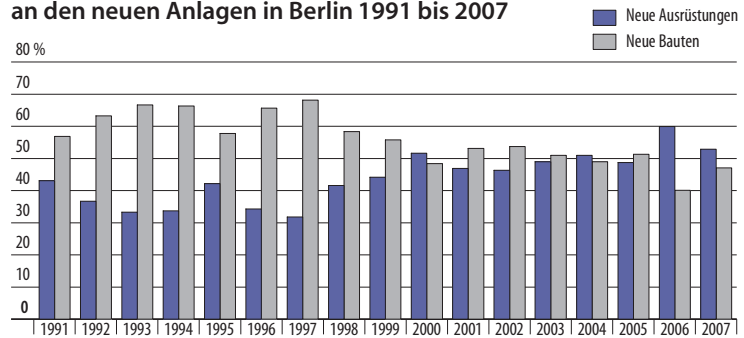


Abb. 8 Anteile der neuen Ausrüstungen und neuen Bauten an den neuen Anlagen in Brandenburg 1991 bis 2007

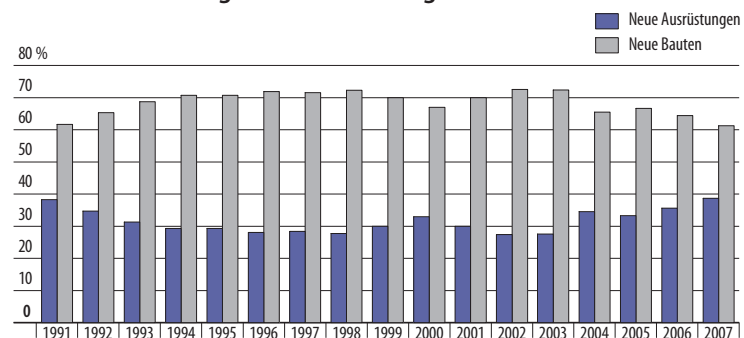


Abb. 9 Bruttoanlageinvestitionen (preisbereinigt, verkettet) in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2007

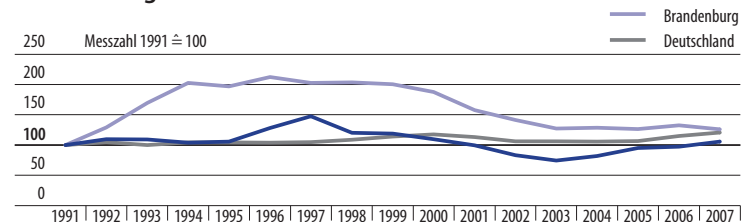
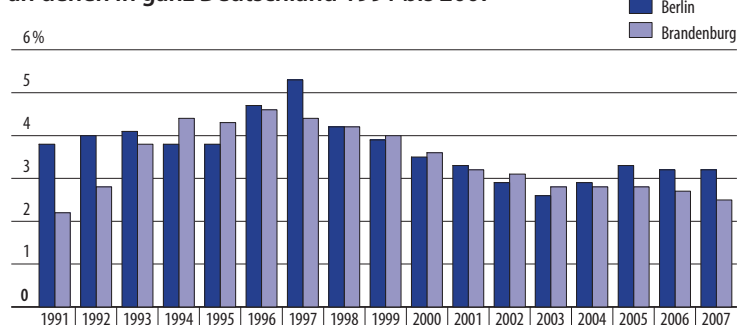


Abb. 10 Anteile der Bruttoanlageinvestitionen in Berlin und in Brandenburg an denen in ganz Deutschland 1991 bis 2007



Investitionen in neue Bauten etwa doppelt so viel aufgewendet worden: 1996 waren es 11,6 und 1997 gut 13,3 Mrd. EUR. Preisbereinigt reduzierten sich die Ausgaben in diesem Teilbereich bis 2007 um insgesamt 1,2 % gegenüber 1991, und zwar vor allem aufgrund der zurückhaltenden Investitionstätigkeit in den Jahren ab 2003.

Tab. 2 **Anteil der Wirtschaftsbereiche an den Investitionen in neue Anlagen in Berlin 1991, 2000 und 2007**

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2007
	%		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,0	0,1
Produzierendes Gewerbe	24,9	12,0	11,5
Dienstleistungsbereiche	74,9	88,0	88,5

Tab. 3 **Anteil der Wirtschaftsbereiche an den Investitionen in neue Anlagen in Brandenburg 1991, 2000 und 2007**

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2007
	%		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,1	1,5	3,0
Produzierendes Gewerbe	24,5	13,6	19,5
Dienstleistungsbereiche	73,5	84,9	77,5

Der Teilbereich der **öffentlichen und privaten Dienstleister** steigerte seine Ausgaben für neue Anlagen auf 4,3 Mrd. EUR im Jahr 2007 und erhöhte damit seinen Anteil an den wirtschaftsbereichsübergreifenden Berliner Gesamtausgaben für neue Anlagen um 10 Prozentpunkte auf 27,9 %. Der preisbereinigte Gesamtzuwachs der Ausgaben betrug 79,6 % gegenüber 1991. Auch in diesem Wirtschaftsbereich zeichnet sich das Jahr 1997 besonders aus, und zwar durch den höchsten jährlichen Zuwachs von preisbereinigt 42,2 % aufgrund von Investitionen in neue Bauten.

Der Dienstleistungs-Teilbereich **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** erhöhte seine Ausgaben für Investitionen bis 2007 in Berlin preisbereinigt um 55,4 % gegenüber 1991. Im Jahr 2007 wurden 2,7 Mrd. EUR investiert. Dieser Teilbereich weist wie die anderen Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich ausgeprägte Einzelausschläge auf. Insbesondere der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung investierte in neue Bauten punktuell im Jahr 2005 mehr als das Dreifache der sonst üblichen Investitionssumme: 1,9 Mrd. EUR in jeweiligen Preisen, die überwiegend auf den Bau des Hauptbahnhofes zurückzuführen sind. Sie sorgte für einen enormen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Der Wirtschaftsbereich **Produzierendes Gewerbe** in Berlin verringerte seine nominalen Ausgaben für Investitionen bis 2007 auf knapp 1,8 Mrd. EUR. Das entspricht einem preisbereinigten Rückgang um insgesamt 51,2 % gegenüber 1991. Der Anteil an den wirtschaftsbereichsübergreifenden Gesamtausgaben für neue Anlagen reduzierte sich dabei von 24,9 % auf 11,5 % (Tabelle 2). In diesem Wirtschaftsbereich wurden anders als im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche etwa vier Fünftel für neue Ausrüstungen und ein Fünftel für neue Bauten ausgegeben. Maßgeblicher Teilbereich war das **Verarbeitende Gewerbe**, dessen preisbereinigte Senkung der Investitionsausgaben bis 2007 sich auf insgesamt 26,5 % gegenüber 1995 belief.

In Brandenburg lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche an den Investitionsausgaben für neue Anlagen 1991 bei 73,5 % und im Jahr 2007 bei 77,5 %. Ein besonders hoher Anteil von 85,7 % im Jahr 1998 ist vor allem auf die zurückhaltenden Investitionen im Produzierenden Gewerbe zurückzuführen. Insgesamt steigerten die Dienstleister ihre Aufwendungen in Investitionen bis 2007 um insgesamt 31,6 % gegenüber 1991. Wie in Berlin hatte der Teilbereich **Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister** den größten Anteil. Im Jahr 2007 investierte er 4,5 Mrd. EUR. Preisbereinigt betrug der Zuwachs bis zum Jahr 1998 insgesamt 286 % gegenüber 1991. Bis 2007 wurden die Investitionen dann wieder um 60 % gegenüber 1998 reduziert, sodass sie preisbereinigt noch gut 50 % über dem Wert von 1991 lagen. Der Teilbereich leistete einen bedeutenden Beitrag zur Investitionstätigkeit, vor allem bei den Ausgaben für neue Bauten, deren Anteil zwischen 80 % und 90 % der Ausgaben dieses Teilbereichs für neue Anlagen schwankte.

Der Zuwachs der Investitionen in neue Anlagen des Teilbereichs der **öffentlichen und privaten Dienstleister** bis 2007 betrug preisbereinigt insgesamt 70,6 % gegenüber 1991. Seine nominale Investitionssumme erhöhte sich bis 2007 auf 3,2 Mrd. EUR. Die höchsten Ausgaben wurden bis zum Ende der 1990er Jahre überwiegend vom Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung für neue Bauten aufgewendet. Durch Sparmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung reduzierten sich die jährlichen Ausgaben in diesem Bereich bis zum Jahr 2007 jedoch deutlich.

Im Jahr 2007 investierte der Dienstleistungs-Teilbereich **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** 1,0 Mrd. EUR für neue Ausrüstungen und 0,3 Mrd. EUR für neue Bauten und damit für beides zusammen preisbereinigt 25,1 % weniger als 1991. Dieser Gesamtrückgang ging einher mit einem noch deutlicheren Rückgang der Investitionen für neue Bauten, vor allem im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Der Wirtschaftsbereich **Produzierendes Gewerbe** hatte 1991 in Brandenburg ähnlich wie in Berlin einen Anteil an den Gesamtinvestitionen von 24,5 %, 2007 waren es noch 19,5 % bzw. 2,3 Mrd. EUR. Preisbereinigt entspricht das einem Zuwachs bis 2007 um 6,0 % gegenüber 1991. Auch in diesem Bereich wurden in den 1990er Jahren deutlich höhere Ausgaben getätigt, der preisbereinigte Anstieg bis 1999 betrug insgesamt 17,3 % gegenüber 1991. Für diese Entwicklung war hauptsächlich das **Verarbeitende Gewerbe** verantwortlich. Die Investitionen des Produzierenden Gewerbes in neue Ausrüstungen hatten grundsätzlich in beiden Ländern einen höheren Anteil an den Gesamtausgaben für neue Anlagen als die in neue Bauten.

Entwicklung von Exporten und Importen als Hilfsbetrachtung zum Außenbeitrag

Im Allgemeinen wird ein positiver Zusammenhang zwischen Außenhandel und Bruttoinlandsprodukt unterstellt. Der **Außenbeitrag** (Exporte minus Importe), für den als Bestandteil des BIP per Definition ein positiver Zusammenhang gilt, kann nur für das

gesamte Bundesgebiet berechnet werden. Denn genaue Zahlen zu grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungstransaktionen sind für die Bundesländer nicht vorhanden, weil die Aus- und Einfuhren für Deutschland sowie die Ausfuhren der Bundesländer im Spezialhandel, die Einfuhren der Bundesländer hingegen im Generalhandel erfasst werden. Beim letztgenannten Bereich sind nicht alle Waren für den Verbrauch im jeweiligen Bundesland bestimmt, deshalb ist eine Saldierung nicht vertretbar und damit eine länder-spezifische Exportquote (Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt) nicht exakt bestimmbar.

Weder für die beiden Bundesländer noch für die Gesamtregion Berlin-Brandenburg kann daher eine Aussage über den Einfluss des Außenhandels gemacht werden, die mit dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konsistent ist. Hilfsweise kann aber das **BIP** den Ergebnissen für **Ein- und Ausfuhr** aus der Außenhandelsstatistik gegenübergestellt werden (Abbildungen 11 bis 13). Dabei zeigt sich, dass die Veränderung des BIP nicht gleichmäßig mit denen der Ausfuhr bzw. der Einfuhr verläuft. Eine Betrachtung der absoluten Werte über den Zeitraum von 1991 bis 2009 zeigt jedoch zeitweise parallele Entwicklungen.

Bei einer entsprechenden Betrachtung für die beiden einzelnen Länder ergibt sich folgendes Bild: Die **Exportwerte** der Länder Berlin und Brandenburg in jeweiligen Preisen starteten 1991 ähnlich wie die nominalen BIP-Werte von unterschiedlichen Niveaus. In Berlin betrug 1991 die Höhe der Ausfuhren 7,2 Mrd. EUR, in Brandenburg 1,2 Mrd. EUR. Im Jahr 2009 war nach einem Aufholprozess, der sich vor allem nach 2004 vollzog, der nominale Wert der Ausfuhren in beiden Ländern mit etwas mehr als 10 Mrd. EUR fast gleich. Der Anteil Berlins an den gesamten Ausfuhren aus Deutschland ging im betrachteten Zeitraum um 0,8 Prozentpunkte auf 1,3 % zurück, in Brandenburg erhöhte er sich um 0,9 Prozentpunkte auf 1,3 %.

Bei den nominalen **Einfuhr-Werten** war der Unterschied Anfang der 1990er Jahre zwischen beiden Ländern um einiges geringer. Im Jahr 1991 betrug der Wert in Berlin 5,9 Mrd. EUR, in Brandenburg waren es

Abb. 11 **Bruttoinlandsprodukt, Ausfuhr und Einfuhr Berlins in jeweiligen Preisen 1991 bis 2009**

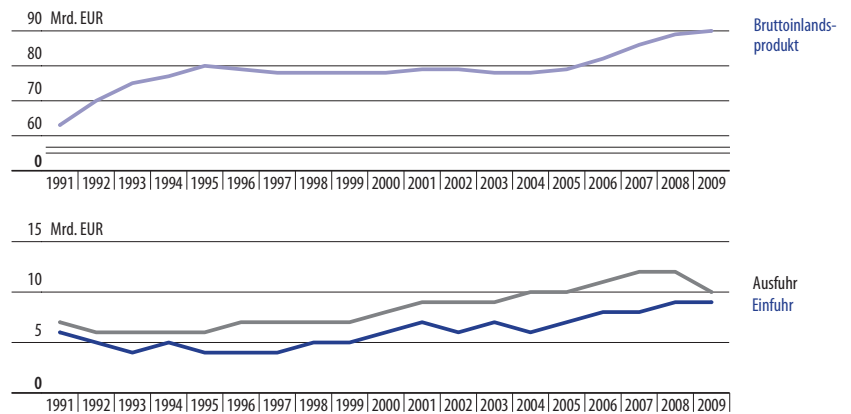


Abb. 12 **Bruttoinlandsprodukt, Ausfuhr und Einfuhr Brandenburgs in jeweiligen Preisen 1991 bis 2009**

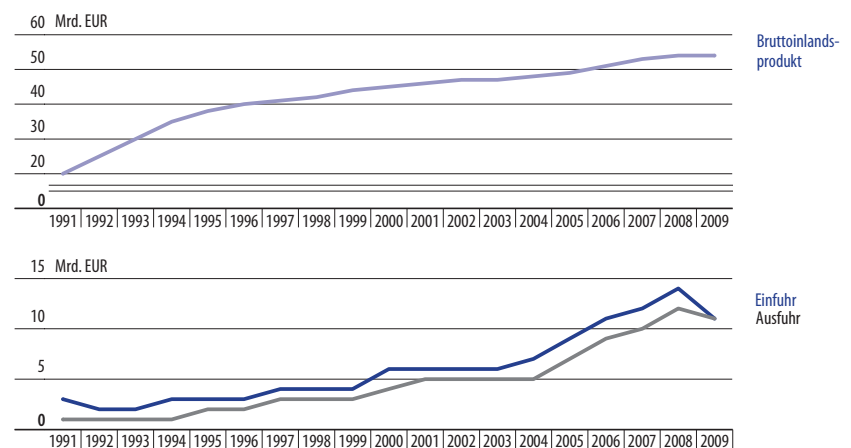
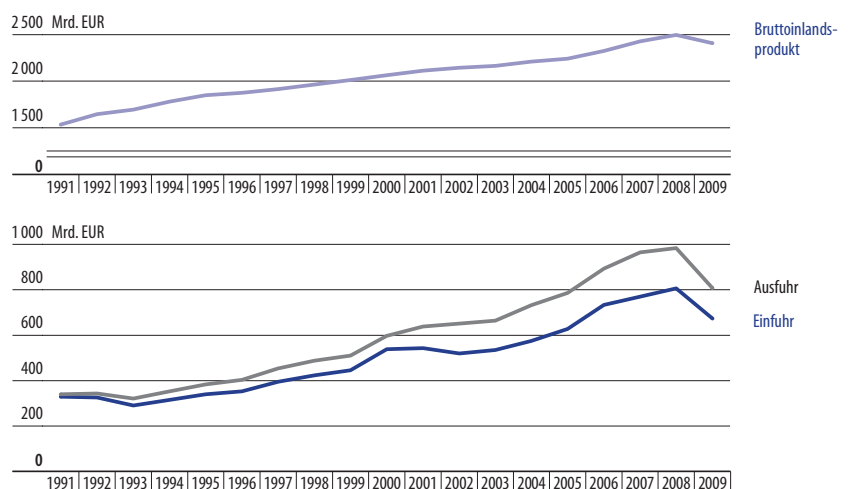


Abb. 13 **Bruttoinlandsprodukt, Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands in jeweiligen Preisen 1991 bis 2009**



2,7 Mrd. EUR. In Berlin erreichten die Einfuhren nach knapp zwei Jahrzehnten einen nominalen Wert von 8,5 Mrd. EUR im Jahr 2009, in Brandenburg lagen sie ab dem Jahr 2004 über dem Berliner Wert und erreichten nach einem punktuellen Rückgang im Jahr 2009 einen Stand von 11,2 Mrd. EUR.

Der Anteil Berlins an den gesamten Importen nach Deutschland verringerte sich im Betrachtungszeitraum um 0,5 Prozentpunkte auf 1,3 %, Brandenburg erhöhte seinen Anteil um 0,9 Prozentpunkte auf 1,7 %.

Insgesamt lässt sich also beim Außenhandel ein Annäherungsprozess der beiden Länder seit Anfang der 1990er Jahre konstatieren. Diese Entwicklung resultierte allerdings für die Import- wie für die Exportkomponente nicht nur aus der anteilmäßigen Verbesserung Brandenburgs, sondern auch aus einer anteilmäßigen Verschlechterung Berlins. Der Unterschied, dass Brandenburg anders als Berlin und auch anders als das gesamte Bundesgebiet mehr ein- als ausführt, blieb allerdings erhalten.

Für die Gesamtregion Berlin-Brandenburg ergeben sich folgende Entwicklungen: Die Exporte erhöhten sich nominal von 8,4 auf gut 21,2 Mrd. EUR, die Importe von 8,6 auf 19,7 Mrd. EUR. Der Anteil an Deutschland betrug im Jahr 2009 für die Ausfuhr 2,6 % und hat sich damit um nur 0,1 Prozentpunkte seit der Wende erhöht. Der Anteil der Einfuhren an Deutschland wuchs im gesamten Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte auf 2,9 %. Der Außenhandel wurde überwiegend mit den Staaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten sowie in Brandenburg auch mit der Russischen Föderation betrieben. Sowohl die Aus- als auch die Einfuhrprodukte waren hauptsächlich Fertigprodukte der gewerblichen Wirtschaft.

*Autorinnen: Angelika Beckert,
Heike Zimmermann*

1990 – 2010 **Berlin und Brandenburg**1990 – 2010
Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Verteilungsperspektive

Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Verfügbares Einkommen

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden verschiedene Einkommensgrößen ermittelt. Der umfassendste Einkommensindikator ist das Bruttonationaleinkommen. Es setzt sich zusammen aus den Erwerbs- und Vermögenseinkommen (dem Volkseinkommen), den Produktions- und Importabgaben abzüglich der Subventionen sowie den gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen. Im Jahr 2008 betrug das **Bruttonationaleinkommen** in Berlin 83,3 Mrd. EUR.¹ Gegenüber 1991 ist es nominal, d. h. ohne Berücksichtigung der Inflation, um 40,1 % gestiegen. Wesentlich dynamischer entwickelte sich das Bruttonationaleinkommen in Brandenburg, ausgehend von einem deutlich niedrigeren Ausgangsniveau. Mit 57,8 Mrd. EUR war es im Jahr 2008 etwa 2,6-mal so hoch wie 1991 (Abbildung 1).

Die jährlichen Zuwachsraten des Brandenburger Bruttonationaleinkommens lagen immer deutlich über denen Berlins. Zudem gab es in Berlin von 1997 bis 2003 mehrere Jahre mit negativen Veränderungsraten. Ab 2006 wurden in beiden Ländern wieder deutliche Steigerungsraten erreicht.

In der gesamten Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wuchs das Bruttonationaleinkommen bis 1996 und dann erst wieder seit 2006 stärker als im Bundesdurchschnitt. Im Ergebnis überstieg das Bruttonationaleinkommen 2008 den Wert von 1991 um 73,1 %. Der nominale bundesweite Zuwachs über den gesamten betrachteten Zeitraum fiel mit 64,6 % etwas geringer aus (Abbildung 2).

Bundesländer unterschiedlicher Größe sind besser vergleichbar, wenn eine gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße wie das Bruttonationaleinkommen auf die Bevölkerung bezogen wird. Das so berechnete **Bruttonationaleinkommen je Einwohner** war zu Beginn des dargestellten Zeitraums in Berlin mit 17 291 EUR gut doppelt so hoch wie in Brandenburg mit 8 615 EUR. Im Jahr 2008 betrug das Bruttonationaleinkommen je Einwohner in Brandenburg mit 22 852 EUR immerhin 93,9 % des Wertes für Berlin von 24 329 EUR. Das bundesdurchschnittliche Bruttonationaleinkommen je Einwohner lag mit 30 894 EUR deutlich höher.

Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Etwa drei Viertel des Bruttonationaleinkommens entfielen sowohl in Berlin als auch in Brandenburg auf das **Volkseinkommen**, die Summe der in einem Zeitraum erwirtschafteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Seine Komponenten gelten als Indikatoren dafür, wie sich das gesamtwirtschaftliche Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Das Volkseinkommen umfasst zwei Bestandteile: zum einen die **Arbeitnehmerentgelte** als Summe aus den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den gesetzlichen und freiwilligen Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, zum anderen die **Unternehmens- und Vermögenseinkommen**.

In Berlin war das Volkseinkommen im Jahr 2008 nominal nur um 26,7 % höher als 1991. Nachdem seine Wachstumsraten bis 1995 etwa den bundesdurchschnittlichen entsprachen hatten, nahm es in

Abb. 1 **Bruttonationaleinkommen in Berlin und Brandenburg 1991 und 2008**

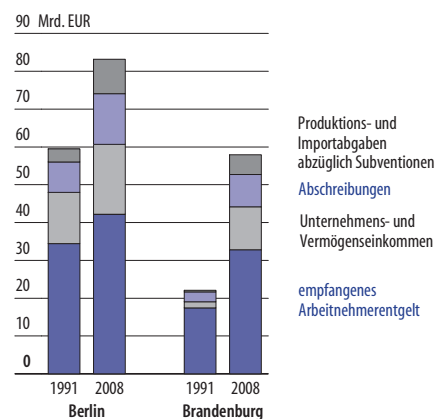
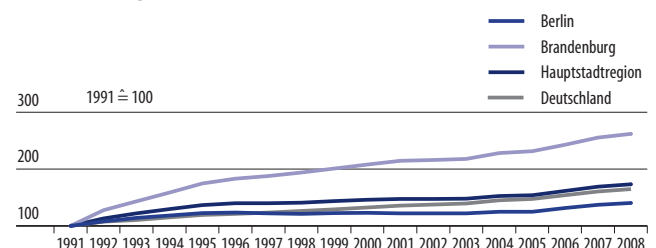


Abb. 2 **Entwicklung des Bruttonationaleinkommens 1991 bis 2008**



¹ Alle in diesem Beitrag verwendeten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in jeweiligen Preisen angegeben, weil entsprechende inflations- bzw. preisbereinigte Daten nicht vorliegen. Die Daten entsprechen dem Rechenstand

August 2009/Februar 2010. Aufgrund der Einbeziehung von zusätzlichen Quellstatistiken, die erst später verfügbar werden, sowie aufgrund von methodischen Revisionen können sich die Ergebnisse später noch verändern.

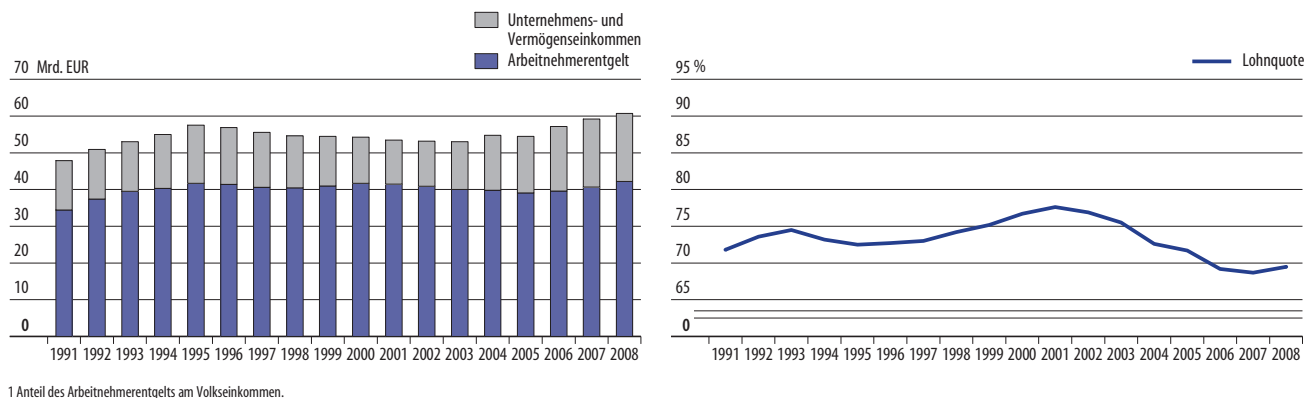
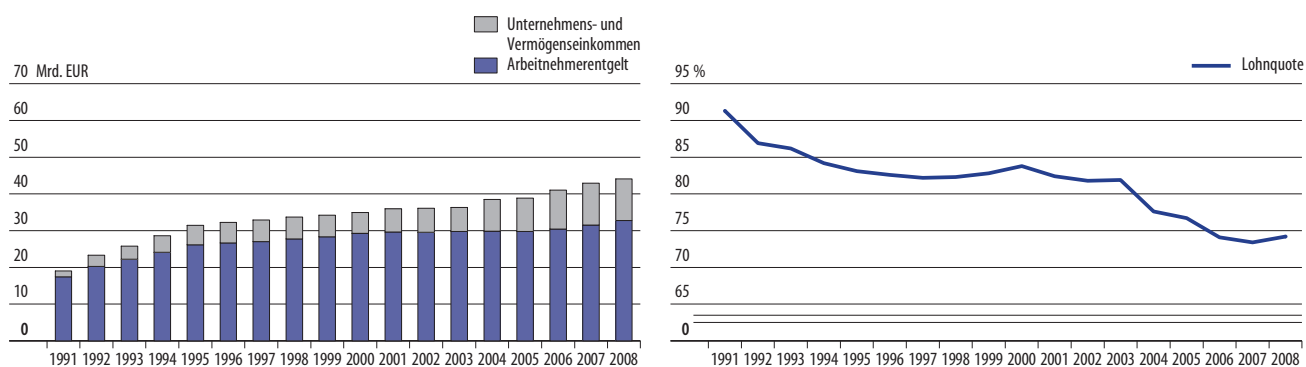
Abb. 3 Volkseinkommen und Lohnquote¹ in Berlin 1991 bis 2008

Abb. 4 Volkseinkommen und Lohnquote in Brandenburg 1991 bis 2008



den Jahren 1996 bis 2003 ab und lag nun um 7,8 % unter dem Niveau von 1995. Dieser Rückgang ist größtenteils auf schrumpfende Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückzuführen. Das Volkseinkommen sank in diesem Zeitraum um 4,9 % infolge verminderter Unternehmens- und Vermögenseinkommen und um 2,8 % wegen der Arbeitnehmerentgelte. Ab 2002 wurden die zunächst weiter fortgesetzten Rückgänge der Arbeitnehmerentgelte von einem ausgeprägten Wachstum der Unternehmens- und Vermögenseinkommen überlagert. Gegenüber ihrem Tiefststand von 2001 wuchsen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen bis 2008 nominal um 54,8 %, während die Arbeitnehmerentgelte im gleichen Zeitraum nur um 1,6 % zunahmen (Abbildung 3).

Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Einkommensblöcke spiegelte sich in der **Lohnquote** wider, dem Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen. Sie erreichte in Berlin nach einem Zwischenhoch im Jahr 1993 und weitgehender Konstanz bis 1997 im Jahr 2001 mit 77,6 % ihren höchsten Stand. Danach sank sie bis 2006 deutlich, seit 2005 sogar unter ihren Wert von 1991, und hielt sich bis 2008 knapp unter 70 %. Die 2008 sichtbar werdende Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte sich bereits in einer Stagnation der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, während die von den privaten Haushalten empfangenen Arbeitnehmerentgelte noch kräftig um 3,8 % anstiegen.

Den Brandenburgern sind im Jahr 2008 Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Höhe von 44 126 Mill. EUR zugeflossen.

Das Volkseinkommen war damit nominal etwa 2,3-mal so hoch wie 1991. In Brandenburg waren in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sehr starke Wachstumsraten zu verzeichnen. Das Volkseinkommen stieg bis 1995 um 65 % gegenüber 1991, durchschnittlich jährlich um 13,3 %. Die Arbeitnehmerentgelte sind in diesem Zeitraum insgesamt um die Hälfte gewachsen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben sich mehr als verdreifacht.

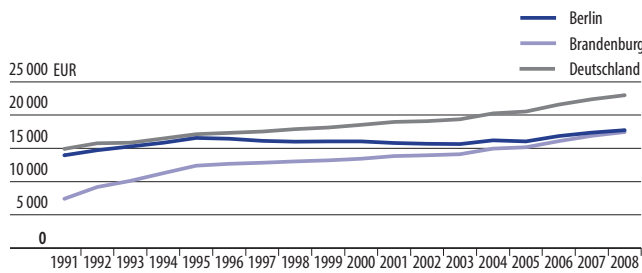
In den Jahren von 1995 bis 2003 betrugen die mittleren jährlichen Wachstumsraten des Brandenburger Volkseinkommens noch 1,8 %. Dass ab 2004 wieder jährliche Wachstumsraten von bis zu 5,9 % erreicht wurden, ist vor allem auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückzuführen. Die Arbeitnehmerentgelte verzeichneten vor allem in den letzten beiden Jahren des Betrachtungszeitraums kräftige Zuwachsraten, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 2008 auch in Brandenburg stagnierten bzw. bereits leicht zurückgingen.

Im gesamten Zeitraum bis 2008 haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Brandenburg gegenüber 1991 fast versiebenfacht. Die Arbeitnehmerentgelte sind nominal um 88,1 % gestiegen. Die Lohnquote ist ausgehend von recht hohen 91,3 % in fast allen Jahren gesunken und betrug 2008 noch 74,2 %.

Die Lohnquote der beiden Länder lag im betrachteten Zeitraum stets über der Deutschlands, die zuletzt 65,0 % ausmachte.

Das **Volkseinkommen je Einwohner** lag in Berlin und in Brandenburg im gesamten Zeitraum unter dem Bundeswert. War das Volkseinkommen je Ein-

Abb. 5 Volkseinkommen je Einwohner 1991 bis 2008



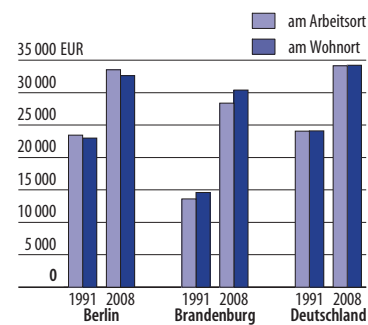
wohner im Jahr 1991 in Berlin um 6,5 % und in Brandenburg um die Hälfte geringer, erreichten beide 2008 reichlich drei Viertel des für alle Länder zusammen ermittelten Wertes. Brandenburg reduzierte den Abstand zum Berliner Wert von 46,7 auf 1,7 % (Abbildung 5).

Beim bisher betrachteten dargestellten **Arbeitnehmerentgelt** als Bestandteil des Volkseinkommens handelt es sich um das den privaten Haushalten einer Region zufließende Arbeitnehmereinkommen, also das Arbeitnehmerentgelt am Wohnort. Vom Arbeitnehmerentgelt, das in einem Bundesland gezahlt wird, unterscheidet es sich durch den von den Berufspendlern verursachten Einkommenssaldo gegenüber dem Ausland und anderen Bundesländern. In Berlin überstieg die Summe der Arbeitnehmerentgelte, die an die Einpendler gezahlt wurden, die Arbeitnehmereinkommen der Auspendler. Dieser negative Einkommenssaldo ist infolge des wachsenden Einpendlerüberschusses seit 1991 ständig angestiegen. Das bei den privaten Haushalten in Berlin verbleibende Arbeitnehmereinkommen war zu Beginn des Betrachtungszeitraums um 5,4 % und im Jahr 2008 um 10,5 % geringer als das am Arbeitsort Berlin gezahlte. In Brandenburg war die Zahl der Auspendler dagegen stets höher als die Zahl der Einpendler. Daher sind den privaten Haushalten im Land mehr Arbeitnehmerentgelte zugeflossen, als an die hier arbeitenden Arbeitnehmer gezahlt wurden. Die Summe der bei den Arbeitnehmern am Wohnort verbleibenden Arbeitnehmerentgelte war im Jahr 1991 um 12,7 % und 2008 um 25,2 % höher als die der am Arbeitsort Brandenburg gezahlten Arbeitnehmerentgelte. Im Vergleich dazu erscheint der Saldo der Arbeitnehmerentgelte in der gesamten Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg eher ausgeglichen. Seit 1995 überschritt die Zahl der auspendelnden die der einpendelnden Arbeitnehmer. Die Summe der von Einwohnern der Hauptstadtregion empfangenen überstieg die der an Arbeitnehmer in der Hauptstadtregion geleisteten Arbeitnehmerentgelte seit 1997, zuletzt um 2,2 %.

Durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen der Brandenburger nähern sich an die der Berliner an

Verstärkt wurden die von den Brandenburger Pendlern verursachten Einkommensströme dadurch, dass die Auspendler pro Kopf höhere Arbeitnehmerentgelte erzielten als die Arbeitnehmer im eigenen

Abb. 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 1991 und 2008



Land. Berliner Auspendler bezogen hingegen geringere **Arbeitnehmereinkommen je Arbeitnehmer** als die hier Beschäftigten. Daher ist in Berlin das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt am Arbeitsort höher als das am Wohnort. Die in Brandenburg wohnenden Arbeitnehmer verfügten dagegen über ein höheres Durchschnittsarbeitsentkommen, als die im Land beschäftigten.

Ein Vergleich der Arbeitnehmereinkommen je Arbeitnehmer am Arbeitsort mit denen am Wohnort zeigt, dass sich letztere in Berlin und Brandenburg stärker angenähert haben. Der Rückstand bei den so gemessenen Durchschnittsarbeitsentkommen der Arbeitnehmer, die ihren Wohnort in Brandenburg haben, zu denen von den Arbeitnehmern mit Wohnort Berlin ist innerhalb des Betrachtungszeitraums von 36,5 % auf 6,9 % geschrumpft.

Auch das Arbeitnehmerentgelt pro Kopf am Arbeitsort Brandenburg hat sich dem in Berlin ständig angenähert. Dennoch betrug die Lücke 2008 noch 15,4 % (Abbildung 6).

Bei der Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre spielte in Brandenburg und im Ostteil Berlins die Annäherung an das Verdienstniveau im Westteil Berlins und des früheren Bundesgebietes eine Rolle. Die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf am Wohnort erreichten von 1991 bis 1995 mittlere jährliche Steigerungsraten von 6,5 % in Berlin und von 14,2 % in Brandenburg (Deutschland 5,2 %). Bis 1998 entwickelte sich das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt der Berliner dynamischer als das aller Deutschen, danach waren die Wachstumsraten in den meisten Jahren geringer. Im Ergebnis wurden für die Jahre 1995 bis 1999 für die Berliner Arbeitnehmereinkommen pro Kopf ermittelt, die marginal über dem Länderdurchschnitt lagen. Ab 2000 fielen sie wieder unter dieses Niveau und unterschritten es schließlich im Jahr 2008 um 4,7 % – 1991 hatte dieser Rückstand bei 4,5 % gelegen. Bis 2008 sind die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte gegenüber 1998 nur noch um insgesamt 6,5 % gestiegen. Im jährlichen Mittel entspricht das einer Erhöhung um 0,6 %. Im gesamten Zeitraum nahmen die Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelte in Berlin um 41,8 % zu.

In Brandenburg waren die Einkommenszuwächse pro Kopf noch bis 2001 höher als im Bundesdurchschnitt. Danach entwickelten sie sich weitgehend parallel. Im Vergleich zu den in Berlin wohnenden Arbeitnehmern waren in allen Jahren höhere Stei-

Abb. 7 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer am Wohnort 1991 bis 2008

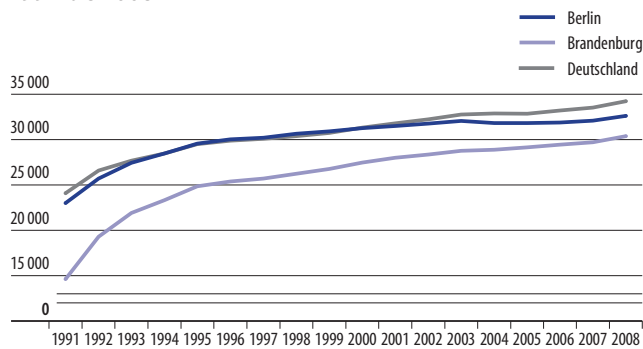
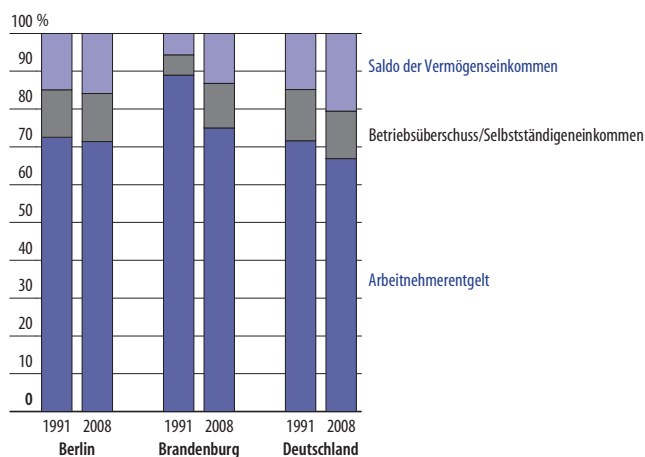


Abb. 8 Quellen des Primäreinkommens der privaten Haushalte in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 und 2008



gerungsraten der Durchschnittsentgelte zu verzeichnen. In den letzten zehn Jahren stiegen die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte der Brandenburger noch um 15,8 %, also um 1,5 % im jährlichen Mittel. Seit 1991 haben sie sich mehr als verdoppelt (Abbildung 7).

Verfügbares Einkommen je Einwohner in Brandenburg höher als in Berlin

Das Arbeitnehmerentgelt trägt wesentlich zum **Primäreinkommen der privaten Haushalte** bei. Weitere Bestandteile sind die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, der Mietwert der selbst genutzten Wohnungen sowie die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen. In Berlin entfielen 71,4 % und in Brandenburg 75,0 % des Primäreinkommens im Jahr 2008 auf das Arbeitnehmerentgelt (Abbildung 8). Sein Anteil ist damit in Berlin und in Brandenburg – wie auch in den anderen neuen Bundesländern – höher als im früheren Bundesgebiet. In Deutschland insgesamt beträgt der Anteil des Einkommens aus unselbstständiger Arbeit am Primäreinkommen der privaten Haushalte 66,9 %. Der Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Primäreinkommen hat sich im Betrachtungszeitraum in allen Bundesländern verringert. Wie in allen neuen Ländern sind in Brandenburg deutliche Veränderungen an der Struktur der Primäreinkommen zugunsten der Vermögenseinkommen sowie der Selbstständigen-

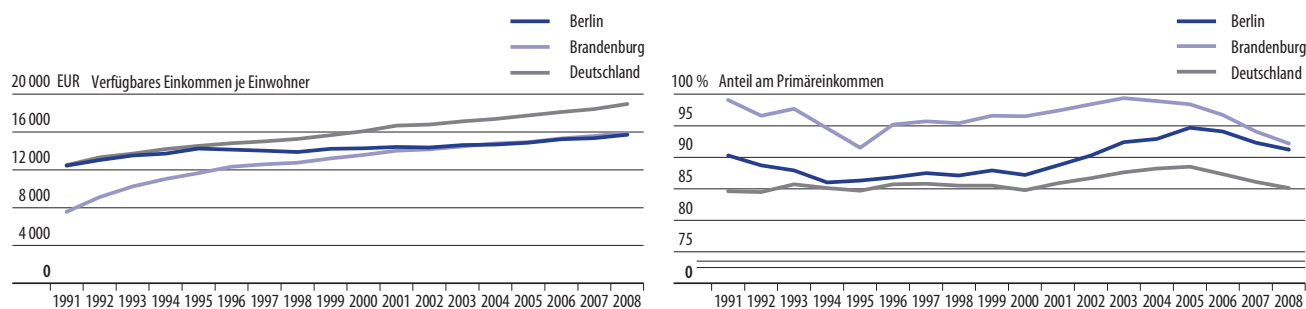
einkommen und des Betriebsüberschusses erkennbar. In Berlin blieb die Struktur dagegen relativ stabil. Unterschiede zwischen den beiden Bundesländern bestehen vor allem beim Anteil des Saldos aus empfangenen und geleisteten **Vermögenseinkommen**. Zu den empfangenen Vermögenseinkommen zählen vor allem die empfangenen Zinsen und Pachten, die Ausschüttungen aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und die Erträge aus Lebensversicherungen. Die davon abzuziehenden geleisteten Vermögenseinkommen umfassen im Wesentlichen die von den privaten Haushalten gezahlten Zinsen und Pachten. Die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen trugen 2008 in Berlin zu 15,9 % zum Primäreinkommen der privaten Haushalte bei. Gegenüber 1991 sind sie nominal um 32,5 % gestiegen. Der prozentuale Zuwachs war damit der geringste unter allen Bundesländern. Die saldierten Vermögenseinkommen beliefen sich 2008 auf 9,4 Mrd. EUR. Pro Einwohner entsprach das 2 741 EUR gegenüber 2 060 EUR im Jahr 1991.

In Brandenburg war der Saldo der Vermögenseinkommen 2008 nominal mehr als fünfmal (+421 %) so hoch wie 1991. Sein Anteil am Primäreinkommen der privaten Haushalte erreichte 13,2 %. Pro Einwohner wuchsen die saldierten Vermögenseinkommen von anfangs 432 EUR auf 2 282 EUR im Jahr 2008. In beiden Ländern wurden deutlich geringere Vermögenseinkommen je Einwohner erzielt als im Bundesdurchschnitt mit 4 578 EUR.

Die **gesamten Primäreinkommen der privaten Haushalte** erreichten in Berlin 59,1 Mrd. EUR, nominal 24,6 % mehr als zu Beginn des dargestellten Zeitraums. In Brandenburg wuchsen sie bis 2008 gegenüber dem Anfangsjahr um 123 % auf 43,6 Mrd. EUR. Mit 17 257 EUR je Einwohner lag das Pro-Kopf-Primäreinkommen der Brandenburger nur noch um 5 EUR unter dem der Berliner, ausgehend von 45 % Rückstand im Anfangsjahr.

Nach Abzug der im Rahmen der Umverteilung geleisteten Transfers (Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge) und Addition der empfangenen Sozialleistungen und sonstigen Transfers ergab sich 2008 insgesamt ein **Verfügbares Einkommen** der privaten Haushalte von 53,9 Mrd. EUR in Berlin und 40,2 Mrd. EUR in Brandenburg. Infolge dieser Umverteilung verblieben den Berlinern noch 91,2 % ihres ursprünglichen Primäreinkommens, den Brandenburgern 92,2 %. Bundesweit war dieses Verhältnis im gesamten Zeitraum geringer. Zuletzt lag es bei 85,1 %.

Das **Verfügbare Einkommen je Einwohner** in Brandenburg lag im Jahr 1991 mit durchschnittlich 7 568 Mrd. EUR bei knapp 61 % des Berliner Durchschnittswertes von 12 456 EUR (Abbildung 9). Nach anfänglich deutlichen Wachstumsraten in beiden Ländern, die wiederum mit Einkommensanpassungen im Ostteil Berlins und in Brandenburg begründet werden können, kam es in Berlin für drei Jahre zu Einkommensrückgängen. In Brandenburg entwickelte

Abb. 9 **Verfügbares Einkommen je Einwohner und sein Anteil am Primäreinkommen 1991 bis 2008**

sich das Verfügbare Einkommen weiterhin sehr dynamisch, sodass das Verfügbare Einkommen dort – trotz der geringeren Primäreinkommen – bereits seit 2004 höher war als in Berlin. Auch das Verfügbare Einkommen je Einwohner hat sich in Brandenburg seit 1991 nominal mehr als verdoppelt (+110,3 %). In Berlin stieg es bis 2008 um 26,3 % und damit immerhin stärker als das Pro-Kopf-Primäreinkommen (+24,6 %). Die Entwicklung des verfügbaren Einkommens in Berlin war jedoch insgesamt die schwächste unter allen

Bundesländern. Sie lag in fast allen Jahren, selbst in einigen mit guten Zuwächsen, unter der des gesamten Bundesgebietes, wo das Verfügbare Einkommen im betrachteten Gesamtzeitraum um 51,7 % zunahm. Das entsprach einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von 2,5 % gegenüber 1,4 % in Berlin und 4,5 % in Brandenburg. Im Jahr 2008 lag das Verfügbare Einkommen je Einwohner der Hauptstadt nur noch bei 80 % des Bundesniveaus, im Jahr 1991 hatte es mit 99,6 % fast gleichauf gelegen.

Autorin: Heike Zimmermann

Wohnsituation und Wohnkosten von SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin

Insgesamt lassen sich große Unterschiede der Wohnsituation und der Wohnkosten zwischen den SGB II-Bedarfsgemeinschaftstypen erkennen. Die Unterschiede der Wohnsituation mussten dafür weiter auf den Haushaltskontext und damit Faktoren wie Größe der Bedarfsgemeinschaft, Anzahl der Kinder und Größe der Haushaltsgemeinschaft zurückgeführt werden. Bei der Berechnung des Bedarfes konnte von der Haushaltsgemeinschaft abgesehen und nur die Bedarfsgemeinschaft betrachtet werden. Dabei zeigte sich, dass im Dezember 2009 die anerkannten Kosten in 32,1 % aller Fälle über den von Berlin festgelegten abstrakten Angemessenheitsrichtwerten lagen. Der relativ hohe Anteil tolerierter Überziehungen (19,2 %) lässt darauf schließen, dass bei der Anwendung der Gesetzgebung die individuelle Situation eine wichtige Rolle spielt. Durch die pseudonymisierten Einzeldaten der Bundesagentur für Arbeit, die dem Amt für Statistik vorliegen, sind klein-

räumige Darstellungen und Betrachtungen von SGB II-Personen und -Bedarfsgemeinschaften möglich, was besonders in Berlin auf Ebene der Bezirke bedeutsam und interessant ist, da diese Aufgaben einer Kommunalverwaltung wahrnehmen. In der räumlichen Verteilung der durchschnittlichen Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Bezirken. Diese könnten auf den differenzierten Mietspiegel in Berlin zurückzuführen sein, ebenso wie auf die räumliche Verteilung der Bedarfsgemeinschaftstypen. Kein Schluss allerdings kann über das Wirtschaften der einzelnen Bezirke in Hinblick auf die Kosten der Unterkunft und Heizung für SGB II-Bedarfsgemeinschaften geschlossen werden, denn dafür ist die räumliche Verteilung der „überschreitenden“ Bedarfsgemeinschaften zu heterogen.

Vorbemerkung

Dargestellt werden sollen die Wohnsituation und die anfallenden Wohnkosten von Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende) in Berlin. Ein besonderes Augenmerk wird auf die unterschiedlichen Bedarfsgemeinschaftstypen gerichtet, wie zum Beispiel der Single- oder der Alleinziehenden-Bedarfsgemeinschaft.

Neben den Regelleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) werden die Kosten der Unterkunft und Heizung nach einer Bedarfsprüfung übernommen. Diese Kosten müssen aus dem Landeshaushalt aufgebracht werden und ihnen kommt daher eine besondere kommunale Bedeutung zu. Im Zuge der Bedarfsprüfung wird die Angemessenheit der Unterkunftskosten geprüft. Neben der Wohnsituation und den Wohnkosten wird vor allem auch der Aspekt der Angemessenheit und seine kommunalen Umsetzung in die Betrachtung einbezogen.

Daten

Grundlage dieser Betrachtungen sind die Mikrodaten der Bundesagentur für Arbeit (PEDS – Pseudonymisierte Einzeldaten), die den Statistischen Ämtern jährlich mit Stand Dezember zur Verfügung gestellt werden. Bei den Mikrodaten handelt es sich um einen Statistikabzug der im laufenden Geschäft anfallenden Verwaltungsdaten aus dem Fachverfahren A2LL. Die Daten lassen auch eine Darstellung der kleinräumlichen Verteilung von SGB II-Bedarfsgemeinschaften unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte zu.

Die SGB II-Leistung setzt sich aus der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes, dem Arbeitslosengeld II bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und dem Sozialgeld bei nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sowie den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) zusammen. Zusätzliche Leistungen bei Vorliegen eines Mehrbedarfes sind möglich.

Bei der SGB II-Bedarfsbemessung werden nur Personen einbezogen, die jünger als 65 Jahre sind. Eine Bedarfsgemeinschaft (BG) umfasst neben dem erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, seinen/ihren Ehe- oder Lebenspartner/in (auch nicht eingetragene Lebenspartnerschaften), sowie im Haushalt lebende Kinder bis zum Alter von 25 Jahren. Also diejenigen Menschen, die zusammenleben und denen dabei der Wille unterstellt werden kann, wechselseitig Verantwortung füreinander zu übernehmen (Einstandspflichten).

Die Bedarfsgemeinschaft ist eine rechtliche Konstruktion. Besonderheiten ergeben sich aus der Unterscheidung von Bedarfsgemeinschaften, Haushaltsgemeinschaften und Wohngemeinschaften. Diese Differenzierung der rechtlichen und der sozialen Form des Zusammenlebens ist wesentlich für die Berechnung des Bedarfes für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Außerdem spielt der Haushaltskontext eine wichtige Rolle für die Betrachtung der Wohnsituation. In Berlin wird in den Richtlinien zur Feststellung der Angemessenheit der Wohnung die Haushaltsgemeinschaft zugrunde gelegt.

Zu einer Haushaltsgemeinschaft zählen weitere Personen, die aufgrund eines Ausschlussgrundes (Studenten, Rentner) nicht zur Bedarfsgemeinschaft gezählt werden können.

Eine weitere Kategorie ist die Wohngemeinschaft: Von einer solchen wird dann gesprochen, wenn neben der Bedarfsgemeinschaft weitere Personen in dem Haushalt leben, die bei der Berechnung des Bedarfes nicht berücksichtigt werden (z. B. Untermieter).

Diese begriffliche Unterscheidung spiegelt die Vorgehensweise bei der Bedarfsbestimmung wider.

In den hier verwendeten SGB II-Daten sind nur Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaften erfasst, da die Wohngemeinschaft – wie bereits erwähnt – für die Berechnung des Bedarfs keine Rolle spielt und bereits vor Eingabe in das operative Verfahren A2LL auf die Bedarfsgemeinschaft umgerechnet wird. Es können hier also Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaften betrachtet werden, nicht aber Wohngemeinschaften. Die Haushaltsgemeinschaften sind zu berücksichtigen, wenn es um die Angaben der Wohnung geht. Bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft bleiben sie allerdings unberücksichtigt, da die „anerkannten Unterkunftskosten“ die umgelegten Kosten auf die Bedarfsgemeinschaft sind.

Statistisches Profil der Bedarfsgemeinschaften

In Berlin bestehen Bedarfsgemeinschaften – statistisch gesehen – im Dezember 2009 durchschnittlich aus 1,8 Personen, wie bereits in den Vorjahren ab 2006. Die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften kann typisiert werden, der Typ der Bedarfsgemeinschaft und die Wohnsituation sowie die Wohnkosten stehen am Ausgangspunkt dieser Betrachtung.

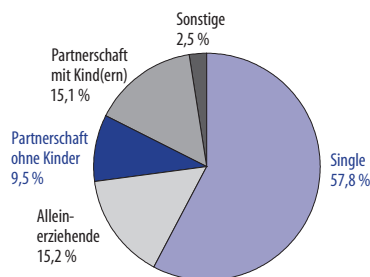
Es werden folgende Bedarfsgemeinschaftstypen unterschieden:

- Single-Bedarfsgemeinschaft,
- Alleinerziehende Bedarfsgemeinschaft,
- Partner-Bedarfsgemeinschaft ohne Kind,
- Partner-Bedarfsgemeinschaft mit Kind(ern) und
- Sonstige Bedarfsgemeinschaft.

Zur Bezeichnung und zur Zuordnung bei der Bedarfsgemeinschaftstypisierung ist zu sagen, dass hier nur minderjährige unverheiratete Kinder (MUK) als Kind gezählt werden, volljährige unverheiratete Kinder fallen nicht darunter. So kann beispielsweise ein Elternteil mit einem volljährigen Kind unter 25 Jahren zusammenleben, wird aber dennoch nicht zu dem Typus der Alleinerziehenden gerechnet.

Es leben insgesamt 190 000 Single-Bedarfsgemeinschaften in Berlin (Tabelle 1). Sie machen mit 57,8 % deutlich über die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften aus. Es gibt 50 000 Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender, das sind 15,2 % aller Bedarfsgemeinschaften. Insgesamt leben 129 000 Personen in alleinerziehenden Be-

Abb. 1 SGB II-Bedarfsgemeinschaftstypen in Berlin im Dezember 2009



Gesamt: 328 972 SGB II-Bedarfsgemeinschaften

darfsgemeinschaften. Paare ohne Kind(ern) machen mit 31 000 Bedarfsgemeinschaften etwa 9,5 % aller Berliner Bedarfsgemeinschaften aus. Es leben 60 000 Personen in partnerschaftlichen Bedarfsgemeinschaften ohne Kind(ern). Die Angabe „ohne Kind“ bezieht sich auch hier nur auf minderjährige unverheiratete Kinder und so können durchaus Kinder zwischen 18 und 25 Mitglied dieser Bedarfsgemeinschaft sein. Logisch gesehen müssen Partner-Bedarfsgemeinschaften aus mindestens zwei Personen bestehen. In den Daten ist allerdings die durchschnittliche Personenanzahl bei diesem Typus kleiner als zwei.

Paare mit Kind(ern) stellen mit 50 000 Bedarfsgemeinschaften (ähnlich wie die Alleinerziehenden) 15,0 % der Bedarfsgemeinschaften in Berlin dar. Es leben 198 000 Personen in Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kind. Sonstige Bedarfsgemeinschaften machen mit 8 000 Bedarfsgemeinschaften 2,5 % der Bedarfsgemeinschaften in Berlin aus. Es leben 16 000 Personen in sonstigen Bedarfsgemeinschaften. In dieser Restkategorie finden sich die Bedarfsgemeinschaften, die durch die Typisierung nicht erfasst werden konnten. Hauptsächlich handelt es sich bei diesen um Alleinerziehende, die mit mindestens einem volljährigen unverheirateten Kind unter 25 Jahren zusammenleben und eine Bedarfsgemeinschaft bilden, aber es werden dort auch alle anderen Konstellationen, die nicht den anderen Typen zugeordnet werden können, abgedeckt.

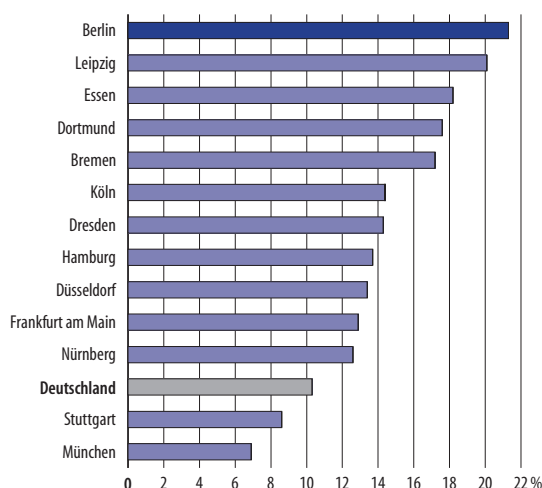
Insgesamt leben in Berlin 593 000 Personen, davon 171 000 minderjährige unverheiratete Kinder (MUK), in 329 000 Bedarfsgemeinschaften.

Berlin hat mit 21,3 % im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten eine sehr hohe SGB II-Quote (Tabelle 2). Deutschlandweit beträgt die SGB II-Quote 10,3 % (Abbildung 2).

Tab. 1 Typen der SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin im Dezember 2009

Bedarfsgemeinschaftstyp	Ins- gesamt	Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften in %	Personen ins- gesamt	Minder- jährige unverheiratete Kinder	Durch- schnittliche Anzahl der Personen
Single-Gemeinschaft.....	190 192	57,8	190 192	–	1,0
Alleinerziehende-Gemeinschaft	50 041	15,2	129 230	75 770	2,6
Partner-Gemeinschaft ohne Kind	31 096	9,5	60 001	–	1,9
Partner-Gemeinschaft mit Kind(ern)	49 531	15,1	197 576	95 542	4,0
sonstige Bedarfsgemeinschaft	8 112	2,5	16 085	63	2,0
Insgesamt	328 972	100	593 084	171 375	1,8

Abb. 2 SGB II-Quote in ausgewählten deutschen Großstädten im Dezember 2009



Tab. 2 SGB II-Quote in ausgewählten deutschen Großstädten im Dezember 2009

Stadt	SGB II-Quote
Berlin	21,3
Leipzig	20,1
Essen	18,2
Dortmund	17,6
Bremen	17,2
Köln	14,4
Dresden	14,3
Hamburg	13,7
Düsseldorf	13,4
Frankfurt am Main	12,9
Nürnberg	12,6
Stuttgart	8,6
München	6,9
Deutschland	10,3

Quelle: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II; SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche, Dezember 2009, Bundesagentur für Arbeit.

Tab. 3 Bedarfsgemeinschaften mit laufendem Bedarf für Kosten der Unterkunft und Heizung nach Unterkunftsart in Berlin im Dezember 2009

Unter- kunfts- art	Ins- gesamt	Bedarfsgemeinschaften				
		Single	Allein- erzie- hend	Partner		sonsti- ge
				ohne Kind	mit Kind(ern)	
	%					
Miete	98,3	97,8	99,4	97,7	99,0	98,9
Eigenheim...	1,0	0,9	0,5	2,1	1,0	1,1
Tagessatz.....	0,8	1,3	0,1	0,2	0,0	0,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Tab. 4 Durchschnittliche Wohnungsgröße nach Bedarfsgemeinschaftstyp in Berlin im Dezember 2009

Bedarfsgemeinschaftstyp	Wohnungsgröße		Zimmer je Person
	m ²	Zimmer	
Single-Gemeinschaft	51,6	1,8	1,6
Alleinerziehende-Gemeinschaft	73,4	2,8	1,1
Partner-Gemeinschaft ohne Kind	68,9	2,5	1,4
Partner-Gemeinschaft mit Kind(ern)	82,9	3,1	0,8
sonstige Bedarfsgemeinschaft	79,5	2,7	1,3
Insgesamt	62,5	2,2	1,4

Um den Haushaltskontext zu beschreiben, ist es erforderlich, die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften genauer zu betrachten. 48,3 % aller Personen in Bedarfsgemeinschaften sind unter 30 Jahre alt, nur 16,2 % sind über 50 Jahre. In alleinerziehenden und partnerschaftlichen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ist der Anteil der unter 30-Jährigen durch die Kinder höher als in den anderen Typen der Bedarfsgemeinschaft (Abbildung 3).

Wohnsituation

Der größte Teil der Berliner Bedarfsgemeinschaften lebt zur Miete (98,0 %). Nur etwa 1,0 % der Bedarfsgemeinschaften leben in einem Eigenheim und knapp 0,8 % zahlen Tagessätze, was auf die Unterkunft in Wohnheimen oder Obdachlosenunterkünften hindeutet. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die in einem Eigenheim leben, ist mit 1,0 % im Vergleich mit dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 6,1 %¹ gering. Single-Bedarfsgemeinschaften sind mit 1,3 % in der Unterkunftsart auf Tagessatzbasis am höchsten vertreten.

Auch die Verteilung auf Eigentum zeigt zwischen den Typen der Bedarfsgemeinschaften feine Unterschiede: So stellen Paare ohne Kind den am höchsten vertretenen BG-Typus an Eigenheimen mit 2,1 % dar, während hingegen Single-Bedarfsgemeinschaften oder Paare mit Kindern zu 0,9 und 1,0 % in einem Eigenheim wohnen. Wohneigentum ist aber nur eine Randerscheinung und weist auf die soziale Durchmischung der SGB II-Bezieher hin (Tabelle 3).

Die Größe des Wohnraumes ist über das Sozialgesetzbuch II nicht explizit geregelt, so heißt es im Gesetzestext: „Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind“ (SGB II § 22). Der Preis einer Wohnung ist stark markt- und damit ortsabhängig. Die Wohnungsgröße hängt vom Haushaltskontext ab.

Die spezifischen Festlegungen der Angemessenheitsrichtlinien in Berlin werden auf der Webseite der zuständigen Senatsverwaltung öffentlich zugänglich gemacht. Dabei wird die Angemessenheit der Unterkunft nicht mittels ihrer Größe, sondern anhand der Brutto-Warmmiete festgelegt, um dadurch die tatsächlichen Aufwendungen zu erfassen. In anderen Kommunen ist es allerdings auch durchaus üblich, die Angemessenheit über die Wohnungsgröße zu bestimmen.

¹ Bundesagentur für Arbeit: Bericht der Statistik BA, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Wohnsituation und Wohnkosten; Oktober 2006, Tabelle 1.

Bei der Angabe der Zimmer handelt es sich um die Wohnräume ohne Küche und Bad. Die Berechnung der Zimmer pro Person erfolgt auf Grundlage der Haushaltsgemeinschaft. Danach beträgt der durchschnittliche Wohnraum einer Bedarfsgemeinschaft 62,5 m².

Eine Single-Bedarfsgemeinschaft bewohnt im Durchschnitt 52 m² Wohnfläche oder 1,8 Zimmer, während die Wohnungsgröße mit Partner oder Kindern zunimmt. Alleinerziehende bewohnen durchschnittlich 73 m² oder 2,8 Zimmer, Paare ohne Kinder 67 m² oder 2,5 Zimmer und Paare mit Kindern 83 m² oder 3,1 Zimmer.

Die durchschnittliche Anzahl der Zimmer je Person in einer Haushaltsgemeinschaft nimmt mit zunehmender Größe der Haushaltsgemeinschaft ab. Besonders Bedarfsgemeinschaften mit Kindern bewohnen durchschnittlich weniger Zimmer je Person in einer Haushaltsgemeinschaft (Tabelle 4).

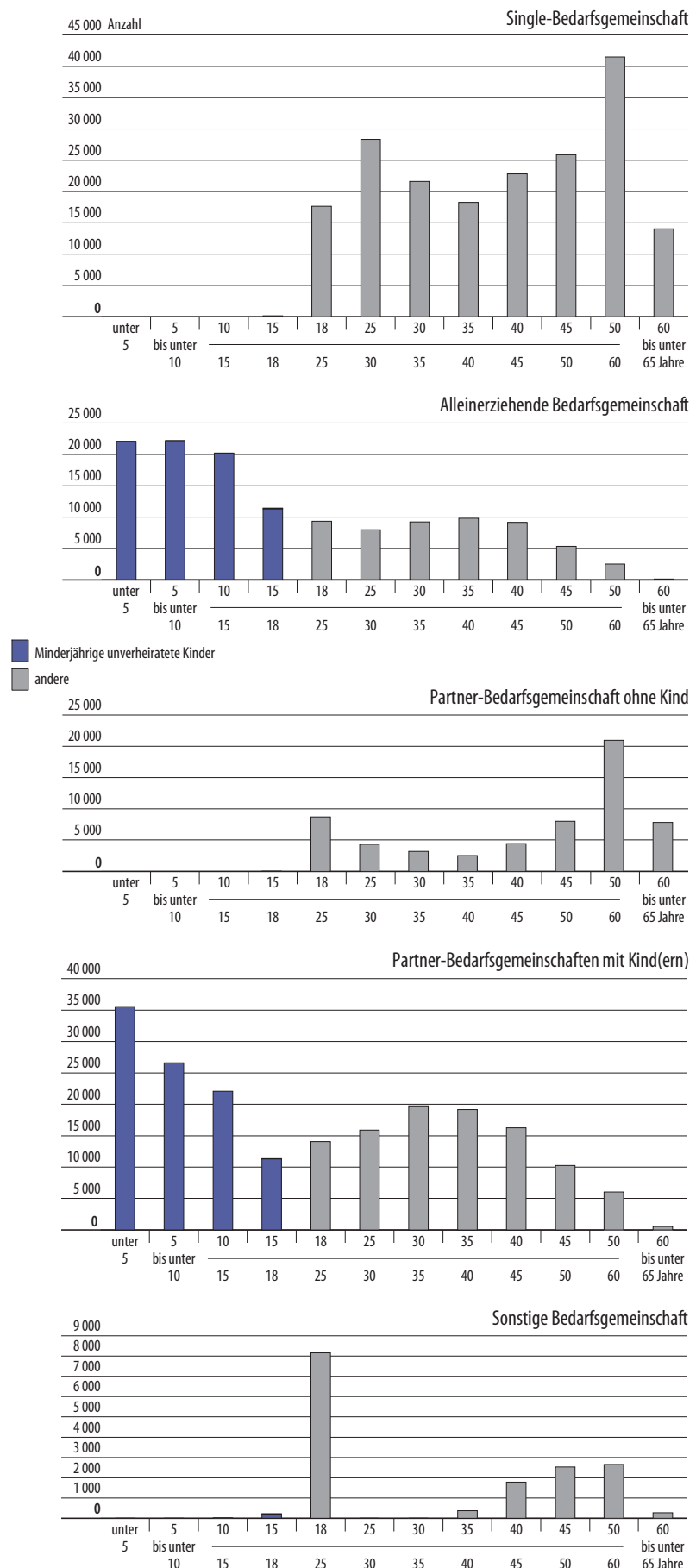
Die Verteilung der Wohnungsgröße in m² und der Anzahl der Zimmer auf die Bedarfsgemeinschaftstypen lässt sich aus Tabelle 5 entnehmen. Demnach leben Single-Bedarfsgemeinschaften zu 87,6 % in 1- oder 2-Zimmer-Wohnungen, während die Anzahl der Zimmer mit Partner oder Kind zunimmt, genauso, wie die Wohnungsgröße in m².

In der Tabelle sind zwar nur die Bedarfsgemeinschaftstypen beschrieben, jedoch beziehen sich die Angaben der Wohnung nicht nur auf diese. Große Haushalts- und Wohngemeinschaften können damit beispielsweise die relativ hohe Zahl der Single-Bedarfsgemeinschaften, die in 3 oder 4 und mehr Zimmer-Wohnungen leben, erklären.

Wohnkosten

Die Aufwendungen für Kosten der Unterkunft und Heizung können in drei Kostenanteile aufgegliedert werden: Unterkunftskosten (Grundmiete), Nebenkosten (Betriebskosten) und Heizkosten (abzüglich der Kosten für Haushaltsenergie).

Abb. 3 Altersstrukturen der SGB II-Bedarfsgemeinschaftstypen in Berlin im Dezember 2009



In Berlin haben 96,4 % der Bedarfsgemeinschaften Kosten für Unterkunft, Heizung und Nebenkosten geltend gemacht. Tabelle 6 zeigt, inwieweit diese Kosten anerkannt wurden.

Demnach wurden für 80,3 % der Bedarfsgemeinschaften die Unterkunftskosten zu 100 % anerkannt. Bei den Nebenkosten sind dies sogar 97,9 %. Die Heizkosten hingegen wurden nur für 39,4 % der Bedarfsgemeinschaften zu 100 % anerkannt, was daran liegen könnte, dass dort auch Kosten geltend gemacht werden, die bereits über die Regelleistung nach § 20 SGB II (Kosten der Haushaltsenergie) abgedeckt werden (Tabelle 7).

Durchschnittlich betragen die tatsächlichen Unterkunftskosten 427,70 EUR. In einer Single-Bedarfsgemeinschaft sind diese mit 342,62 EUR am niedrigsten, während sie in Partnerschaften mit Kind(ern) bei 611,35 EUR liegen. Die anerkannten Unterkunftskosten betragen durchschnittlich 410,26 EUR und schwanken in einem ähnlichen Ausmaß zwischen den Bedarfsgemeinschaftstypen.

Die anerkannten Kosten der Unterkunft entsprechen dann nicht der tatsächlichen Leistung, wenn die eigenen Mittel der Bedarfsgemeinschaft so hoch sind, dass zuerst diese verwendet werden, bevor die finanziellen Hilfen aus der Grundsicherung geleistet werden. Außerdem spielt für die Frage, ob die Kosten übernommen werden, die „Angemessenheit“ eine Rolle.

Richtwerte für die Kosten der Unterkunft und Bedarfsberechnung

Die Regelung der Kosten der Unterkunft ist Bestandteil der Grundsicherung nach SGB II und Aufgabe der Kommunen oder des Senats, denen selbst die Fest-

legung der Richtlinien der „Angemessenheit“ obliegt. In Berlin ist diese Ausgestaltung der Richtlinien, im Gegensatz zu einigen anderen Kommunen, öffentlich zugänglich.

In Tabelle 8 sind die abstrakten Richtwerte der monatlichen Bruttowarmmiete nach Haushaltsgröße in Berlin dargestellt. Mit jeder weiteren Person im Haushalt steigt die angemessene monatliche Bruttowarmmiete um 50 EUR.

Wie werden diese abstrakten Richtwerte bestimmt? Die Angemessenheitsfrage anhand der Brutto-Warmmiete zu bestimmen, lässt darauf schließen, dass sich die Richtwerte an den durchschnittlichen örtlichen Mietspiegel richten. In Berlin, wie auch in einigen anderen Kommunen, wird bei der Bestimmung der „Angemessenheit“ die Haushaltsgemeinschaft zugrunde gelegt. Der Bedarf KdU für die Bedarfsgemeinschaft lässt sich wie folgt berechnen:

$$\text{Bedarf der Kosten für Unterkunft und Heizung} = \frac{\text{Brutto-Warmmiete oder Richtwert}^1}{\text{Anzahl der Haushaltsmitglieder}} \times \text{Personen der Bedarfsgemeinschaft}$$

1 Wenn die Brutto-Warmmiete über dem Richtwert für die Haushaltsgemeinschaft liegt, so wird der Richtwert anstelle tatsächlicher Kosten gestellt.

Schon während der Berechnung des Bedarfes kommen die Richtwerte für die Haushalte zum Tragen und finden ihre Anwendung. Nur unterhalb der Mietobergrenze liegende Kosten werden übernommen. Übersteigt die Brutto-Warmmiete den Richtwert der kommunalen Richtlinie, so wird, nach einer 6-monatigen Übergangsfrist, nur der entsprechend angemessene Betrag übernommen. In Einzelfällen wird eine Überziehung von 10,0 % toleriert und somit können der Bedarf und damit letztendlich auch die Leistung durchaus über dem Richtwert liegen.

Tab. 5 Wohnungsgröße¹ nach Bedarfsgemeinschaftstyp in Berlin im Dezember 2009

Wohnungsgröße	Bedarfsgemeinschaftstyp					
	Ins-gesamt	Single	Allein-erziehend	Partner ohne Kind	Partner mit Kind(ern)	sonstige
	%					
von ... bis unter ... m²						
keine Angabe	8,7	12,1	4,9	4,2	3,1	4,2
unter 20	0,3	0,5	–	–	–	–
20 bis unter 40	14,5	24,2	0,9	2,8	0,3	0,8
40 bis unter 60	32,4	14,8	47,4	45,9	41,9	51,6
60 bis unter 80	27,7	14,8	47,4	45,9	41,9	51,6
80 bis unter 100	12,2	3,9	18,8	14,6	35,4	15,4
100 und mehr	4,2	1,9	5,5	4,6	11,7	4,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Zimmer						
keine Angabe	8,5	11,5	5,2	4,6	3,8	4,5
1	22,0	36,6	1,8	4,7	0,8	1,4
2	38,0	41,0	37,5	47,9	20,2	42,6
3	22,1	8,6	39,6	33,0	46,6	40,1
4 und mehr	9,3	2,4	16,0	9,9	28,6	11,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

1 Die berechneten Zahlen der Wohnungsgröße in m² weichen von Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit ab.

Tab. 6 Anteil der anerkannten an den tatsächlichen Kosten in Berlin im Dezember 2009

Anteil der anerkannten an den tatsächlichen Kosten	Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften mit		
	Unterkunfts-	Heiz-	Neben-
	-kosten		
unter 50 %	1,4	2,4	0,4
50 % bis unter 100 %	18,3	58,2	1,7
100 %	80,3	39,4	97,9
Insgesamt	100	100	100

Tab. 7 Durchschnittliche tatsächliche und anerkannte Unterkunftskosten nach Bedarfsgemeinschaftstyp in Berlin im Dezember 2009

Bedarfsgemeinschaftstyp	Unterkunftskosten in EUR		
	tatsächliche	anerkannte	%
Single-Gemeinschaft	342,62	328,78	96,0
Alleinerziehende-Gemeinschaft	519,96	499,33	96,0
Partner-Gemeinschaft ohne Kind	487,63	467,75	95,9
Partner-Gemeinschaft mit Kind(ern)	611,35	585,58	95,9
sonstige Bedarfsgemeinschaft	502,1	480,19	95,6
Insgesamt	427,7	410,26	95,9

Die Überschreitung des abstrakten Richtwertes führt nicht automatisch zu „überhöhten Mietkosten“. Im Prozess der Leistungsprüfung und -bewilligung wird über die individuelle Angemessenheit entschieden. Bei einer positiven Entscheidung wird auf Kostensenkungsmaßnahmen verzichtet. Individuelle Gründe für eine gerechtfertigte Überschreitung des Richtwertes sind beispielsweise anerkannter Härtefall, anerkannter Ausschlussstatbestand, Verzicht auf Umzug wegen Wirtschaftlichkeitstatbestand, Einmalzahlung nach Betriebskostenabrechnung, konkrete Angemessenheit bei nachgewiesener erfolgloser Wohnungssuche, Öllieferung bei selbst genutztem Wohneigentum. Weitere Gründe sind: Alleinerziehende oder schwangere Personen, Personen mit einer Wohndauer von mindestens 15 Jahren, bei wesentlichen sozialen Bezügen (darunter fallen Schulwege, Kitas und andere Betreuungseinrichtungen), Personen über 60 Jahren, sowie andere Personen, die in absehbarer Zeit kostendeckende Einkünfte haben.

Die konkrete fallbezogene Praxis kann hier nicht betrachtet werden, sondern lediglich eine modellhafte Form.

Frage der Angemessenheit

Wie die Angemessenheit geprüft werden könnte, soll hier modellhaft erläutert werden. Dazu wurden die anerkannten Unterkunftskosten pro Bedarfsgemeinschaft mit den Richtwerten der Haushaltsgröße verglichen. Sind die anerkannten Unterkunftskosten höher als der Richtwert, so wird von einer Überschreitung ausgegangen.

Die anerkannten Kosten der Unterkunft sind die umgelegten Kosten auf die Bedarfsgemeinschaft

und daher für einen Vergleich mit den Richtwerten besser geeignet als die tatsächlichen Unterkunftskosten. Aufgrund der Datenlage können Toleranzfälle nicht eindeutig identifiziert und damit berücksichtigt werden (Tabelle 9).

In 105 574 Bedarfsgemeinschaften liegen die anerkannten Kosten der Unterkunft über den abstrakten Angemessenheitsrichtwerten, das sind 32,1 % aller Bedarfsgemeinschaften. Die durchschnittliche Höhe der Überschreitung liegt bei 102,93 EUR. 44,3 % der gesamten überschrittenen Kosten werden von Single-Bedarfsgemeinschaften verursacht. Die gesamten anerkannten Überschreitungskosten belaufen sich auf 10 866 715,61 EUR. Diese Summe ist allerdings nicht mit den tatsächlichen Leistungen gleichzusetzen, da teilweise zunächst eigene Mittel der Bedarfsgemeinschaften verwendet werden, wenn nicht von Toleranzfällen ausgegangen wird. Außerdem kann sich eine Übergangsphase durch den Eintritt in die Hilfebedürftigkeit ergeben und dadurch eventuell auch eine Überschreitung der Angemessenheitsgrenze. Dieser Übergangsphase wird in der Regel ein halbes Jahr eingeräumt, um entweder die Hilfebedürftigkeit zu überwinden oder sich eine „angemessene“ Wohnung zu suchen.

Die 3. Umschlagseite zeigt den Anteil der Bedarfsgemeinschaften, deren anerkannte Kosten über den Angemessenheitswerten liegen, an allen Bedarfsgemeinschaften in den Planungsräumen Berlins. Dabei wird keine Rücksicht auf die Höhe der Überschreitung genommen.

Die kleinräumige Betrachtung zeigt nur leichte Unterschiede: Innerhalb der Bezirke sieht man, legt man die Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) zugrunde, dass sich der hohe Anteil „überschreitender“ Bedarfsgemeinschaften (>50,0 %) auf wenige Areale verteilt. In 14 lebensweltlich orientierten Räumen ist die Quote der „überschreitenden“ Bedarfsgemeinschaften 50 % und mehr, darunter fast die Hälfte im Bezirk Mitte. Erkennbar ist ein leicht höherer Anteil „überschreitender“ Bedarfsgemeinschaften in den westlichen Teilen Berlins.

Wenn die „überschreitenden“ Bedarfsgemeinschaften keine Toleranz- oder Übergangsfälle sind, dann ist die Frage zu stellen, wie stark die Überziehung die Bedarfsgemeinschaften finanziell belastet. Außerdem stellt sich aufgrund des hohen Anteils der Bedarfsgemeinschaften (32,1 %), die anerkannte Kosten über der Angemessenheitsrichtlinie haben, die Frage, ob diese den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.

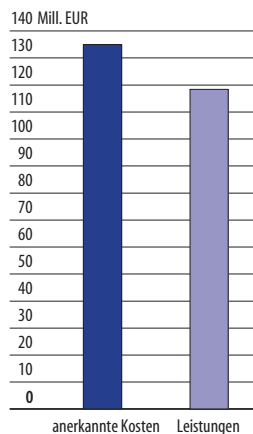
Tab. 8 **Abstrakte Richtwerte für angemessene Brutto-Warmmiete in Berlin seit Februar 2009**

Haushaltsgröße	Monatliche Brutto-Warmmiete in EUR	
Haushalt mit		
1 Person	378,00	Quelle: http://www.berlin.de/sen/soziales/berliner-sozialrecht/land/av/av_wohnen.html
2 Personen	444,00	
3 Personen	542,00	
4 Personen	619,00	
5 Personen	705,00	

Tab. 9 **Anerkannte Kosten der Unterkunft über den abstrakten Angemessenheitsrichtwerten in Berlin im Dezember 2009**

Bedarfsgemeinschaftstyp	Bedarfsgemeinschaften	Kostenüberschreitung		
		durchschnittlich	insgesamt	% von insgesamt
	Anzahl	EUR		
Single- Gemeinschaft	48 124	99,99	4 811 794,09	44,3
Alleinerziehende- Gemeinschaft	21 338	97,5	2 080 552,56	19,1
Partner-Gemeinschaft ohne Kind	15 984	114,24	1 825 958,84	16,8
Partner-Gemeinschaft mit Kind(ern)	15 728	105,06	1 652 420,22	15,2
sonstige Bedarfsgemeinschaft	4 400	112,72	495 989,90	4,6
Insgesamt	105 574	102,93	10 866 715,61	100

Abb. 5 **Anerkannten Kosten und Leistungen der Kosten der Unterkunft der SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin im Dezember 2009**



Tab. 10 **Laufende Leistungen für die Kosten der Unterkunft in Berlin im Dezember 2009¹**

Bedarfsgemeinschaftstyp	Bedarfs-gemein-schaften	Leistung für Kosten der Unterkunft		
		durch-schnittlich	insgesamt	% von ins-gesamt
	Anzahl	EUR		
Single-Gemeinschaft	190 192	299,24	56 913 820,93	48,1
Alleinerziehende-Gemeinschaft	50 041	406,37	20 335 060,26	17,2
Partner-Gemeinschaft ohne Kind	31 096	368,77	11 467 336,61	9,7
Partner-Gemeinschaft mit Kind(ern)	49 531	538,63	26 079 026,06	22,5
sonstige Bedarfsgemeinschaft	8 112	371,29	3 011 910,54	2,5
Insgesamt	328 972	359,93	118 407 154,40	100

¹ Die berechnete Gesamtsumme für die Leistung der Kosten der Unterkunft in Berlin weichen von den Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit ab (BA: 118 467 689,83 EUR)

Tab. 11 **Laufende Leistungen für die Kosten der Unterkunft über den Angemessenheitswerten in Berlin im Dezember 2009**

Bedarfsgemeinschaftstyp	Bedarfs-gemein-schaft	Kostenüberziehung		% von ins-gesamt
		durch-schnittlich	anerkannt	
	Anzahl	EUR		
Single-Gemeinschaft	33 918	90,95	3 084 712,63	43,9
Alleinerziehende-Gemeinschaft	10 006	135,96	1 360 431,58	19,4
Partner-Gemeinschaft ohne Kind	7 049	112,98	796 366,98	11,3
Partner-Gemeinschaft mit Kind(ern)	10 153	153,35	1 556 946,55	22,2
sonstige Bedarfsgemeinschaft	1 920	117,95	226 461,62	3,2
Insgesamt	63 046	111,43	7 024 919,36	100

Tatsächliche Leistungen für die Kosten der Unterkunft

Im Schnitt werden 87,3 % der gesamten anerkannten Kosten der Bedarfsgemeinschaften von dem kommunalen Träger übernommen. Die laufenden Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung belaufen sich in Berlin im Dezember 2009 auf 118 407 000 EUR (Abbildung 5).

Die tatsächlichen Leistungen variieren zwischen den Bedarfsgemeinschaftstypen ähnlich stark, wie die anerkannten und tatsächlichen Kosten, und haben einen Mittelwerte von 360 EUR. Single-Bedarfsgemeinschaften erhalten durchschnittlich 299 EUR, wohingegen Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kind(ern) durchschnittlich 538 EUR für die Kosten der Unterkunft erhalten (Tabelle 10).

19,2 % der Bedarfsgemeinschaften erhalten Leistungen für Kosten der Unterkunft über der Angemessenheitsrichtlinie. Die durchschnittliche Überziehung beträgt 111,43 EUR. Die durchschnittlichen Leistungen der KdU über den Richtlinien liegen bei Single-Bedarfsgemeinschaften bei 91 EUR, während sie in partnerschaftlichen Bedarfsgemeinschaften mit Kind mit 153 EUR am höchsten liegen.

Auf der 4. Umschlagseite sind die durchschnittlichen Leistungen nach den Bezirksregionen (138 Gebiete) zu sehen.

In der kleinräumigen Betrachtung der durchschnittlichen Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen dem Ost- und Westteil Berlins. Die durchschnittliche Leistung für KdU reicht von 258 EUR in Schmöckwitz/Karolinenhof/Rauchfangswerder in Treptow-Köpenick bis hin zu 452 EUR im Märkischen Viertel in Reinickendorf.

Insgesamt werden 7 025 000 EUR über der Angemessenheitsgrenze ausgezahlt. Das bedeutet, dass von 59,7 % der 106 000 Bedarfsgemeinschaften, deren anerkannte Kosten der Unterkunft über der Angemessenheitsrichtlinie liegen, diese Überziehung toleriert und damit übernommen wird (Tabelle 11).

Es bleibt offen, wie mit den Überziehungen der Angemessenheitsgrenze umgegangen wird, außerdem kann – wie bereits erwähnt – von einigen Toleranz- und Übergangsphasen ausgegangen werden. Tendenziell kann eine Betrachtung der Überschreitung der Angemessenheitsgrenzen interessant sein – für den Einzelfall allerdings ist dies differenzierter zu betrachten.

Franziska Ludewig ist Soziologie-Studentin der Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaft; sie absolvierte ein Praktikum im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Referat Regional- und Kommunalstatistik, Regionales Bezugssystem.

Autorin: *Franziska Ludewig*

Historisches 1. Dezember 1910

Volks- und Viehzählung

Am 1. Dezember 1910 fanden im Deutschen Reich eine Volks- und eine Viehzählung statt, wie bereits in Heft 5+6/2010 der „Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg“ berichtet. Volkszählungen gab es alle 5 Jahre und Viehzählungen je nach Bedarf, wenn es die Ernährungslage erforderte. Die Volkszählungen hatten den 1. Dezember, also 1875, 1880, 1885, 1900, 1905 und wie gesagt 1910, als Stichtag. Am 10. Januar 1873 und 1883, am 1. Dezember 1892, 1893, 1897, 1900, 1904 sowie am 2. Dezember 1907 waren Viehzählungen festgelegt¹, eine weitere folgte dann am 1. Dezember 1910.

Die Preußen zählten ihr Vieh wieder einmal anders und umfangreicher als die restlichen Deutschen. Einige Zählungen waren deshalb wohl auch außerordentlich: *Viehzählungen fanden in Preußen, abgesehen von vereinzelt Aufnahmen im 18. Jahrhundert, von 1816 bis 1822 alljährlich und ab da bis 1864 alle drei Jahre in Verbindung mit den Volkszählungen im Dezember, 1867 vier Tage nach der Volkszählung am 7. Dezember, 1873 und 1883 am 10. Januar, 1892, 1897, 1902, und 1904 am 1. Dezember statt*². Auch 1906, 1908, 1909 zählte man zum gleichen Tag sowie 1907 am 2. Dezember³.

Aktuell werden im Land Brandenburg jährlich zum 3. Mai und 3. November die Bestände an Rindern und Schweinen erhoben, während das in Berlin zu diesen Terminen nur für die Rinder zutrifft, und zwar mittels Verwaltungsdaten. Die Schafbestände werden in Brandenburg einmal im Jahr immer zum 3. November erfasst. Im Rahmen der großen Strukturhebungen (Landwirtschaftszählung, Agrarstrukturhebung) werden auch für Berlin Daten zu Schweinen und Schafen erfragt (derzeit im Abstand von 3 Jahren).



Die letzten klassischen Volkszählungen gab es vor fast 25 und 30 Jahren in der BRD bzw. in der DDR.

In einer *Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Volkszählung sowie der Viehzählung in Preußen am 1. Dezember 1910*, erfolgt durch den Präsidenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes, den Wirklich Geheimen Oberregierungsrat Dr. Blenck, sind einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den heutigen Zählungen erkennbar.

Die damalige Begründung für die beiden Zählungen ist im Wesentlichen heute noch aktuell. Wie 100 Jahre später wird ausdrücklich auf die statistische Geheimhaltung hingewiesen: *Niemals werden die durch beide Zählungen gewonnenen Nachrichten über ein-*

zelne Personen und deren Besitz veröffentlicht oder für andere als statistische, insbesondere auch nicht für steuerliche Zwecke, genutzt. Es gab den auch heute bekannten Mangel an Erhebungsbeauftragten, die damals allerdings noch kurz und bündig *Zähler* genannt wurden. Die beiden Erhebungen sollten zwar streng getrennt organisiert werden, was sich bei fehlenden *Zählern* nicht immer konsequent durchsetzen ließ. Die einzelnen Gemeinden, in deren Verantwortung die Zählungen durchgeführt wurden, durften den Fragenkatalog ergänzen. Wie selbstverständlich wurde damals auch das Religionsbekenntnis erhoben.

Besonders hingewiesen wurde auf das vertrauensvolle Entgegenkommen der Haushaltungsvorstände gegenüber den Zählern.

¹ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, Berlin 1914, Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht S. XVIII.

² Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1905, Berlin 1906, Verlag des Königlich Statistischen Landesamtes, S. 68.

³ Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910, Berlin 1911, Verlag des Königlich Statistischen Landesamtes, S. 420 – 423.

Ansprache an die Bevölkerung

über
die Bedeutung und Ausführung der Volkszählung sowie der
Viehzählung in Preußen
am 1. Dezember 1910.

Mit dem 1. Dezember d. J. leitet in Preußen wie im ganzen Deutschen Reich der Tag der Volkszählung wieder. Die unbedingte Notwendigkeit regelmäßiger Aufnahmen dieser Art ist allgemein anerkannt. Kein Volk vermag sie zu entbehren, das sich mit Sicherheit über sich selbst und die ersten Bedingungen seiner Entwicklung und Größe, über Zahl, Geschlecht und Alter, Familienstand, Beruf, Religionsbestimmung und sonstige persönliche Verhältnisse seiner Angehörigen unterrichten will. Die Ergebnisse der Volkszählung dienen aber bei uns nicht nur als Hilfsmittel wissenschaftlicher Erforschung wichtiger Verhältnisse des Volkslebens, sondern auch zu mancherlei praktischen Zwecken, wie zur Verteilung gemeinsamer Einkünfte und Lasten der einzelnen Bundesstaaten, zur Regelung der Münzprägung, zur Ordnung vieler Verhältnisse, welche sich nach der Volkszahl richten — wie z. B. die Zuständigkeit von Behörden der allgemeinen Landesverwaltung, die Bildung von Stadtkreisen und Wahlbezirken, die Wahl von Abgeordneten zu den Kreis- und Provinzialparlamenten, das Verfahren bei Gemeindevorwahlen usw. —

Eine Aufnahme von dem Umfange der Volkszählung ist natürlich ohne erhebliche Mühe nicht durchzuführen. Ein Blick auf den allgemeinen Verlauf des Zählverfahrens zeigt aber sogleich, daß der Bevölkerung selbst hieraus verhältnismäßig nur wenig Arbeit und Belästigung erwächst.

In den Tagen vom 28. bis 30. November d. J. werden im ganzen Staate Zähler, insgesamt wohl eine Viertelmillion und darüber, bei den einzelnen Haushaltungen vorstehen, um für jede vom 30. November bis 1. Dezember d. J. voraussichtlich dort übernachtende Person eine „Zählkarte A“ und für jede Haushaltung ein „Haushaltsverzeichnis B“ zu überreichen. Als Umschlag für diese Papiere, dem zugleich eine „Anleitung C“ zu ihrer Ausfüllung sowie je eine Musterausfüllung für beide aufgedruckt ist, dient ein „Zählbrief D“.

Die Haushaltungsvorstände haben nur:

- a) die Zählpapiere in Empfang zu nehmen,
- b) sie gemäß der Anleitung auszufüllen oder durch geeignete Vertreter ausfüllen zu lassen und
- c) sie vom 1. Dezember d. J. mittags 12 Uhr ab zur Abholung durch den Zähler bereit zu halten.

Die Viehzählungen, welche das notwendige Material für die Beurteilung und Bewertung des Viehstandes in unserer Volkswirtschaft zu liefern haben, sind der Bevölkerung ebenfalls bereits bekannt und geläufig. Es werden gezählt die Pferde, Kinder, Schafe und Schweine.

Auf die genaueste Verantwortung der Fragen nach den Unterabteilungen der einzelnen Viehgattungen muß besondere Sorgfalt verwendet werden, da nur hierdurch eine ausreichende Kenntnis der Zusammenlegung und der vor- oder rückwärts schreitenden Entwicklung des Viehstandes gewonnen werden kann. Diese Kenntnis ist für viele wirtschaftliche Zwecke, so u. a. für alle Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht unerlässlich; insbesondere soll festgestellt werden, ob durch die heimische Viehzucht die für die Volksernährung nötigen Fleischmengen gewonnen werden können.

Die Zählung erfolgt wieder nach **viehhaltenden Haushaltungen**.

Jeder Haushaltungsvorsteher oder sein Stellvertreter hat das ihm gehörende oder unter seiner Obhut befindliche Vieh, welches in der Nacht vom 30. November bis zum 1. Dezember 1910 auf dem Hofe, wo er wohnt, steht, nach Maßgabe der Zählkarte zu zählen und in diese **wahrheitsgetreu** einzutragen. Dabei sind die auf der Rückseite der Zählkarte gegebenen Erläuterungen genau zu beachten.

Die Viehzählung ist eine selbständige zu bewerkstellende Erhebung. Wenn es daher aus Mangel an geeigneten Personen auch vielfach nicht zu vermeiden sein sollte, daß dieselben Zähler mit der Ausfüllung beider Aufnahmen befaßt werden, so sind doch die Zählpapiere einer jeden Erhebung völlig von einander getrennt zu halten.

Die Fragen der Zählpapiere der Volks- wie auch der Viehzählung sind nicht zahlreich, dabei durchweg einfach und völlig unerschwerlich. Niemals werden die durch beide Zählungen gewonnenen Nachrichten über einzelne Personen und deren Besitz veröffentlicht oder für andere als statistische, besonders auch nicht für **steuerliche Zwecke** benutzt. Die aus den Zählpapieren gewonnenen Ergebnisse gehen in allgemeine Tabellen über, in welchen der einzelne Mensch und seine Viehhaltung nicht mehr erkennbar ist. Die Zählpapiere selbst werden nach beendigter Arbeit eingekampt; jedermann darf danach insbesondere auch sicher sein, daß die Angaben seiner Zählkarte über Alter, Lebensstand, Staatsangehörigkeit, Militärverhältnis, Beruf und Gewerbe, etwaige Mängel und Gebrechen usw. niemals vor unversessene Augen kommen oder an die Öffentlichkeit gelangen werden.

Auf ein vertrauensvolles Entgegenkommen der Haushaltungsvorstände wie überhaupt der ganzen Bevölkerung, auch hinsichtlich der nicht vom Staate sondern von den einzelnen Gemeinden gestellten Fragen dürfen die Zähler hiernach wohl um so eher rechnen, als diese Männer ihre umfangreiche und mühevollen Arbeit fast sämtlich freiwillig übernommen haben und dem Gemeinwesen dadurch wertvolle Dienste leisten. Nachdem die zuständigen Behörden Anordnung dahin getroffen haben, daß den Beamten der verschiedenen Dienstzweige, den höheren und den Elementarbehörden die für eine rege Beteiligung dieser Kreise an dem Zählgeschäft erforderlichen Dienstleistungen zu gewähren sind, darf erwartet werden, daß alle noch hindernd wirkenden und in ihrem Amte für einige Tage abkömmlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sowie die an höheren, Mittel- oder Volksschulen angeordneten und wegen Ausfallens des Unterrichts am Zähltag dienstfreien Lehrer einer Aufforderung der Gemeindebehörde, das Ehrenamt eines Zählers zu übernehmen, bereitwilligst Folge leisten werden.

Das Gelingen beider Aufnahmen hängt wesentlich von dem Zusammenwirken der Zähler mit den Haushaltungsvorständen ab. Diese werden deshalb ersucht, den Zählern, deren jeder eine größere Anzahl von Haushaltungen aufzusuchen hat, ihr Amt nach Möglichkeit zu erleichtern und ihnen unnötige Gänge oder Arbeiten zu ersparen. Sie können dies tun durch sachgemäße, deutliche Ausfüllung der Zählpapiere, durch bereitwillige Auskunft über einzelne etwa noch verbliebene Unklarheiten oder Unbeachtlichkeiten in der Ausfüllung und durch die Sorge für sichere und schnelle Empfangnahme der Zählpapiere sowie deren Bereithaltung zur Wiederabholung — auch für den Fall, daß der Haushaltungsvorstand selbst nicht zu Hause sein sollte. Die Zähler genießen in der Wahrnehmung ihrer Pflichten den besonderen Schutz der Gesetzgebung; es wird wohl kaum einer von ihnen diesen anzurufen brauchen, sondern alle werden ohne weiteres die Mängel finden, die jeder für das allgemeine Beste arbeitende Staatsbürger beanspruchen darf.

Endlich ist noch in geeigneter Weise, etwa durch Besprechung in den Gemeindevorversammlungen und in den Schulen sowie durch amtlichen Blätter und die Tagespresse — wozu letztere sich durch Abdruck dieser Ansprache oder durch Verbreitung einer sonstigen entsprechenden Belehrung ihrer Leser ein großes Verdienst erwerben würde — der Zweck der bevorstehenden Zählungen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Das Königlich Statistische Landesamt wird das Seine tun, um die Ergebnisse beider Aufnahmen möglichst schnell zu verarbeiten und sie durch geeignete Veröffentlichungen für Gesetzgebung, Verwaltung, Wissenschaft und Volkswohlfahrt nutzbar zu machen.

Berlin, den 22. Oktober 1910.

Königlich Preussisches Statistisches Landesamt.

Dr. Blenz,

Ministerial-Geheimer-Referentenrat, Vizepräsident.

Das Gelingen beider Aufnahmen hängt wesentlich von dem Zusammenwirken der Zähler mit den Haushaltungsvorständen ab. Die zuständigen Behörden hatten besonders den Beamten der verschiedenen Dienstzweige, Lehrern der höheren, Mittel- und Volksschulen die erforderliche Dienstleistung gewährt, um sie als Zähler zu gewinnen. Es war am Zähltag, einem Donnerstag, aus diesem Grunde schulfrei — wie übrigens auch zum Geburtstag des Deutschen Kaisers und Preussischen Königs Wilhelm II. Die Zähler bekleideten ein Ehrenamt und arbeiteten fast sämtlich freiwillig. Insgesamt waren etwas mehr als eine Viertelmillion von ihnen im Einsatz, sie wurden etwa eine Woche vor dem Stichtag in ihre Aufgaben durch den Vorsitzenden der örtlichen Zählkommission eingewiesen.

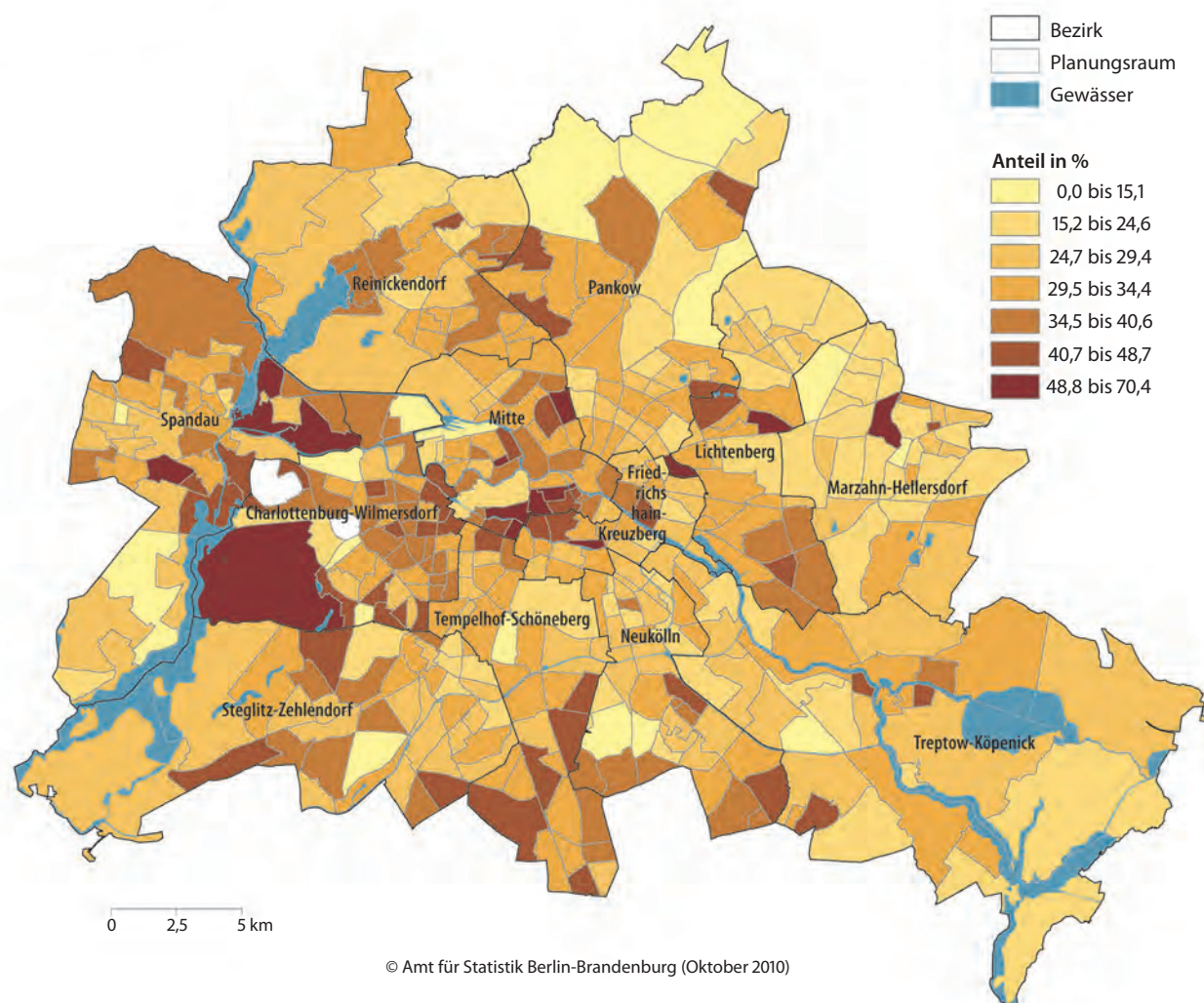
An Unterlagen gab es eine „Zählkarte A“ für jede vom 30. November zum 1. Dezember übernachtende Person, ein „Haushaltsverzeichnis B“, eine „Anleitung C“ mit Musterausfüllung und einen Umschlag als „Zählbrief D“, auf dem die Anleitung und die Musterausfüllung aufgedruckt waren.

Autor: Jürgen Hübner

Anteil der „überziehenden“ Bedarfsgemeinschaften

an allen Bedarfsgemeinschaften nach Lebensweltlich orientierten Räumen (n=447) in Prozent in Berlin
im Dezember 2009

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Einzeldaten des Fachverfahrens A2LL)



▮ Durchschnittliche Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung von SGB II-Bedarfsgemeinschaften nach Bezirksregionen (n=138) in Berlin im Dezember 2009

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Einzeldaten des Fachverfahrens A2LL)

